

# Preussische Allgemeine



Nr. 39 · 25. September 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

## Das Drama um die deutsche Wehrtechnik

Während ein aktueller Bericht große Fragezeichen hinter die Einsatzfähigkeit zahlreicher Waffensysteme setzt, verabschiedet sich die Bundeswehr vom bewährten Sturmgewehr G36. Ein neues Kapitel in einem schier endlosen Trauerspiel **Seite 3**



**Geschichte** Vor 75 Jahren wurde das letzte Benesch-Dekret erlassen **Seite 10**

**Gesellschaft** Das Sterben der Großstädte im Zuge der Corona-Pandemie **Seite 12**

### AUFGEFALLEN

## Angriff auf die demokratische Grundordnung

Mit einem „Gesetz über die Versammlungsfreiheit“ plant der rot-rot-grüne Berliner Senat, das Demonstrationsrecht in der Hauptstadt für Andersdenkende empfindlich zu beschneiden. Das Gesetz legt damit die Axt an einen Grundpfeiler der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Konkret soll eine Demonstration verboten werden können, wenn sie „geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören“ oder wenn dort „zum Hass aufgestachelt“ werde. Dabei bezieht sich das Gesetz allein auf (wirklich oder vermeintlich) rechtsradikale Demos; linksextremistische und radikalislamische werden völlig ausgeblendet. Etliche, offenbar bewusst willkürlich auslegbare Formulierungen legen offen, dass es um ein gezieltes Instrument geht, unliebsame Demonstrationen zu verbieten zu können.

Es ist kaum anzunehmen, dass die neue Regelung einer Prüfung durch die Justiz standhält. Zu eklatant ist der grundgesetzwidrige Charakter des Vorhabens. Allerdings macht der Vorstoß sichtbar, wie weit sich auch Grüne und sogar Sozialdemokraten von Geist und Inhalt des Grundgesetzes und der freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik entfernt und sich gegen sie gestellt haben. Das lässt frösteln angesichts der Erfahrungen, welche nicht nur Deutschland im 20. Jahrhundert machen musste.

Offensichtlich droht Demokratie und Bürgerrechten Gefahr aus einer Ecke, die bisher kaum jemand im Blick hatte. *Hans Heckel*

### GESELLSCHAFT

## Das Problem sind nicht allein die Polizisten

Wenn Politik und Medien Rechtsextremismus bei der Polizei beklagen, sollten sie sich selbstkritisch fragen, auf welchem Humus dieser gedeihen konnte

VON WERNER J. PATZELT

**W**ir haben ein Problem mit unserer Polizei. Ein Teil dieses Problems sind rechtsradikale Denk- und Sprechweisen, ja sogar Haltungen, wie sie – nicht nur – in letzter Zeit sichtbar wurden. Wenig tut es zur Sache, ob gefestigte Überzeugen dahinter stehen oder sich jemand seinen Kameraden bloß deshalb anschließt, weil derlei zum üblichen Ton gehört. Denn hier geht es nicht nur um einen Verstoß gegen den Kommentar unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sondern es geht um das Vertrauen, das die Bürgerschaft in jene setzen kann, die ihnen gegenüber unmittelbar fühlbar die Macht des Staates ausüben: bei Verkehrs- und Personenkontrollen, bei der Anwendung unmittelbaren Zwangs, bei Fahndungen und Festnahmen. Falls nicht stets außer Zweifel steht, dass sich Polizisten allein vom Recht und von rechtlich zulässigen Aufträgen leiten lassen, nicht aber von politischen Vorlieben oder Abneigungen, dann sinkt erst das Vertrauen in die Polizei und anschließend die staatliche Durchsetzungsfähigkeit. Nichts davon sollten wir wollen.

Hier gelangen wir zum größeren Teil des Problems, das wir mit unserer Polizei haben. Wir dürfen uns nämlich nicht mit dem Blick auf die Oberfläche von Radikalismus oder Extremismus begnügen, son-

dern müssen deren Ursachen ergründen. Die aber scheinen viel tiefer zu liegen, als dass Polizeibewerber mit Gesinnungen, die unserer Verfassung widersprechen, nicht rechtzeitig entdeckt oder entlassen werden. Allerdings muss man nicht so weit gehen, allen ein brüchiges Verhältnis zu Freiheit, Demokratie und Liberalität zuzuschreiben, die sich beruflich für den Dienst mit Waffen entscheiden, nämlich als Soldat oder Polizist. Solche Unterstellungen widersprechen den Tatsachen und verdecken durch bequeme Diffamierung das wirkliche Problem.

Wir müssen vielmehr fragen, ob nicht die Weise, in der diese Gesellschaft mit ihren Polizisten umgeht, jenen Humus schafft, auf dem dann Übles gedeiht. Was macht es nämlich mit Polizisten, wenn Linke sie in aller Selbstverständlichkeit „Bullen“ oder noch Herabsetzenderes nennen? Wenn daraus ihnen gegenüber Verachtung und Angriffslust entstehen? Schon 1970 hat das die Journalistin und spätere RAF-Terroristin Ulrike Meinhof ausdrücklich gerechtfertigt: „Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine. Wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, kein Mensch. Und so haben wir uns mit ihnen auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden. Und natürlich kann geschossen werden.“

Was macht es mit Polizisten im Lauf ihrer Dienstzeit, wenn sie nicht nur in die

Schmuddelecken der Gesellschaft geschickt werden (Drogenszene, Clankriminalität, Gewalttätigkeit ...), sondern bald mitbekommen, dass die Missstände dort vielfach durch Fehler von Politikern und durch die Leichtfertigkeit einer Gesellschaft verursacht werden, die solche Fehler teils hinnimmt, teils nicht einmal als Fehler erkennt? Was macht es mit ihnen, wenn bei Protestkundgebungen, die in Gewalttätigkeit ausarten, die Schuld regelmäßig bei der Polizei gesucht wird, während man jene fürsorglich entschuldigt, die Steine warfen oder Brandstiftung begingen? Wie lässt sich gemäß polizeilichem Ethos leben, wenn die Durchsetzung von „Recht und Ordnung“ teils lächerlich gemacht, teils als Ausdruck einer autoritären, gar faschistoiden Gesinnung hingestellt wird? Und in welche Richtung wird wohl das politische Gefühlspendel unter Polizisten ausschlagen, wenn die Linke sie verachtet – und dennoch von Politik und Medien umfassend hofiert wird?

Nichts von alledem entschuldigt Rechtsradikalismus oder Extremismus. Doch wir müssen schon auch die Ursachen von solchen Symptomen abstellen, die uns alle schmerzen. Polizisten-„Bashing“ reicht jedenfalls nicht. Es ist nur die billigste Reaktion.

• **Prof. Dr. Werner J. Patzelt** lehrte bis 2019 Vergleichende Politikwissenschaft an der TU Dresden.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Auf Gran Canaria ziehen Migranten in für Touristen gesperrte Quartiere ein **Seite 6**

#### Kultur

Eine Tagung erinnerte an den ostpreussischen Dichter Ernst Wiechert **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Aufgefrischt – der Königsberger Kneiphof erhielt ein neues Gewand **Seite 13**

### HINWEIS

**Beilage** Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der DGG Deutsche Goldmünzen Gesellschaft „30 Jahre Deutsche Einheit“ bei



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Bürgerkriegsgefahr in den USA** Die enorme Verhärtung der Fronten zwischen Republikanern und Demokraten in der Trump-Ära wirft die Frage auf, ob die Eskalation der Gewalt zu einem zweiten Bürgerkrieg führen wird

## Droht den USA ein zweites 1861?

Wenn der blutige, ordinäre Bürgerkrieg vermieden werden soll, muss der kulturelle beendet werden

VON FRIEDRICH LIST

Der Amerikanische Bürgerkrieg begann 1861 mit dem Angriff konföderierter Truppen auf das von Regierungstruppen gehaltene Fort Sumter. Viele Kommentatoren in den heutigen USA fragen sich, ob nicht demnächst ein zweiter Bürgerkrieg ausbricht. Wie in den Jahren vor dem Bürgerkrieg stehen sich die Lager unversöhnlich gegenüber. Dem realen Krieg ging ein kultureller Bürgerkrieg voraus, der mehr und mehr in gewalttätigen Konfrontationen mündete.

Heute könnte Ähnliches geschehen. Seit fast vier Monaten gehen in großen Städten Anhänger der Bewegung „Black Lives Matter“ (BLM) auf die Straße. Demokratische Politiker unterstützen die Bewegung trotz deren offenkundiger Nähe zur Gewalt. Stark betroffen ist die Stadt Portland im Bundesstaat Oregon. Sie erlebte bislang über 100 Nächte mit Straßenschlachten. Ende August erschoss ein Antifa-Aktivist den Donald-Trump-Anhänger Aaron Danielson, um dann einige Tage später beim Feuergefecht mit Polizisten seinerseits getötet zu werden. Portland ist schon seit Jahren Schauplatz von Konfrontationen rechter und linker Gruppen. Die sogenannten Pro-Trumper hatten sich in letzter Zeit kaum gezeigt, aber weil Polizei und Politik in Portland und anderen Städten überfordert oder unwillig scheinen, werden sie wieder aktiv. Mitte August demonstrierte die Pro-Trump-Gruppierung „Patriot Prayer“ in Portland und wurde von linken Demonstranten angegriffen. Beide Seiten gingen mit Stöcken, Baseballschlägern und Reizgas aufeinander los. Vereinzelt fielen Schüsse. Die Polizei bekam die Lage nur mit Mühe unter Kontrolle.

### Eskalation der Gewalt

Mittlerweile formiert sich im ganzen Land Widerstand gegen die Krawalle von Linksaußen und gegen die sich häufenden Übergriffe auf Unbeteiligte. Unter dem Motto „Blue Lives Matter“ sammeln sich Menschen, die gegen die Budgetkürzungen bei der Polizei in vielen demokratisch regierten Städten sind.

Wie verfeindet man mittlerweile ist, zeigt ein Planspiel, das Politiker der Demokratischen Partei und ihnen nahestehende



Gewalt in Portland: Beamte der Oregon State Police und Bundesbeamte kommen aus dem Mark O. Hatfield United States Courthouse, um ein von Demonstranten der „Black Lives Matter“-Bewegung gelegtes Feuer zu löschen Foto: imago images/ZUMA wire

hende Experten abgehalten haben. Sie spielten verschiedene Szenarien für den Fall durch, dass Trump trotz Niederlage im Weißen Haus bleibt. Eines führte zur Sezession von Kalifornien, Oregon und Washington. Deutsche Medien haben das

Planspiel als Anzeichen dafür behandelt, wie stark Trump den Zusammenhalt der USA gefährde. Aber der wirkliche Skandal besteht in der Unterstellung, die sich in den Grundannahmen des Planspiels ausdrückt. Auf deutsche Verhältnisse übertra-

gen, hieße das, Funktionsträger von SPD, Grünen und Linkspartei hätten die Sezession einzelner Bundesländer simuliert, sollte eine Koalition aus CDU und AfD in Berlin an die Regierung kommen.

Der Soziologe, Politikwissenschaftler und Historiker Jack Goldstone hält die Gefahr eines erneuten Bürgerkrieges für so hoch wie niemals zuvor. Goldstone hatte vor zehn Jahren das Auftauchen eines „Populisten“ wie Trump vorhergesagt. In einer Anfang 2020 veröffentlichten Prognose sieht er aufgrund der Konflikte und Blockaden in den politischen Eliten der USA einen echten Bürgerkrieg voraus. Ungleichheit, selbstsüchtige Eliten und Polarisierung hätten die Fähigkeit des Staates untergraben, effektiv auf große Krisen wie eine Pandemie zu reagieren, meint Goldstone. Was passiert, bleibt jedoch abzuwarten. Es ist gut möglich, dass ein zweiter Fort-Sumter-Moment niemals kommt. Aber das setzt voraus, dass sich die politischen Lager verständigen. Vor allem muss der kulturelle Bürgerkrieg enden.

### Kurzporträts



Der Journalist **Andy Ngo** aus Portland dokumentiert seit Jahren für zahlreiche Medien und auf seinem Twitter-Kanal die Aktivitäten der örtlichen Antifa-Szene



**Jack Goldstone**, der für die Clinton-Regierung untersuchte, wie und warum Staaten zusammenbrechen, sagt einen Bürgerkrieg voraus



**Newt Gingrich** war von 1979 bis 1999 Kongressabgeordneter des Bundesstaates Georgia und von 1995 bis 1999 Sprecher des Repräsentantenhauses

### POLITISCHE UMGANGSFORMEN

## Es ging los mit dem Republikaner Newt Gingrich

Wie die Sitten im Umgang mit dem politischen Gegner seit den 90er Jahren verrohnten

Mittlerweile scheint es in den USA zum politischen Geschäft zu gehören, die Legitimität des Wahlerfolgs des anderen politischen Lagers anzuzweifeln. Zurzeit bringen sich beide großen Parteien dafür in Stellung, den Ausgang der Präsidentschaftswahl anzuzweifeln. So verdächtigen sich Demokraten und Republikaner gegenseitig, die wegen der Covid-19-Einschränkungen in vielen Bundesstaaten nötigen Briefwahlen manipulieren oder sabotieren zu wollen. Trumps Wahlkampforganisation verklagt den Staat New Jersey, weil sie Manipulationen befürchtet. Der dortige Gouverneur hatte angeordnet, dass die Präsidentschaftswahl im Herbst ausschließlich als Brief-

wahl stattfinden soll. Umgekehrt unterstellen viele Demokraten Trump, er wolle ein für ihn negatives Ergebnis der Wahl nicht anerkennen. Der wiederum gießt Öl ins Feuer, indem er seinerseits die Gefahr von Manipulationen beschwört und sogar die Meinung vertrat, man würde möglicherweise nie herausfinden, wie die Wahl im November nun tatsächlich ausgefallen ist. Außerdem hat er angekündigt, Polizisten und Bundesanwälte als Wahlbeobachter einzusetzen, um die Rechtmäßigkeit der Wahl zu gewährleisten.

Begonnen mit dieser unseligen Tradition hat der Republikaner Newt Gingrich. Er stieg in den 1990er Jahren zum

Anführer der Republikaner und zum Sprecher des Repräsentantenhauses auf. Er prägte einen politischen Stil, der den Gegner systematisch als korrupt, unfähig und böswillig denunzierte. Den Ausgleich zu suchen, galt als Schwäche. Er brachte das Amtsenthebungsverfahren gegen Bill Clinton auf den Weg und verursachte durch seine Blockadepolitik einen spektakulären Shutdown der US-Regierung.

### Beide Seiten schenken sich nichts

Als Nächstes traf es des Republikaner George W. Bush, dessen Wahl 2000 wegen des knappen Ausgangs der Stimmabgabe in Florida angezweifelt wurde. Viele

Gingrich prägte einen politischen Stil, der den Gegner systematisch als korrupt, unfähig und böswillig denunzierte. Den Ausgleich zu suchen, galt als Schwäche

Demokraten glaubten damals, eigentlich hätte Bushs Gegenspieler Al Gore Präsident werden müssen.

Die Republikaner revanchierten sich, indem sie die Staatsangehörigkeit Barack Obamas anzweifeln und damit auch seine Berechtigung, US-Präsident zu werden.

Im Jahr 2016 säten die Demokraten genauso wie heute Zweifel, dass Trump ein für ihn negatives Wahlergebnis akzeptieren würde. Allerdings taten sie sich ihrerseits schwer damit, ihre eigene Niederlage anzuerkennen, und zweifelten nach der Wahlniederlage Hillary Clintons sogar das gesamte Wahlsystem an. F.L.

### POLIZEIEINHEITEN

## US-Pendants zur deutschen Bundespolizei

In den deutschen Medien ist viel von paramilitärischen Sonderpolizeieinheiten die Rede, die angeblich mit besonderer Härte gegen Demonstranten vorgehen. In Portland sollen sie willkürlich Menschen festgenommen haben, ohne sich als Polizei zu identifizieren, und dabei unmarkierte Zivilfahrzeuge benutzt haben. Diese Polizeieinheiten gibt es tatsächlich. Sie unterstehen verschiedenen Bundesbehörden, eine einheitliche uniformierte Bundespolizei kennen die USA nicht.

Trump hat diese Polizeikräfte eingesetzt, um in Städten wie Portland, Seattle, Kansas City und Chicago Gebäude von Bundesbehörden zu schützen, die regelrecht belagert werden. Hier agieren Behörden mit sich überschneidenden Aufgaben wie das zivile FBI, der US Marshal Service, das Heimatschutzministerium oder die Einwanderungsbehörde ICE, um nur einige zu nennen. Außer dem FBI verfügen alle über eigene uniformierte Kräfte, die auch zum Einsatz bei Demonstrationen und gewalttätigen Protesten ausgebildet sind. Die Trump-Administration hat nun in verschiedenen Städten kleinere Kontingente eingesetzt, so etwa 150 Beamte in Chicago oder wenige Dutzend in Portland. Ihr Einsatz ist wegen teilweise brutaler Taktiken und dem Einsatz von Gummigeschossen umstritten.

Eine Executive Order Trumps erlaubt auch den Einsatz von Bundespolizei zum Schutz von Denkmälern. Das FBI hat im Rahmen der Operation „Legend“ Ermittler in zahlreiche Städte geschickt, um den Behörden vor Ort bei der Strafverfolgung zu helfen.

Die angeblich anonym in Portland operierenden Polizisten gehörten laut der Website www.snopes.com zur Einwanderungsbehörde ICE. Sie hatten Zivilfahrzeuge bei Festnahmen von Straftätern genutzt und dabei reguläre Dienstabzeichen, Uniformen und Polizeimarken getragen, aus Sicherheitsgründen jedoch keine Namensschilder. Denn BLM und Antifa greifen mittlerweile auch die Angehörigen von Polizeibeamten an. F.L.

# Ein Niedergang, der keiner sein müsste

Das Hickhack um das G36 wirft erneut ein schlechtes Licht auf die deutsche Rüstungspolitik und die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr. Truppe und Material sind in einem desaströsen Zustand – verschuldet durch jahrelange Vernachlässigung seitens der Politik

VON JOSEF KRAUS

Die Bundeswehr bekommt ein neues Sturmgewehr. In der vergangenen Woche verkündete das Bundesministerium der Verteidigung, dass die Firma C. G. Haenel aus Suhl als Sieger aus dem Ausschreibungsverfahren für die Nachfolge des G36 der Firma Heckler & Koch hervorgegangen ist. Was wie die Geschichte eines normalen Vergabeverfahrens klingt, ist tatsächlich der Schlusspunkt eines Dramas, bei dem ein bewährtes Qualitätsprodukt „Made in Germany“ – eben das G36 – durch die Politik systematisch schlechtgeredet wurde. Nachdenklich muss vor allem stimmen, mit welcher Inbrunst die ehemalige Ministerin Ursula von der Leyen, die großen Anteil am gegenwärtigen prekären Zustand der Bundeswehr hat, den tadellosen Ruf des G36 beschädigte.

Bei anderen Projekten hat sich von der Leyen weit weniger ins Zeug gelegt, sodass es heute bei der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr allenthalben gewaltig hapert. Erst im Juni 2020 wurde das von der militärischen Spitze des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) erneut bestätigt. Der entsprechende Bericht trägt den Titel „Materielle Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr“. In äußerst knapper Form deuten die führenden Militärs darin auf 19 Seiten die Lage an. 19 Seiten Bericht – das ist für einen Komplex wie die Bundeswehr dürrig. Öffentlich ist nur der erste Teil des Berichts. Ein zweiter Teil ist als geheim eingestuft; angeblich könnten sonst die Sicherheitsinteressen Deutschlands beschädigt werden. So heißt es.

## „Stark verbesserungswürdige“ Systeme

So weit, so schlecht! Die Baustellen sind jedenfalls geblieben. Nehmen wir Details aus dem Bericht zur Kenntnis: Die Einsatzbereitschaft aller 68 Hauptwaffensysteme liegt „bei knapp über 70 Prozent“. Wörtlich ist von einer „materiellen Einsatzbereitschaft zwischen 30 bis 93 Prozent“ die Rede. Der Standard-Panzer Leopard 2 liege „endlich wieder bei über 70 Prozent“. Für das Kampfflugzeug Eurofighter werden fast 60 Prozent angegeben. Beim Transportflugzeug A400M – einer Endlosbaustelle – werden überhaupt keine Quoten angegeben; es wird nur gesagt, die Zahl der Flugstunden habe sich seit 2017 vervierfacht und das System wäre erfolgreich als Transporter für Covid-Patienten eingesetzt worden. Miserabel schaut es auch in anderen Bereichen aus. Hubschrauber sind nur zu 40 Prozent einsatzbereit. Als „stark verbesserungswürdig“ wird die Lage beim Schützenpanzer Puma, bei Tankschiffen der Marine und mobilen Sanitätseinrichtungen benannt.

Dass sich die Lage da und dort minimal verbessert hat, ist eher ein Ergebnis von „Corona“. Denn während der Corona-Einschränkungen wurden viele Waffensysteme weniger genutzt – bei gleichzeitig gleichgebliebener „Instandsetzungskapazität“. Wörtlich heißt es dazu: „Die Monate März/April 2020 setzen diesen Trend weiter fort, leider bisher auch durch die ersten Auswirkungen der Covid-19-Pandemie beeinflusst, da weniger Ausbildungen und Übungen in den Einheiten und Verbänden zu einem geringeren Nutzungs- und Nachfrageverhalten der jeweiligen Hauptwaffensysteme führten.“

Funktionsfähig war bislang immerhin das Sturmgewehr G36 – bis die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen es anders sah. Das G36 ist seit Ende der 1990er Jahre das gängige Gewehr der Bundeswehr als Nachfolger des G3. Hersteller ist das Rüstungsunternehmen Heckler & Koch (H&K) mit Sitz in Oberndorf am Neckar. Im April 2012 wurden Berichte veröffentlicht, nach denen das G36 in Afghanistan nach mehreren Hundert



Trotz hoher Zufriedenheit in der Truppe ausgemustert: Das G36 war bisher das Sturmgewehr der Bundeswehr Foto: pa

Schuss zu heiß werde und darunter die Treffsicherheit leide. Gegen die Mängelberichte klagte Heckler & Koch beim Landgericht Koblenz. Der Klage wurde im September 2016 stattgegeben. Das Gericht wies Forderungen des Ministeriums nach Ausgleichszahlungen für 4000 Gewehre zurück. Verteidigungsministerin von der Leyen hatte allerdings bereits 2015 selbstherrlich entschieden, alle 167.000 G36-Gewehre auszumustern.

## Ein tadelloses Sturmgewehr

Eine vom damaligen Wehrbeauftragten Hellmut Könighaus (2010–2015, FDP) und dem Verteidigungsexperten Winfried Nachtwei (Bündnis 90/Die Grünen) geleitete Befragung unter rund 200 Soldaten wurde ignoriert, obwohl sie zu dem Ergebnis kam, dass Mängel im Einsatz beim G36 nie aufgetreten seien. Im Gegenteil: Die Waffe sei leicht, bedienungsfreundlich und sehr zuverlässig – im heißen Mali gleichermaßen wie im winterkalten Norwegen. Mängel waren den bis dahin Hunderttausenden Nutzern nicht aufgefallen.

Das G36 als die „Braut des Soldaten“ wurde schließlich aus unerfindlichen Gründen künstlich schlechtgeredet. Es gibt bis heute keinen Hersteller und kein Produkt, die Heckler & Koch und das G36 übertreffen würden. Dennoch verfügte das BMVg 2014 einen Beschaffungsstopp. Am 22. April 2015 entschied von der Leyen, dass das G36 in seiner derzeitigen Form ersetzt werden solle. Die Entscheidung für einen Lieferanten sollte eigentlich schon Ende 2018 fallen.

Verzögert wurde die Ausschreibung beziehungsweise Neuanschaffung allerdings auch durch einen internen Konflikt bei H&K, das sich mehrheitlich in Besitz des deutschen Finanzinvestors Andreas Heeschen befand. Heeschen hatte zuvor den früheren General-

inspekteur Harald Kujat für den Vorsitz des Aufsichtsrats der Firma gewonnen, sich aber längere Zeit nicht reibungslos mit seinem Mitaktionär, dem französischen Finanzinvestor Nicolas Walewski, einigen können.

Das Wirtschaftsministerium prüfte dann über einen langen Zeitraum hinweg, ob es der Walewski zugerechneten Luxemburger Holdinggesellschaft Compagnie de Développement de L'Eau (CDE) gestattet werden könne, H&K mehrheitlich zu übernehmen. Unter anderem wurde damals berichtet, der Bundesnachrichtendienst prüfe eventuelle dubiose Hintergründe des Investments.

Im Rennen waren Anfang 2019 Heckler & Koch sowie das Unternehmen C. G. Haenel aus Suhl – der Stadt, die sich ab dem 15. Jahrhundert zu Deutschlands Waffenschmiede Nummer 1 gemausert hatte. Aber die Sache schleppte sich schier endlos hin, allein die Ausschreibung brauchte zwei Jahre.

## Entscheidung für Suhl

Nun ist die Entscheidung gefallen. Die neue Standardwaffe der Bundeswehr soll das relativ kleine Unternehmen C. G. Haenel aus Thüringen mit dem Gewehr MK 556 liefern – ein Unternehmen übrigens, hinter dem die Tawazun Holding aus den Vereinigten Arabischen Emiraten steht. Es geht um ein Auftragsvolumen von 250 Millionen Euro. Haenel ist für die Bundeswehr kein ganz Unbekannter, immerhin hatte die Firma die Bundeswehr bislang mit einem Scharfschützengewehr beliefert.

Ob das neue Gewehr hinsichtlich Treffsicherheit, Gewicht und Verwendungsvielfalt das bisherige, in der Truppe sehr beliebte G36 überbietet, wird sich zeigen. Immerhin ist eine modifizierte G36-Version, das Modell HK416 des Herstellers Heckler & Koch, so-

wohl in den französischen Streitkräften, bei den US-amerikanischen Marines und in Norwegens Armee im Einsatz. Frankreich hatte vom HK416 100.000, Norwegen 50.000, das US-Marine Corps rund 15.000 Exemplare bestellt – also von einer Waffe, die dem deutschen Verteidigungsministerium nicht innovativ genug war. Selbst die kurdischen Peschmerga ließen ausrichten, sie würden sehr gern mit mehr von den G36-Gewehren gegen den „Islamischen Staat“ kämpfen.

## Überprüfung vor Gericht?

Ob die Suhler Firma wirklich die bessere Waffe oder nur die billigere liefert, bleibt offen. Zweifel bleiben auch, ob die Ausschreibung zweckmäßig war, etwa was das relativ kleine Kaliber betrifft. Beide übrigens, das G36 und das neue MK556, haben das Kaliber 5,56 Millimeter. Der unterlegene Bieter Heckler & Koch will jedenfalls vor Gericht gehen. Das könnte zu weiteren Verzögerungen bei der Auslieferung an die Truppe führen.

Erwähnen wir am Rande: Der Landeschefin der „Linken“ (vormals SED) in Thüringen, Susanne Hennig-Wellsow, gefällt die Entscheidung für das Thüringer Unternehmen C. G. Haenel gar nicht. „Für die Stadt Suhl mag es ein finanzielles Geschenk sein“, sagte Hennig-Wellsow dem „Spiegel“. „Es ist aber ein ganz und gar vergiftetes Geschenk, da diese Waffen für militärische Konfliktlösungen eingesetzt werden ... Ich lehne die Produktion von Kriegswaffen ab. Auch in Suhl.“ Klar doch, die „Linke“ war ja immer eine urpazifistische Partei!?

Werden wir grundsätzlich: Weder die politische Spitze noch die Rüstungsindustrie bekleckern sich derzeit mit Ruhm. Auch wenn es immer wieder erfreuliche Ausnahmen gibt, sind die zahllosen technischen und organisatorischen Schwierigkeiten bei Rüstungsprojekten nicht zu übersehen. Eine Terminverzögerung bei großen Rüstungsvorhaben von über fünf Jahren bei einer durchschnittlichen Kostensteigerung von mehr als 30 Prozent ist fast normal geworden. Hier bedarf es im Zusammenwirken von Streitkräften, Beschaffung und Industrie einer drastischen Verbesserung. 154 Monate Zeitverzug etwa beim Transporter A400 M (also fast 13 Jahre) hinterlassen Spuren im Logistik-, Ausbildungs-, Test- und Einsatz-Betrieb der Luftwaffe, ja der ganzen Bundeswehr.

## Lähmendes Absicherungsdenken

Zu tun hat das seitens der Behörden mit einem lähmenden Absicherungsdenken. Verträge werden nur noch geschlossen, wenn das allerletzte juristische und fachliche Detail ausgeleuchtet ist. Was früher auf dem kleinen Dienstweg geregelt wurde, ist nun ein Fall der Vor- und Rückversicherung.

Zudem ist der Markt für Rüstungsgüter abgeschottet, ein freier Wettbewerb so gut wie nie vorhanden. Die Hersteller von Wehrtechnik haben im Normalfall kaum Konkurrenz zu fürchten, weil sich in den Ländern selten Wettbewerber halten können. Wenige Ausnahmen zum Beispiel in den USA bestätigen die Regel. Zum anderen sind Abhängigkeiten gegeben. Hersteller, die mit einem Auftrag alle Trümpfe in der Hand haben, geben diese so leicht nicht preis. Sie haben im Detail die Kenntnisse, die kaum auf Konkurrenten übertragbar sind.

Hoffen wir, dass die Bundeswehr aus der Gewehr-Tragikomödie etwas lernt und nicht wieder von jemandem geführt wird, der hemdsärmelige Entscheidungen trifft.

● **Josef Kraus** war von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes und von 1991 bis 2014 Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesministers der Verteidigung. 2019 erschien „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine“ (Finanzbuch-Verlag).

—  
Eine Terminverzögerung bei großen Rüstungsvorhaben von über fünf Jahren bei einer durchschnittlichen Kostensteigerung von mehr als 30 Prozent ist fast normal geworden

## ● MELDUNGEN

Rückführung  
versäumt

**Berlin** – Einen Monat nachdem ein Iraker auf der Berliner Stadtautobahn gezielt Motorradfahrer und Autos gerammt hat, sind nun weitere Details zum mutmaßlichen Täter bekannt geworden. Der unter Tatverdacht stehende 30-Jährige war am 16. März 2016 aus Finnland nach Deutschland gekommen. Da Finnland ein sogenannter sicherer Drittstaat ist, hätte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) sechs Monate Zeit gehabt, den Mann wieder in das EU-Land zurückzuschicken. Wie nun bekannt wurde, hat das Bamf allerdings nicht einmal einen entsprechenden Antrag an die finnischen Behörden gestellt. Wie eine parlamentarische Anfrage des Berliner Abgeordneten Marcel Luthe (FDP) ergab, sprach die Berliner Ausländerbehörde nach Ablehnung des Asylantrags fünfmal eine sogenannte Duldung aus. Bei dem Anschlag am 18. August sind auf der Stadtautobahn sechs Menschen verletzt worden, drei davon schwer. N.H.

Die SPD  
muss sparen

**Berlin** – Die schwachen Wahlergebnisse schlagen sich für die SPD in einem deutlichen Rückgang der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung nieder. Nach Angaben des SPD-Bundesschatzmeisters Dietmar Nietan wird seine Partei im anstehenden Wahlkampf für den nächsten Bundestag zehn Millionen Euro weniger ausgeben als im Bundestagswahlkampf 2017. Damit schrumpft das Wahlkampfbudget der SPD im Vergleich zur Wahl 2017 um vier Zehntel. Als Reaktion auf die zurückgegangenen Einnahmen hatte der SPD-Bundesvorstand bereits im Sommer ein Sparprogramm beschlossen. Dieses sieht nicht nur beim Wahlkampf Einsparungen vor, sondern auch bei den Personal- und Betriebskosten. Zur Begründung für den Sparkurs sagte der 56-Jährige: „Auf Dauer können wir uns den Apparat und den Wahlkampf einer 40-Prozent-Partei mit den Einnahmen einer Partei mit zuletzt 20 Prozent nicht leisten.“ N.H.

Ultraschall soll  
noch warten

**Berlin** – Trotz einschlägiger Studienergebnisse aus der Vergangenheit lässt die Bundesregierung abermals die Wirksamkeit der Altersuntersuchung von Asylsuchern per Ultraschall von Forschern untersuchen. Dies ergab die Antwort der Regierung auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Axel Gehrke (AfD). Der Politiker legte in seiner Anfrage eine ganze Palette bereits erfolgreich abgeschlossener Studien vor, welche die Brauchbarkeit von Ultraschall zur Bestimmung des Alters belegen und bis ins Jahr 2005 zurückreichen. Immer wieder schummeln sich volljährige Asylsucher ins Land, indem sie sich für minderjährig ausgeben. Eine offenbar längst mögliche Altersbestimmung per Ultraschall könnte den Betrug beenden. Dennoch will die Bundesregierung laut ihrer Antwort auf Gehrke nun erst einmal den Abschluss einer weiteren Studie abwarten, den sie für Juli 2012 erwartete. H.H.



Diesen Monat im ziemlich erfolglosen AfD-Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen: Der wirtschaftsliberale AfD-Bundessprecher und Europaabgeordnete Jörg Meuthen

AFD

## Der Pyrrhussieg des Jörg Meuthen

Andreas Kalbitz ist zwar ausgeschlossen, aber dessen politische Freunde scheinen im Aufwind

VON PETER ENTINGER

**R**und ein Jahr vor der Bundestagswahl kommt die Alternative für Deutschland nicht zur Ruhe. Vor allem in den westlichen Bundesländern geht es hoch her. Noch vor wenigen Wochen, als das Berliner Landgericht den Parteiausschluss des brandenburgischen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Kalbitz zumindest vorläufig bestätigte, sah Parteichef Jörg Meuthen wie der Sieger im Machtkampf aus.

Spätestens am zweiten September-Wochenende musste dem EU-Parlamentarier dann aber dämmern, dass sein Erfolg brüchig ist. Denn entgegen seiner Empfehlung wurde in Niedersachsen die Landes- und Fraktionsvorsitzende Dana Guth abgewählt und durch Jens Kestner ersetzt, der keinen Hehl aus seiner Freundschaft zu Kalbitz und dem Wortführer des mittlerweile aufgelösten „Flügels“, Björn Höcke, machte.

Die öffentlichen Reaktionen auf den Machtwechsel im Norden konnten kaum unterschiedlicher sein. Während der mittlerweile parteilose Kalbitz während einer Pegida-Demonstration in Dresden

von einer „guten Nachricht“ sprach, twiterte der rheinland-pfälzische Fraktionsvorsitzende Uwe Junge, dass es sich um einen Supergau handeln würde. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz sei nun die logische Folge, die Trennung der Partei vom „Flügel“ überfällig.

## Ein Kampf mit harten Bandagen

Mit welchem harten Bandagen innerhalb der Partei gekämpft wird, zeigt sich daran, dass – zumindest laut einem Gerichtsurteil – eine Facebookseite mit dem Namen „Alternative Basis“, auf der Guth verunglimpft wurde, eindeutig dem Bundestagsabgeordneten Frank Pasemann zuzuordnen ist. Der wurde vor wenigen Wochen aus der Partei ausgeschlossen, unterhält aber nach wie vor beste Kontakte zu Höcke und Kalbitz.

Aus dem Guth-Lager wird kolportiert, der neue Landesvorstand habe umgehend die Partei-Akademie für politische Bildung dichtgemacht und deren Aufgaben an das Institut für Staatspolitik in Schnellroda delegiert. Dessen Chef, der Verleger Götz Kubitschek, gilt als einflussreicher Berater Höckes.

Während Meuthen seine Niederlage noch verarbeiten muss, darf sich sein Co-

sprecher Tino Chrupalla wieder im Aufwind fühlen. Beim Braunschweiger Parteitag warnte er vor „Ausschließeritis“ und forderte, dass „Sozial-Patrioten“ einen Platz in der Partei haben müssten.

Bestätigt fühlen durfte er sich beim Blick auf das mauve Abschneiden der AfD bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen mit lediglich fünf Prozent. Chrupalla bewertete die guten Resultate in den Ruhrgebietshochburgen Gelsenkirchen, Essen, Herne und Duisburg mit dem Hinweis, „dass viele Potenziale in der einstigen Herzkammer der Sozialdemokratie liegen“. Meuthens Anhänger

schnitten dagegen in Köln, Düsseldorf und vor allem Münster eher schwach ab.

Besonders erbittert gestritten wird derzeit in Baden-Württemberg, dessen Landesverband sowohl Meuthen als auch die Bundestagsfraktionsvorsitzende Alice Weidel angehören. Sie will sich schon in Kürze zur Spitzenkandidatin wählen lassen. Meuthen sagt man ähnliche Ambitionen nach.

Ein hinter den Kulissen ausgehandelter Kompromiss, wonach Meuthen auf dem sicheren zweiten Listenplatz hinter Weidel kandidieren sollte, dürfte schon wieder vom Tisch sein, nachdem Meuthen in einer E-Mail an alle Kreis- und Landesvorstände den Verdacht geäußert hat, der von Weidel geführte Landesvorstand würde das Parteiausschlussverfahren gegen den Rechtsaußen Dubravko Mandić absichtlich verschleppen, um den rechten Flügel vor dem Aufstellungsparteitag nicht zu brüskieren.

Da wundert es kaum noch, dass es in Bayern Bestrebungen gibt, der Landesvorsitzenden Corinna Miazza eine neuerliche Bundestagskandidatur streitig zu machen. Ihr wird vorgeworfen, dass sie den Parteiausschluss von Kalbitz öffentlich begrüßt hat.

Aus Niedersachsen, NRW und Bayern gibt es schlechte Nachrichten für Meuthen, dazu Ärger im eigenen Landesverband

CORONA-FOLGEN

## Ausländische Pflegekräfte können nicht antreten

Philippinische Regierung untersagt die Ausreise – mit Mexiko gilt ein eingeschränkter Reiseverkehr

Wegen der Corona-Pandemie ist die von der im Herbst 2019 gegründeten Deutschen Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe (DeFa) begleitete Anwerbung ausländischer Pflegefachkräfte ins Stocken geraten. Die für das zweite Quartal 2020 vorgesehene Einreise der ersten von der Agentur betreuten Pflegefachkräfte müsse auf unbestimmte Zeit verschoben werden, teilte die Bundesregierung mit. Die philippinische Regierung habe die Ausreise von Pflegekräften, die nach dem 8. März angeworben wurden, untersagt, und aus Mexiko könnten derzeit keine Einreisen wegen der Einschränkungen im Reiseverkehr organisiert werden.

Vor einem Jahr hatte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wegen des immensen Mangels an Pflegefachkräften in Deutschland – derzeit etwa 40.000 – entsprechende Initiativen im Kosovo, auf den Philippinen und in Mexiko gestartet.

## Anwerbung bereits seit 2013

Dass die Bundesrepublik versucht, fehlendes Pflegepersonal aus dem Ausland zu rekrutieren, ist nicht neu. Bereits seit 2013 gibt es ein gemeinsames Programm der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV), der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

(GIZ). Mehr als 3000 Pflegefachkräfte aus Serbien, Bosnien und Herzegowina, den Philippinen und Tunesien konnten bislang vermittelt werden. Sie kommen in Krankenhäusern und in privaten Pflegeeinrichtungen zum Einsatz.

Die GIZ stellt den Kontakt zu Bewerbern – nicht nur im Pflegesektor, sondern auch in Handwerksberufen – in den Zielländern her, veröffentlicht Stellenangebote, führt Bewerbungsgespräche und wählt geeignete Fachkräfte aus. Sie betreut die angenommenen Bewerber bei ihrem beruflichen Start in Deutschland. Rund 200 Einrichtungen haben das Vermittlungsangebot der GIZ bisher angenommen.

Grundvoraussetzung für eine Beschäftigung in der Bundesrepublik ist der Nachweis von Deutschkenntnissen schon vor der Einreise.

Die DeFa soll Kliniken und Pflegeeinrichtungen dabei helfen, ausländisches Fachpersonal zügig in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Agentur kümmert sich um die Prüfung der Bewerberunterlagen auf Vollständigkeit sowie um den Prozess der Anerkennungs- und Visaverfahren. Außerdem hilft sie den Bewerbern, die bürokratischen Hürden zu nehmen. Seit ihrer Gründung hat sie rund 1.200 Anfragen von deutschen Pflegeeinrichtungen erhalten. M. Rosenthal-Kappi

## SOZIALE LAGE

## „Stehen praktisch auf der Straße“

Während der Senat großzügig Asylsucher aus Moria aufnehmen will, wächst bei den Berlinern die Not

VON NORMAN HANERT

Am 20. September demonstrierten Anhänger der Initiative „Seebrücke“ in Berlin für eine Aufnahme „ALLER Menschen“ aus dem in Brand gesteckten Asylager Moria. Gerade in der Bundeshauptstadt zeigt sich, dass die Losung der Aktivisten, „Es reicht! Wir haben Platz!“, massive Probleme einfach ausblendet. Für immer mehr Menschen „reicht es“ auch hierzulande nicht mehr aus.

Nur wenige Wochen ist es her, da war Berlins Innensenator Andreas Geisel politisch so schwer angeschlagen, dass nicht einmal sein Rücktritt ausgeschlossen schien. Das Agieren des SPD-Politikers rund um die große Corona-Demonstration hatte selbst im eigenen Lager Zweifel aufkommen lassen, ob der 54-Jährige seinem Amt gewachsen ist. Als Rücktrittsforderungen aufkeimten, überspielte der Attackierte dies zunächst mit der Forderung nach einer generellen Maskenpflicht für Demonstrationen. Mittlerweile ist Geisel sogar in die politische Offensive gegangen:

Nur wenige Tage, nachdem ein mutmaßlich durch Brandstiftung verursachtes Feuer das Asylager Moria auf der Insel Lesbos zerstörte, lotete Geisel in Athen persönlich aus, wie betroffene Asylsucher nach Berlin geholt werden können. Der Senator traf sich mit dem griechischen Minister für Asyl und Migration und dem Leiter der Griechenland-Mission des UN-Flüchtlingshilfswerks.

**Schon jetzt völlig überfordert**

Geplant war die Reise offenbar bereits seit Ende Juli, nachdem Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) Pläne des rot-rot-grünen Senats gestoppt hatte, 300 Immigranten aus Moria nach Berlin zu holen. Nach seiner Rückkehr aus Athen kündigte Geisel an: „Wir werden beim Thema Flüchtlinge weiter Druck machen.“ Rückendeckung erhält der Innensenator dabei vom Regierenden Bürgermeister. „Wir können deutlich mehr Menschen helfen als derzeit, und Berlin steht dafür bereit“, so Michael Müller (SPD).

Tatsächlich wirkt Berlin schon bei der Integration derjenigen Immigranten, die mit der großen Asylwelle von



45 Prozent mehr junge Arbeitslose binnen eines Jahres: Bewerber stehen vor einem Jobcenter Schlange

Foto: Mauritius

2015 gekommen sind, völlig überfordert. Gemünzt auf Merkels „Wir schaffen das!“, erklärte beispielsweise Berlins Arbeits- und Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linkspartei) erst kürzlich: „Wir haben es noch nicht geschafft.“ Breitenbach wies darauf hin, dass es trotz Fortschritten bei der Versorgung der Asylsucher mit Wohnungen und ihrer Integration auf dem Arbeitsmarkt noch viel zu tun gebe.

Angesprochen hat die Senatorin damit zwei Bereiche, auf denen es auch für viele alteingesessene Berliner immer schwieriger wird. Seit der Senat im März Pandemie-Maßnahmen verhängte, haben mehr als 50.000 Berliner ihren Arbeitsplatz verloren. Gut ein Drittel der aktuell mehr als 209.000 Arbeitslosen in der Hauptstadt hat einen Immigrationshintergrund. Im Vergleich zum Vorjahresmonat wuchs im Juni die Arbeitslosigkeit

unter Ausländern in Berlin um 49 Prozent.

Alarmierende Töne schlug die Arbeits-senatorin beim Thema Jugendarbeitslosigkeit an. Schon vergangenes Jahr lag die Quote der von Arbeitslosigkeit betroffenen Berliner im Alter von 15 bis 25 Jahren im Durchschnitt bei 8,4 Prozent. Binnen eines Jahres stieg die Quote um 45 Prozent an. Breitenbach warnte: „Wir haben eine Generation von Schulabgängern, die praktisch auf der Straße steht.“

**Kinder müssen leiden**

Tatsächlich schon auf der Straße gelandet sind jene Zehntausende Berliner, die durch Mietschulden oder durch Eigenbedarfskündigungen in den vergangenen Jahren ihre Wohnungen verloren haben. Allein von 2015 bis Ende 2016 hatten sich die Fälle, bei denen wohnungslose Menschen in bezirkseigenen Unterkünften

oder Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege untergebracht werden mussten, bereits auf über 30.000 verdoppelt.

Inzwischen schrumpfen nun auch noch die finanziellen Spielräume der zwölf Berliner Stadtbezirke, um in solchen Fällen Hilfe zu leisten. Die Lockdown-Krise reißt ein riesiges Loch in den Haushalt ganz Berlins. Der Senat geht davon aus, dass der Metropole selbst im günstigsten Fall astronomische sechs Milliarden Euro an Einnahmen fehlen werden.

Um die Ausfälle zu bewältigen, sollen nach dem Willen von Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) die zwölf Bezirke in diesem und im kommenden Jahr bei ihren Ausgaben 160 Millionen Euro einsparen. Als Folge diskutiert nun beispielsweise der Bezirk Neukölln, ab 2021 freien Trägern von Kinder-, Jugend- und Familienprojekten die städtischen Zuschüsse um 850.000 Euro zu kürzen.

## „JUGENDPROJEKT“

## Anwohner belästigt, Urteil ignoriert

Vermieter will linkes Berliner Zentrum „Potse“ loswerden – Richter stärken ihm den Rücken

Der Berliner Verein „Potse e.V.“ betreibt in der Potsdamer Straße 180 einen Treffpunkt für linke Jugendliche, an dem Punkkonzerte und andere laute Veranstaltungen sowie „politische Aktionen“ stattfinden. Ihm droht nun die Räumung. Bereits im Juli hatte das Landgericht der Räumungsklage des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg stattgegeben. Die bisherigen Gerichtstermine waren von Tumulten begleitet. Im Januar ließ der Richter deswegen den Gerichtssaal räumen. Nachdem das Urteil bereits im Juli gefallen war, hatte sich der Verein, der das Jugendzentrum betreibt, mit einem Einspruch dagegen gewehrt, der nun ebenfalls zurückgewiesen wurde.

Bislang ist der zuständige Jugendstadtrat Oliver Schworck (SPD) aber nicht tätig geworden. Bereits zum 31. Dezember 2018 hatte der Eigentümer dem

Bezirksamt den Mietvertrag gekündigt. Das Bezirksamt wiederum stellt „Potse e.V.“ die Räumlichkeiten zur Verfügung und überweist Monat für Monat 5000 Euro. Für Miete und andere Kosten waren bis Juli 2020 vom Eigentümer dem Bezirksamt 225.000 Euro in Rechnung gestellt worden.

**Polizei hält sich zurück**

Die Nachbarn des „Potse“ werden gelegentlich belästigt. Die Bässe wummern aus riesigen Lautsprechern. Einige „junge Leute“ sind immer wieder am demonstrieren, gehen dazu auf die Fahrbahn und blockieren die Busspur. Eine Berliner Tageszeitung weiß von Unmutsäußerungen einiger Autofahrer zu berichten. Die Berliner Polizei greift bei den Demonstrationen nicht ein. Innensenator Andreas Geisel (SPD) pflegt einen Kuschelkurs.

Die „jungen Leute“ hatten die Räumlichkeiten ursprünglich einfach besetzt. Sie scheren sich jetzt auch nicht um das Gerichtsurteil. „Wir kämpfen weiter, unabhängig von diesem Urteil ... Wir sind nicht sonderlich überrascht darüber. Trotzdem fordern wir natürlich, dass sich der Bezirk Tempelhof-Schöneberg nicht auf eine gewaltvolle Räumung einlässt“, fordern die Besetzer in einer ersten Reaktion.

Sie wollen die Räumlichkeiten nur dann verlassen, wenn ihnen das Bezirksamt Ersatz zur Verfügung stellt. Stadtrat Schworck ist darum zwar bemüht, aber bisher ohne Erfolg. Er glaubt, derartige Jugendzentren seien, gerade für junge Menschen, die alternativ leben wollen oder keine Perspektive haben, wichtig. Ein Grund für die Erfolglosigkeit könnte darin zu suchen sein, dass kein Haus-

eigentümer derartige Mieter beherbergen möchte, die „normale“ Mieter belästigen und deren Nachbarschaft vielleicht auch nicht ganz ungefährlich ist.

Die Liste der linken „Freiräume“ in der deutschen Hauptstadt ist mittlerweile lang: Rigaer Straße, Liebigstraße. Saufkneipe Syndikat, Diesel A, Drugstore, Sabot Garten, Friedelstraße 54 ... eine Aufstellung, die sich fortsetzen ließe.

Immer werden die Steuerleistungen der Normalbürger dafür in Anspruch genommen, Sonderrechte für linke Projekte zu finanzieren. Schworck kommt in Erklärungsnot. Über eine Räumung will er ungern sprechen. Er schließt sie aber auch nicht mehr aus. Ein Polizei-Einsatz wäre erst in Wochen, wenn nicht Monaten denkbar, hofft er, um das angeblich Unangenehme auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben zu können. Frank Bücker

## ● KOLUMNE

## Sonderrechte für Radler

VON THEO MAASS

Im August dieses Jahres starben in Berlin zwei Fahrradfahrer bei einem Verkehrsunfall. Seit Jahresbeginn sind mittlerweile 13 Radfahrer auf den Straßen der deutschen Hauptstadt zu Tode gekommen. 2019 waren es nur sechs. 2018 immerhin elf und 2017 zehn. Die Tendenz ist also steigend.

Gleichzeitig versucht die grüne Verkehrssenatorin Regine Günther den Straßenraum zugunsten der Radfahrer neu zu verteilen. In den Medien steht zu lesen, welch angeblich wichtigen Beitrag Radfahrer bei dem Kampf um das angeblich bedrohte Klima spielen. Sind Radfahrer also bessere Menschen? Sind sie gar – zumindest moralisch – mit Sonderrechten ausgestattet? Oder ist am Ende eine möglicherweise zunehmende Aggressivität der Radfahrer an der Zunahme der Todesfälle mitschuldig? Eine Vielzahl von Autofahrern, aber auch Fußgängern, klagt über eine wachsende Rücksichtslosigkeit von Radfahrern anderen Verkehrsteilnehmern gegenüber.

Dazu passt ein Fall, der im Juli vor Gericht verhandelt wurde. Ein Radfahrer hatte in Berlin-Treptow das Rotlicht einer Ampel missachtet. Ein neben ihm stehender Feuerwehrmann verfolgte mit seinem Auto den Rotlichtsünder und stoppte ihn schließlich. Der Radler bespuckte den Autofahrer und pöbelte „Verpiss dich!“ Der Autofahrer stieg aus, packte den Radfahrer und beschimpfte ihn gleichfalls.

Der Richter verurteilte den Autofahrer wegen Nötigung und leichter Körperverletzung zu 50 Tagessätzen à 80 Euro und drei Monaten Fahrverbot. Dann machte der Richter seine Sicht der Dinge deutlich: „Sie haben nicht die Aufgabe, die Einhaltung der Verkehrsordnung durchzusetzen.“ Obwohl der Radfahrer unstrittig die Rote Ampel missachtet hatte, ging er unbeschadet aus dem Gerichtssaal. Ein ganz schlechtes Zeichen für die übrigen Verkehrsteilnehmer in Berlin.

## ● MELDUNG

## „Heldenprämie“ entfällt

Berlin – Am Amtsgericht Tiergarten haben sich Personalrat, Frauenvertretung und Verwaltung darauf verständigt, den am Gericht tätigen Wachtmeistern keine „Heldenprämie“ für ihren Einsatz auf dem Höhepunkt der Corona-Maßnahmen zu zahlen. Als Grund für die Entscheidung wird die geringere Arbeitsbelastung genannt. Normalerweise finden unter dem Dach des Kriminalgerichts in der Turmstraße beim Amtsgericht Tiergarten und dem Landgericht Berlin täglich bis zu 300 Hauptverhandlungen statt. Da die Berliner Strafjustiz im Frühjahr aber nur noch in einem sehr eingeschränkten Notbetrieb gearbeitet hatte, war die Zahl der täglichen Fälle zeitweise auf nur noch zehn bis 25 Verfahren gesunken. Weiterhin verhandelt wurden schwerste Gewaltstraftaten wie Vergewaltigungen und Tötungsdelikte. Fälle, in denen es um Ladendiebstahl, Hausfriedensbruch oder Beleidigung ging, blieben dagegen liegen und müssen nun abgearbeitet werden. N.H.

## ● MELDUNGEN

Kriegsspiele  
im Kaukasus

**Moskau** – Unter Leitung des Generalstabs in Moskau haben bis zum 26. September russische Einheiten zusammen mit Soldaten aus China, Pakistan, Weißrussland, Armenien und Myanmar an einer Übung namens „Kaukasus 2020“ teilgenommen. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums beteiligten sich rund 80.000 Personen an dem Manöver. Neben 12.900 Soldaten waren auch Mitarbeiter des Zivilschutzes und technisches Personal eingezogen worden. Nach Angaben des russischen Vizeverteidigungsministers Nikolaj Pankow war das Ziel der Übung, die Zusammenarbeit der Teilnehmer-Staaten und das gemeinsame Vorgehen von Soldaten zu stärken. Bereits im August hatten türkische und aserbaidschanische Soldaten in Aserbaidschan ein zweiwöchiges Manöver durchgeführt. Von Armenien war das Manöver als Provokation kritisiert worden. Während der Übung hatte Armeniens Armee in Alarmbereitschaft gestanden. **N.H.**

Brandstifter  
festgenommen

**Moria** – Sechs junge Afghanen sitzen auf der Insel Lesbos in Untersuchungshaft. Sie werden wegen des Feuer ausbruchs im Asylager Moria der Brandstiftung verdächtigt. Falls sie als Schuldige überführt werden können, würden die Täter „ihre Strafen in Griechenland verbüßen und dann abgeschoben“, sagte der griechische Migrationsminister Notis Mitarachi. Die vier mutmaßlichen Brandstifter im Alter von 19 Jahren und zwei 17-Jährige wurden bereits kurz nach dem Brand vor zwei Wochen in Gewahrsam genommen. Bislang beteuerten sie allerdings ihre Unschuld. Inzwischen wurde auf einem ungenutzten Truppenübungsplatz nur wenige Kilometer vom völlig zerstörten Lager Moria entfernt ein Zeltlager als Übergangslösung aufgebaut. Im griechischen Parlament erklärte Mitarachi, dass auf Lesbos ein modernes und sicheres neues Camp entstehen werde. Gegen ein solches wehren sich die Inselbewohner und begründeten ihre Ablehnung mit den jahrelangen verheerenden Zuständen in Moria. **MRK**

Zypern droht  
mit Veto

**Nikosia** – Eigentlich sollte die EU dieser Tage gegen 40 weißrussische Personen Kontosperrungen und Einreiseverbote durchsetzen als Antwort auf Wahlfälschung und die Verfolgung Oppositioneller in Weißrussland. Dem will das kleine Zypern allerdings nur unter der Bedingung zustimmen, dass wegen des schwelenden Gasstreits auch Sanktionen gegen die Türkei verhängt werden. Der zyprische Präsident Nikos Anastasiades steht unter Druck, seine Blockadehaltung aufzugeben. Sanktionen müssen in der EU einstimmig erfolgen. Zypern hat ein Vetorecht. Recep Tayyip Erdoğan hatte das Forschungsschiff „Oreca Reis“ zur Erkundung von Gasvorkommen in eine auch von Griechenland und Zypern beanspruchte Region im östlichen Mittelmeer geschickt. Anastasiades befürchtet, von den EU-Partnern nicht die erforderliche Unterstützung gegen Erdoğan zu erhalten. **MRK**

## KANAREN

## Afrikaner stürmen die Urlaubsinseln

Wegen Corona kommen kaum Urlauber auf den Archipel vor Westafrika – dafür viele Asylsucher

VON WOLFGANG KAUFMANN

**A**uf einigen der zu Spanien gehörenden Inseln der Kanaren entwickelt sich derzeit eine ähnliche Situation wie auf den griechischen Ägäis-Inseln: Sie werden in wachsendem Maße von illegalen Immigranten überrannt, was zu Problemen vor Ort führt.

Bereits im Jahre 2005 brachten Schlepper über 4700 Asylsucher von der westafrikanischen Küste nach Lanzarote, Fuerteventura, Gran Canaria und Teneriffa. Und 2006 schnellte die Zahl der Übergesetzten dann schlagartig auf knapp 32.000 hoch. Daraufhin ergriff Spanien entschiedene Gegenmaßnahmen. So zwangen Patrouillenschiffe von Marine und Küstenwache die Schlepperboote gleich unweit der afrikanischen Küste zur Umkehr.

Außerdem vereinbarte Madrid Abschiebeabkommen mit Marokko und

Mauretanien. Im Ergebnis dessen kamen 2007 bloß noch um die 10.000 tatsächliche oder vorgebliche Flüchtlinge auf die Kanaren. Und in den Jahren danach gingen die Zahlen weiter kontinuierlich zurück, bis die Behörden 2016 lediglich 663 illegale Immigranten aus Afrika registrierten – und 2017 waren es sogar nur 423.

**Dieses Jahr schon über 4000 Illegale**

Allerdings gab es seitdem einen neuen Anstieg: 2018 landeten schon wieder 1266 Asylsucher auf den Inseln, während 2019 fast 3000 Afrikaner die mindestens 100 Kilometer lange Überfahrt bewältigten.

Da die Regierung in Madrid nichts dagegen unternahm, setzte sich der Trend im laufenden Jahr fort: Nach Zählung des spanischen Seenotrettungsdienstes Sociedad de Salvamento y Seguridad Marítima und der Comisión Española de Ayuda al Refugiado (Spanische Kommission für Flüchtlingshilfe) trafen zwischen dem

1. Januar und 31. August genau 136 Boote mit 3933 Personen an Bord auf Lanzarote, Fuerteventura, Gran Canaria und Teneriffa ein. Und der Ansturm geht weiter: In den ersten Septembertagen erreichten nochmals 14 große Pirogen mit mehreren hundert Illegalen an Bord die Kanaren.

Dabei gestaltet sich die Unterbringung der Neankömmlinge mittlerweile ähnlich schwierig wie auf Lesbos, Samos und anderswo im Ägäischen Meer. Denn auf den Kanaren gibt es lediglich zwei sogenannte Internierungszentren für Ausländer, wobei das Centro de Internamiento de Extranjeros (CIE) von Barranco Seco in Gran Canarias Hauptstadt Las Palmas wegen Baumaßnahmen derzeit nur eingeschränkt genutzt werden kann und das CIE in Hoya Fría auf Teneriffa hoffnungslos überfüllt ist.

Darüber hinaus entschied ein spanisches Gericht, dass die erstgenannte Einrichtung so schnell wie möglich geräumt

werden müsse, weil die dort Lebenden Gefahr liefen, sich gegenseitig mit dem Coronavirus anzustecken.

Abhilfe könnten hier Abschiebungen nach Marokko und Mauretanien bringen, doch diese sind aufgrund der Pandemie derzeit nicht möglich. Die letzte Rückführung von rund 50 abgelehnten Asylbewerbern, die in Mauretanien in See gestochen waren, erfolgte am 2. März. Dann verhinderten die allgemeinen Grenzsicherungen weitere Abschiebeflüge. Aufgrund dessen beschloss das Innenministerium in Madrid die Wiedereröffnung des früheren CIE in El Matorral auf Fuerteventura.

**Unterkunft in Ferienanlagen**

Darüber hinaus werden viele Illegale nun auf Kosten der spanischen Steuerzahler in leer stehenden Privatwohnungen, Hotels und Ferienanlagen untergebracht – für die Eigentümer eine willkommene Gelegenheit, Einnahmeverluste durch die Corona-Krise zu kompensieren.

Das wiederum sorgt für Proteste bei den Anwohnern, welche um das touristische Image ihrer Ortschaften fürchten. So gingen die Bürger von Hoya de Tunte in der Gemeinde San Bartolomé de Tirajana im Süden von Gran Canaria auf die Straße, um die Verlegung von 400 afrikanischen Wirtschaftsflüchtlings in ein Bungalow-Dorf am Rande der Kommune zu verhindern. Zu diesem Zweck errichteten die Demonstranten Zugangssperren, wurden dann aber von der Polizei vertrieben, woraufhin die Immigranten ihr neues Quartier beziehen konnten.

In Reaktion hierauf drang der sozialistische Präsident der Regierung der Kanaren, Ángel Víctor Torres, am 9. September während einer Videokonferenz mit dem spanischen Minister für Inklusion, Soziale Sicherheit und Migration, José Luis Escrivá, auf „sofortige und energische Maßnahmen“ seitens der Zentralregierung, da deren Untätigkeit „rechten Kräften“ in die Hände spiele.

Am besten wäre es, die Asylsucher allesamt auf das spanische Festland zu bringen. Nun ist die Frage, ob Madrid dieser Forderung tatsächlich nachkommt, um Aufruhr unter Immigranten wie Einheimischen zu vermeiden.



Ferien für Afrikaner in einer der Hotelanlagen: Ein spanisches Rettungsboot geleitet Einwanderer nach Los Cristianos auf Teneriffa

## GRIECHISCH-TÜRKISCHER KONFLIKT

## Kampf um Kastelorizo

Nicht nur Lesbos – Eine andere griechische Insel könnte sich zur neuen Front in der Ägäis entwickeln

Seit die Türkei im östlichen Mittelmeer nach Gas sucht, verstärkt sich der Konflikt mit dem Nachbarn Griechenland, der das Potenzial zum Krieg hat. Ausgangspunkt könnte eine kleine griechische Insel sein, bei der nicht nur das Gas, sondern auch bald illegale Zuwanderer zum Zankapfel mit der Türkei werden könnten.

Nur zwei Kilometer liegen zwischen Kastelorizo und der türkischen Küstenstadt Kaş. Auf der östlichsten bewohnten Insel Griechenlands, leben gerade noch 500 Einwohner, im türkischen Kaş über 7000. Die Mini-Insel trennt jedoch mehr als 150 Kilometer von der nächsten griechischen Insel Rhodos. In dem Seegebiet dazwischen lässt der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan nach Gas suchen, und er ist nicht bereit, auch nur einen Zentimeter nachzugeben.

Dabei hatte er erst kurz zuvor verkündet, dass vor der türkischen Schwarzmeerküste riesige Vorkommen von Erdgas gefunden worden seien. Darüber hin-

aus besitzt die Türkei eine mindestens 2000 Kilometer lange südliche Mittelmeerküste, vor der sich keine griechischen Inseln befinden, aber dort lässt Erdoğan nicht bohren. Alles sieht danach aus, als ob er es gar nicht auf Erdgas abgesehen hat, sondern nur einen Vorwand sucht, um seine Macht zu demonstrieren.

**Symbol der Wehrhaftigkeit**

Trotz ihrer nur neun Quadratkilometer wiegt die kleinste der griechischen Inseln in der Region schwer. Sie war im 20. Jahrhundert bereits nacheinander osmanisch, italienisch, französisch und schließlich seit 1947 griechisch. All dieses zeigt die strategische Bedeutung der kleinen Insel. Der Ort ist auch ein Symbol der griechischen Wehrhaftigkeit.

Von hier aus hat der frühere griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras im Jahr 2018 stolz das Ende des EU-Rettungsprogramms für sein Land verkündet. Acht Jahre zuvor hatte auch der von

2009 bis 2011 regierende Giorgos Papandreou diese winzige Ecke des Dodekanes gewählt, um nach Hilfe des IWF und der EU zu betteln.

1974 beschlossen einige türkische Nationalisten während des Einmarsches türkischer Truppen auf Zypern, Kastelorizo gleich mit zu besetzen und zu annektieren. Ihre Boote mit ihren roten türkischen Flaggen wurden jedoch damals von der türkischen Küstenwache gestoppt. Im vergangenen Jahr hat ein Pro-Erdogansender diese Amateur-Invasoren noch einmal interviewt, als wolle er damit sagen, dass die Geschichte ihnen Recht geben könnte. Auf der kleinen Insel ist keinerlei griechisches Militär stationiert. Wenn es zum Krieg kommt, ist die Insel nicht zu halten.

Viele Bewohner der Insel glauben jedoch, dass auch ohne einen Krieg die Insel nicht mehr zu halten sei. Denn falls sich unter den Einwanderern in der Türkei immer weiter herumspricht, dass genau die-

se Insel die kürzeste Stelle zwischen der Türkei und Griechenland ist, werden es immer mehr Immigranten versuchen, an dieser Stelle die zwei Kilometer zwischen dem Orient und dem rettenden Europa zu überwinden.

**Asylsucher schliefen in Kirche**

Bereits diesen Februar, als Erdoğan einseitig erklärte, die Grenze zwischen der Türkei und Griechenland sei offen, waren an einem Tag mehr als 100 Zuwanderer illegal nach Kastelorizo gekommen, weil die türkische Küstenwache nicht mehr ihre Küste bewacht hat. Wochenlang belagerten die Asylsucher damals die kleine Insel und schliefen in Kirchen und auf offenen Plätzen, weil die Insel keinerlei Aufnahmefähigkeit für Immigranten hat.

Viele Einwohner fürchten jetzt, dass Erdoğan, um Druck auf Griechenland und die EU auszuüben, noch mehr Immigranten schicken wird. Dann fällt die Insel, ohne dass ein Schuss fällt. **Bodo Bost**

VON NORMAN HANERT

In ihrer ersten Rede zur Lage der EU hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgeschlagen, das Ziel zur Reduzierung von Kohlendioxidemissionen in der EU radikal anzuhängen. Hieß es bislang, der Kohlendioxidausstoß solle bis 2030 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 sinken, so hat von der Leyen nun eine Reduzierung um „mindestens“ 55 Prozent als neues Ziel ausgegeben.

Hochrangige Wirtschaftsvertreter haben inzwischen starke Zweifel an dem Vorhaben angemeldet. Laut Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), steht die Industrie zwar hinter dem Pariser Klimaabkommen, doch wird die Verschärfung der Klimaziele „inmitten der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg“ Wirtschaft und Gesellschaft „vor enorme Herausforderungen mit ungewissem Ausgang“ stellen.

Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) warnt in einer Analyse vor rapide ansteigenden Kosten durch die neuen „Klimaziele“. Aus Sicht des Verbandes droht sogar die Gefahr von irreparablen Strukturbrüchen, wenn der bereits laufende Strukturwandel nun nochmals stark beschleunigt wird. Im Kontrast dazu unterstützen allerdings auch einige Unternehmen eine drastische Verschärfung der „Klimaziele“ ganz ausdrücklich.

Im Gegensatz zur Mehrheit in der Automobilbranche begrüßte etwa das staatsnahe Unternehmen Volkswagen den Vorstoß der EU-Kommissionschefin. Und der Essener Energieversorger E.ON lobte die EU dafür, dass sie mit der Initiative ihre Führungsrolle innerhalb der Staatengemeinschaft beweise.

Einzelnen Unternehmen wie den großen Energieversorgern winken gute Geschäfte. So geht der DIHK davon aus, dass ein höheres Tempo auf dem Weg zur „Klimaneutralität“ zwangsläufig zu schneller steigenden Energiepreisen führt. Auch Branchen, die Investitionsgüter anbieten, könnten zu den Profiteuren zählen.

#### Chef-Wirtschaftsweise entsetzt

In Brüssel rechnet die EU-Kommission damit, dass in der EU bis 2030 jährlich im Schnitt 1,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zusätzlich in Öko-Energien investiert werden müssen. Dies entspräche pro Jahr Mehrausgaben von 350 Milliarden Euro. Der Versuch, Europas Wirtschaft zu dekarbonisieren, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auch ein neues Umverteilungssystem nach dem Modell der EU-Agarpolitik in Gang setzen.

Da den Unternehmen in der EU ganz massive Wettbewerbsnachteile gegenüber Konkurrenten aus anderen Teilen



Brüssel: Ursula von der Leyen hält ihre Rede zur Lage der EU

Foto: imago images/Xinhua

#### DEUTSCHLAND UND DIE EU

## Wie die Politik die Wirtschaft zu drangsalieren plant

Das ambitionierte „Klimaziel“ der EU und das geplante Lieferkettengesetz der Bundesregierung setzen die Axt an das Erfolgsmodell der deutschen Industrie an

der Welt drohen, scheinen Subventionen und die Tendenz zur Abschottung des EU-Binnenmarkts vom Weltmarkt alternativlos. Beispielsweise ist kaum vorstellbar, wie sich hiesige Hersteller von „klimaneutral“ produziertem Stahl künftig noch gegen Unternehmen aus China oder Indien behaupten wollen, die nach herkömmlichen Verfahren schon jetzt viel kostengünstiger produzieren. In einer Kostenfalle werden sich auch viele andere Branchen wiederfinden, vom Automobilbau bis hin zur Landwirtschaft.

Bereits im Juli haben sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auf die Einführung einer Kohlendioxid-Grenzsteuer geeinigt. Faktisch handelt es sich um Zölle auf Importe aus Ländern, die eine weniger ambitionierte „Klimapolitik“ als die EU betreiben. Nach den Vorstellungen

der EU-Kommission soll diese Abgabe bereits ab 2023 eingeführt werden. Auch hier drohen weitreichende Folgen.

Wichtige Handelspartner wie die Vereinigten Staaten oder China könnten mit Gegenmaßnahmen reagieren. Zudem ist der verkappte Zoll kaum mit dem Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO) zu vereinbaren.

Hinter den Produkten europäischer Unternehmen stehen zudem mittlerweile fast immer globale Lieferketten. Der Versuch, bei den importierten Vorprodukten aus aller Welt die fällige Abgabe zu ermitteln, könnte daher schnell ein weiteres Bürokratiemonster erschaffen.

Ähnliches Potenzial steckt in dem Projekt eines Lieferkettengesetzes, für das sich insbesondere Sozialminister Hubertus Heil (SPD) und Entwicklungsmi-

nist Gerd Müller (CSU) stark machen. Das Vorhaben soll hiesige Unternehmen mit mehr als 500 Angestellten zwingen, für die Einhaltung der Menschenrechte und für die Arbeitsbedingungen in ihren weltweiten Wertschöpfungsketten geradzustehen.

In der Bundesregierung hat vor allem Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) gegen das Gesetz Bedenken, etwa im Hinblick auf Haftungsregelungen. Ganz grundsätzliche Zweifel meldete Lars Feld, der Vorsitzende des sogenannten Rats der Wirtschaftsweisen. Der Professor für Wirtschaftspolitik sagte, er schaue „mit großem Entsetzen auf das Lieferkettengesetz“. Aus seiner Sicht wird mit dem Gesetz „die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt“.

#### STROM- UND GASMARKT

## Den „Bonushoppern“ den Kampf angesagt

Wirtschaftsauskunfteien wollen Energieversorger vor eifrigen Anbieterwechslern warnen

Sogenannte Bonushopper lassen sich von Energieversorgern mit attraktive Neukundentarifen und diversen Boni locken, um sich nach dem Ende der Mindestlaufzeit vom nächsten Anbieter einen Wechsel versüßen zu lassen. Derartige Kunden sind zumindest einigen Strom- und Gasanbietern ein Dorn im Auge.

#### „Freiwild der gesamten Branche“

Deshalb arbeiten die deutschen Wirtschaftsauskunfteien SCHUFA Holding AG und CRIF Bürgel GmbH an der Schaffung von sogenannten E-Pools. Das sind Datenbanken, die unter anderem erfassen sollen, wie oft Verbraucher das Versorgungsunternehmen wechseln. So wäre es möglich, Verbraucher, die sich von einem

Neukundenvertrag zum nächsten hängen, zu identifizieren und entweder ganz als Kunden abzulehnen oder mit weniger vorteilhaften Konditionen abzuspeisen.

Aus Datenschutzgründen ist das problematisch, denn die E-Pools würden nicht nur säumige Schuldner mit Zahlungsrückständen auflisten, sondern auch vertrags-treue Bezieher von Energielieferungen. Die – so die Kritik nach Bekanntwerden der Pläne – könnten dadurch „zum Freiwild der gesamten Branche“ werden.

Allerdings ist unklar, ob die Mehrheit der Strom- und Gasversorger solche Datenbanken nutzen will. Eine Umfrage des Norddeutschen Rundfunks und der „Süddeutschen Zeitung“ unter 75 einschlägigen Unternehmen erbrachte jedenfalls

Zwiespältiges: Viele Anbieter berichteten, sie seien von der SCHUFA oder CRIF Bürgel angesprochen worden, hätten aber kein Interesse. Die niedersächsische Firma FirstCon äußerte sogar, der Wunsch nach einem „Gläsernen Kunden“ sei zwar „aus wirtschaftlicher Perspektive nachvollziehbar, aber ethisch fragwürdig“.

Andererseits kam von 25 der angefragten Unternehmen gar keine Antwort, und drei der größten deutschen Energieversorger, die auch Privatkunden beliefern, sehen das Ganze unterschiedlich. So drückte sich nur EnBW explizit ablehnend aus, während E.ON und Vattenfall mitteilten, mit den beiden Auskunfteien wegen der E-Pools kooperiert oder „im Austausch“ gestanden zu haben. Jedoch

sei man über die Projektphase oder Gespräche hinsichtlich des möglichen Produktportfolios von SCHUFA und CRIF Bürgel nicht hinausgekommen.

#### Die Reaktionen sind ambivalent

Das soll den Energiekunden wohl Entwarnung signalisieren und Misstrauen gegenüber den Versorgern abbauen. Trotzdem wollen die für den Datenschutz zuständigen Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder Anfang November über die Thematik beraten und prüfen, ob derartige Datenbanken rechtlich zulässig wären. Das Ergebnis ist offen, denn unter den Datenschutzbeauftragten gibt es nicht nur strikte Gegner der E-Pools.

Wolfgang Kaufmann

#### ● MELDUNGEN

## Fast 1000 Taxen stillgelegt

Berlin – Wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage haben laut Leszek Nadolski, dem Vorsitzenden der Berliner Taxi-Innung, die Taxi-Betriebe in der Hauptstadt 925 von ihren knapp 8000 Fahrzeugen in diesem Jahr stillgelegt. „Die Fahrzeuge sind alle abgemeldet worden, die gibt es nicht mehr“, so Nadolski. Außer durch die Auswirkungen der Corona-Krise fühlen sich Taxi-Betriebe bundesweit durch die geplante Neufassung des Personenbeförderungsgesetzes in ihrer Existenz bedroht, mit der Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer die Rechte des Taxi-Gewerbes und der auf den Markt drängenden Taxi-ähnlichen Dienste regeln möchte. Bislang sind neue Anbieter wie Uber hierzulande nur mit befristeten Ausnahmegenehmigungen tätig. Für die neuen Mobilitätsdienste gilt zudem die sogenannte Rückkehrpflicht, die ihre Fahrer zwingt, mit den Fahrzeugen nach der Erfüllung jedes Auftrags wieder zum Betriebssitz zurückzufahren. N.H.

## Strafzinsen auf mehr Konten

Heidelberg – Immer mehr Banken reichen die Strafzinsen, die ihnen die Europäische Zentralbank (EZB) auf Einlagen berechnet, an ihre Kunden weiter. Laut einer Auswertung des Vergleichsportals Verivox hat sich die Zahl der Banken und Sparkassen, die Kundeneinlagen negative Zinsen berechnen, innerhalb von zwölf Monaten nahezu verzehnfacht. Nach Angaben von Verivox verlangten vor einem Jahr erst 13 Geldinstitute Strafzinsen. Betroffen waren dabei zumeist größere Guthaben auf Tagesgeldkonten. Mittlerweile verlangen bereits 126 Banken und Sparkassen Strafzinsen für größere Guthaben. Bei 27 Instituten liegt aktuell der Freibetrag, ab dem Negativzinsen berechnet werden, unter 100.000 Euro. Drei Institute berechneten sogar bereits ab dem ersten Euro Negativzinsen auf Guthaben. Laut der Auswertung belasten drei Kreditinstitute ihre Kunden sogar mit einem zu zahlenden Zinssatz, der über den der EZB von 0,6 Prozent hinausgeht. N.H.

## Kurz hält fest an Nord Stream 2

Wien – Während eines Staatsbesuchs des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskiy in der österreichischen Hauptstadt erklärten sowohl Bundespräsident Alexander Van der Bellen als auch Bundeskanzler Sebastian Kurz ihm, dass sie keinen Zusammenhang zwischen der Vergiftung des russischen Oppositionellen Alexej Nawalnyj und Nord Stream 2 sehen. Österreich hält an der Fertigstellung der Pipeline fest, an deren Finanzierung auch der österreichische Energiekonzern OMV beteiligt ist. Zur Begründung hieß es, Russland habe sich in 50 Jahren als verlässlicher Gaslieferant bewährt. Der Ukraine sagte Kurz weitere humanitäre Hilfe für den Osten des Landes zu. Bisher hat Österreich sieben Millionen Euro für solche Zwecke ausgegeben. Selenskiy warb für österreichische Investitionen für den Bau von Brücken, Straßen und Krankenhäusern. MRK

## ZWISCHENRUF

## Verantwortung

ERIK LOMMATZSCH

Gern sprechen Politiker davon, dass sie „Verantwortung übernehmen“ würden. Die „Verantwortlichen“ treffen Entscheidungen und verfügen über den Einsatz der von der Gemeinschaft, vom Volk aufgebrauchten Steuermittel – zum Wohle eben dieses Volkes.

So sollte es idealerweise ablaufen, nur spielt die Wirklichkeit nicht immer mit. Spätestens, wenn ein Problem auftritt, das hätte vermieden werden können, stellt sich die Frage, was es mit der „Verantwortung“ so auf sich hat. Die Definitionen des Begriffs sind vielfältig. Man kann es etwa mit dem „Gabler Wirtschaftslexikon“ zunächst allgemein formulieren.

Hier wird mit „Verantwortung“ der „Umstand bezeichnet, dass jemand gegenüber einer Instanz für sein Handeln Rechenschaft abzulegen hat“. Die vielbenutzte Internet-Enzyklopädie „Wikipedia“ wird in dem entsprechenden Artikel bereits einleitend ein wenig konkreter. „Verantwortung“ gilt hier als „die (freiwillige) Übernahme der Verpflichtung, für die möglichen Folgen einer Handlung einzustehen und gegebenenfalls dafür Rechenschaft abzulegen oder Strafen zu akzeptieren“.

Dass Politiker für die Folgen ihrer Entscheidungen oder auch die der ihnen untergebenen Mitarbeiter spürbar einstehen, wie es beispielsweise ein persönlich haftender Unternehmer tun muss, ist seit Langem nicht mehr in Mode. Eine bekannte rühmliche Ausnahme einer nun auch schon weiter zurückliegenden Zeit ist Rudolf Seiters. Dieser war Bundesinnenminister im Kabinett Kohl. Anfang Juli 1993 trat er von seinem Posten zurück. Der CDU-Politiker zog damit die Konsequenzen aus dem GSG-9-Einsatz am Bahnhof von Bad Kleinen. Die geplante Verhaftung zweier Angehöriger der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) hatte mit dem Tod eines Polizeibeamten und dem Suizid eines Terroristen geendet. Seiters fühlte sich als Minister verantwortlich für die missglückte Aktion.

Ganz anders Bundesaußenminister Joseph – er selbst bevorzugt das joviale „Joschka“ – Fischer. Der Grünen-Politiker, der ab Herbst 1998 amtierte, sah sich in der sogenannten Visa-Affäre mit Vorwürfen konfrontiert. „Nicht jeder Zweifel an der Rückkehrbereitschaft“ rechtfertigte die Ablehnung eines Besuchs-Visums, so ein Erlass des Auswärtigen Amtes im Jahr 2000. Eine erheb-

liche Anzahl von Missbrauchsfällen wurde in der Folge verzeichnet. Besonders viele Visa hatte die deutsche Botschaft in der Ukraine erteilt. Die rotgrüne Regierung nahm den Erlass später selbst zurück.

Fischer erklärte im Februar 2005: „Für mögliche Versäumnisse und Fehler trage ich die politische Verantwortung.“ Mit der lautstark und offenbar völlig unreflektiert vorgetragenen Aussage hatte es für ihn sein Bewenden.

Nun legen nicht alle Politiker die demonstrative Arroganz eines Joseph Fischer an den Tag, teilen aber wohl vielfach dessen Verständnis von „Verantwortung“. Das Grundgesetz ist hier erschreckend hilfreich, heißt es doch in Artikel 34: „Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht.“ Lediglich „Vorsatz“ oder „grobe Fahrlässigkeit“ wären Gründe, anders zu entscheiden.

Beides ist Ermessensfrage und welcher Richter wird Politikern schon Derartiges nachsagen wollen? So stellte sich die Lage bis gerade eben dar.

Nun hat das Verwaltungsgericht Köln eine Entscheidung getroffen, mit der „Rechtsgeschichte geschrieben“ wird, so der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen. Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin von Bonn von 1994 bis 2009, muss eine Million Euro Schadensersatz zahlen, ebenso der ehemalige Stadtdirektor.

Grund sind die Vorgänge um den Bau des „World Conference Center Bonn“ (WCCB). Die Kosten waren von 140 auf 200 Millionen angewachsen, der Investor verfügte von vornherein nicht über das notwendige Eigenkapital. Von einem „Millionengrab“ war die Rede. Der Stadtrat sei durch Frau Dieckmann nicht hinreichend über Bürgschaften Bonns – und damit letztendlich der Steuerzahler – informiert worden, so das Gericht.

Der bedenkenfreie Umgang mit den Mitteln der Gemeinschaft ist in diesem Fall mit einer spektakulär hohen Summe gehandelt worden, für die übrigens auch keine Haftpflichtversicherung einsteht, da Frau Dieckmann eben „grob fahrlässig“ gehandelt hat.

Sollte das Urteil nicht noch revidiert werden oder gar Schule machen, wäre es ein positives Signal zum Thema „Politiker-Verantwortlichkeit“.



Vor 56 Jahren im Kabinettsaal des Weißen Hauses: In Begleitung von anderen Mitgliedern der von ihm geleiteten und nach ihm benannten Kommission übergibt Earl Warren (l.) ihren Abschlussbericht dem US-Präsidenten Lyndon B. Johnson

## KOLUMNE

## „Verschwörungstheorien“

FLORIAN STUMFALL

Am 22. November 1963 wurde der US-Präsident John F. Kennedy in Dallas, Texas, erschossen. Die Welt hielt den Atem an, und es gab nur eine einzige Frage: Wer trägt Schuld daran? Kennedys Nachfolger, Lyndon B. Johnson, bestellte daher ein siebenköpfiges Gremium, das nach seinem Vorsitzenden Warren-Kommission genannt wird.

Diese Gruppe von Männern kam zu einem schnellen und eindeutigen Ergebnis: Einziger Täter sei Lee Harvey Oswald, es gebe keine Verschworenen noch Mitwisser. Kurz darauf, bevor er noch vor Gericht kam, wurde seinerseits Oswald erschossen, von einem todkranken Mann namens Jack Ruby.

Der Bericht der Warren-Kommission aber hinterließ weitum großes Unbehagen. Zum einen hieß es dort, Kennedy sei von hinten erschossen worden, wo doch auf den Filmaufnahmen eindeutig zu sehen ist, dass ihn zumindest eine Kugel von vorne getroffen hat. Auch die Rolle eines der Mitglieder der Kommission, Allen Dulles, erzeugte Misstrauen. Er war es, der eine schnelle Festlegung auf Oswald als Täter gefordert hatte. Doch jedermann wusste, dass er Kennedys erklärter Feind gewesen war. Dieser nämlich hatte ihn als CIA-Direktor gefeuert.

Zudem wurden für die Untersuchung nur Erkenntnisse von den Geheimdiensten verwertet. Faktensuche mit Bordmitteln, sozusagen, fand nicht statt. Keine anderen Quellen, vor allem auch keine Augenzeugenberichte fanden in jener Zeit Berücksichtigung. Später vorgelegte Dokumente aus nicht verwendeten Quellen füllen 26 Bände.

## Abwehr unbequemer Fragen

Kein Wunder, dass der Warren-Bericht bis heute vielen Menschen wenig glaubhaft, zumindest übereilt und oberflächlich erscheint. Doch aus naheliegenden Gründen war es den zuständigen Behörden und vor allem den Politikern wichtig, Ruhe einkehren und den Gegenstand nicht mehr diskutieren zu lassen.

Zu diesem Zweck wurde ein neues Wort geprägt: „conspiracy theory“, das in treulicher Übersetzung den Weg auch nach Europa fand: Die Verschwörungstheorie war geboren.

Ihr Zweck ist es, Leute, welche die offizielle Darstellung eines Sachverhaltes

anzweifeln oder aber eine anderslautende Lesart propagieren, als nicht ernstzunehmend, lächerlich oder gar paranoid zu kennzeichnen.

Damit geschieht dreierlei: Der Kritiker verliert an Stimme bis zur Unhörbarkeit. Die Zuhörerschaft distanziert sich von ihm, um nicht selbst in den Geruch von mangelndem Ernst, Lächerlichkeit oder Paranoia zu kommen. Und die Vertreter der offiziellen Meinung sind der Notwendigkeit enthoben, sich mit dem Sachverhalt selbst auseinanderzusetzen.

Kaum ein anderer politischer Kampfbegriff hat eine derart durchschlagende

Kaum ein anderer politischer Kampfbegriff hat eine derart durchschlagende Mehrfachwirkung

Mehrfachwirkung. Dabei kann niemand bestreiten, dass es Verschwörungen gibt. Caesar ist einer solchen zum Opfer gefallen. Auch die Mörder von Wallenstein und Leo Trotzki sind Verschwörer gewesen. Jede Geheimdienststrategie, jeder Putsch wie etwa die Einsetzung des Diktators Fulgencio Batista in Kuba durch die CIA, oder derjenige auf dem Majdan zu Kiew stellt das Ergebnis einer Verschwörung dar.

Überhaupt könnten die Geheimdienste ohne die Mittel von geheimen Absprachen ihr Handwerk vollständig aufgeben. Selbstverständlich war auch der Anschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 eine Verschwörung. Die Frage ist immer nur, wer hinter einer Verschwörung steckt.

Wenn es also Verschwörungen gibt, so stellt sich die Frage nach ihnen mit einem Male anders, nämlich nicht nach dem „ob“, sondern nach dem „wer“. Deshalb ist es dem Verdikt jenes Dogmas eigen, niemals staatliche oder halbstaatliche Stellen zu treffen, sondern immer nur Einzelmenschen oder Gruppierungen, die dazu im Widerspruch stehen.

Von markanten Einzelfällen abgesehen ist der dauerhafteste Zusammenhang

mit dem Vorwurf von Verschwörungstheorien die Frage nach der Weltherrschaft. Auch hier bedarf es einer Klarstellung: Der Wille zur Weltherrschaft ist historisch vielfach erwiesen. Die Römer haben, nach dem Verständnis ihrer Zeit, ein Weltreich errichtet. Die Hunnen taten es und nach ihnen die Mongolen.

Im 16. Jahrhundert ging im Habsburgerreich „die Sonne nicht unter“, wie der poetische Ausdruck dafür lautete, dass Spanien und Österreich über ein Weltreich geboten. Und im 19. Jahrhundert eroberten die Briten das größte aller bis dahin bestehenden Imperien. Diese Aufzählung ist unbestrittener Besitz der Geschichtswissenschaft und nicht Ausdruck eines dumpfen Glaubens an geheime Mächte.

## Die Frage nach der Weltherrschaft

Warum aber wird eine Feststellung, die für die Vergangenheit unverrückbar ist, in der Gegenwart dann als Verschwörungstheorie angeprangert, wenn es im aktuellen Fall um die USA geht. Diese streben unverhohlen, ausdrücklich und unmissverständlich die Weltherrschaft an.

Der frühere Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski hat in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ dem Titel entsprechend, das Endziel formuliert. Ebenso tat das sein akademischer Nachfolger Tom Barnett. Sein Buch lässt keine Zweifel offen. Der Titel: „Der Weg in die Welt-diktatur“. Das ist als Programm zu verstehen, nicht als Warnung.

Im Zuge der Klimadebatte und von Corona hat sich, was den Vorwurf betrifft, man verbreite eine Verschwörungstheorie, eine qualitative Erweiterung ergeben. Wer mundtot gemacht werden soll, verfällt nun nicht mehr allein dem Spott und dem Ausschluss aus jedem Gespräch, sondern drifft in Richtung der moralischen Verworfenheit und schließlich der Strafverfolgung.

SPD-Bundesjustizministerin Lambrecht, will angesichts von Verschwörungstheorien mehr Geld für „Demokratie-Initiativen“. Diese seien die stärkste Waffe gegen „Extremisten“ und zu solchen werden nun auch die tatsächlichen oder vorgelieblichen Verschwörungstheoretiker gezählt. Das Recht der freien Rede erleidet eine weitere, eine schwere Niederlage.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommer-sche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

## Menschenfreund auch in der Not

Tagung der Ernst-Wiechert-Gesellschaft zum 70. Todestag des ostpreußischen Schriftstellers

VON BÄRBEL BEUTNER

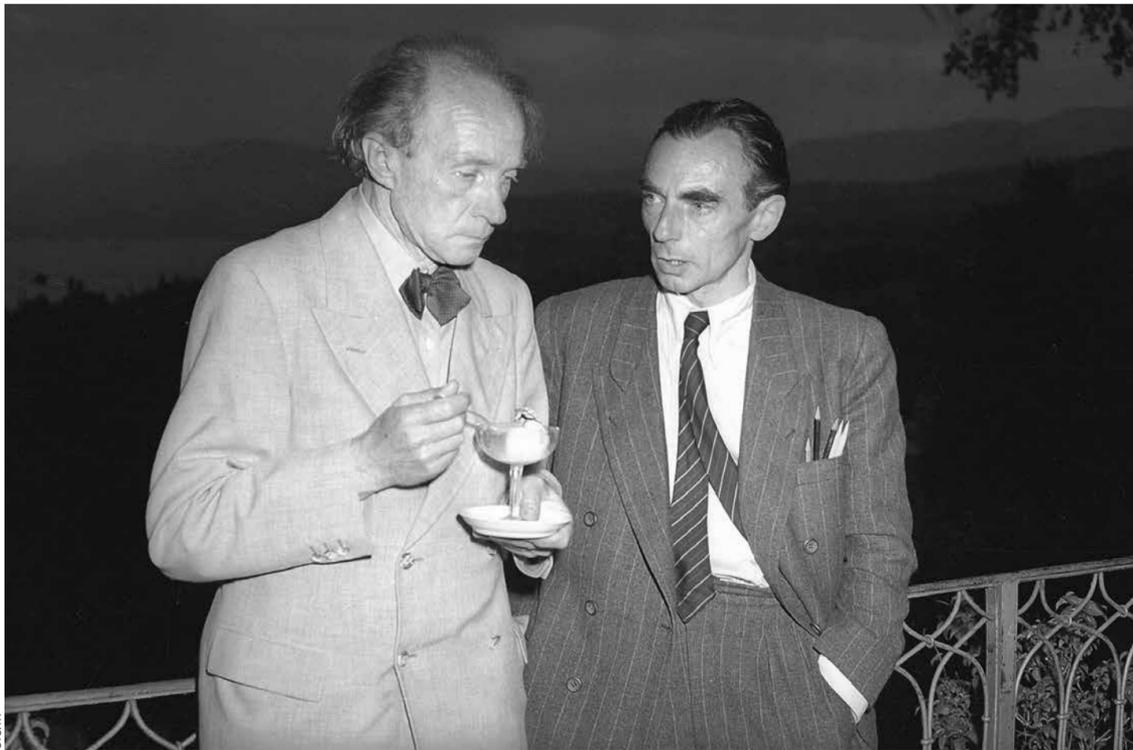
Auch Corona konnte nicht verhindern, dass die Internationale Ernst-Wiechert-Gesellschaft (IEWG) in Zwiefalten auf der Schwäbischen Alb zusammen mit dem dortigen Geschichtsverein Veranstaltungen zum 70. Todestag des Schriftstellers Ernst Wiechert durchführte.

Am 24. August 1950 verstarb Wiechert in Uerikon bei Zürich, wo er seit 1948 wohnte (siehe PAZ vom 14. August). Sein letzter großer Roman „Missa sine nomine“ war wenige Tage zuvor im Druck erschienen. Sein Grab befindet sich in Stäfa bei Zürich, das die Wiechert-Gesellschaft eigentlich im September besuchen wollte. Aber diese Tagestour verhinderte Corona.

Dafür fanden die Veranstaltungen in Zwiefalten große Resonanz beim Publikum. Am 1. September tagte der „Literaturkreis Zwiefalten“, der vom „Geschichtsverein Zwiefalten“ ins Leben gerufen worden ist, auf Schloss Ehrenfels. Klaus Weigelt, stellvertretender Vorsitzender der IEWG, referierte über Wiecherts KZ-Bericht „Der Totenwald“. Alle Teilnehmer hatten das Buch gelesen, und Bernd Lippmann vom „Literaturkreis Zwiefalten“ moderierte eine zweistündige Aussprache. Einer der Diskussionspunkte war die Frage, warum Wiechert für diesen „Bericht“ den Protagonisten Johannes einführt. Die literarische Verfremdung ist wohl nötig, um derartige Schrecknisse überhaupt darstellen zu können.

Am 5. September stellte Weigelt in dem „Kulturdenkmal Wimsener Mühle“ sein Buch „Schweigen und Sprache. Literarische Begegnungen mit Ernst Wiechert“ vor, das als 7. Band der „Schriftenreihe“ der IEWG herausgekommen ist. Der Autor las Auszüge aus diesem seinem Werk vor und setzte einige Schwerpunkte, die für die Leserschaft wegweisend sein können. Denn das sei die eigentliche „Mission“ dieses Buches: zum Lesen anzuregen, so Weigelt.

Weigelt beleuchtete Wiecherts Verhältnis zur Natur als gesetzgebende und moralische Instanz, was besonders der Roman „Das einfache Leben“ themati-



Zwei Humanisten und Vertreter der Inneren Emigration unter sich: Ernst Wiechert (l.) und Erich Kästner in Zürich im Jahr 1947

siert. Er arbeitete komprimiert und dennoch detailliert Wiecherts politisches Engagement heraus, indem er die Reden von 1929 und 1935 heranzog und gezielt nachwies, dass sogar in Wiecherts Märchen, geschrieben 1944/45 „mitten im totalen Krieg“, Abrechnungen mit Gewaltherrschaft und Unrecht zu finden sind. Die Machthaber fühlten sich bedroht, obwohl die Kritik sowohl in der Novelle „Der weiße Büffel“ wie in den Reden auf einem literarischen und philosophischen Niveau angesiedelt war.

### Ein humanistisches Menschenbild

Wiecherts Verhaftung 1938, die KZ-Haft in Buchenwald und die anschließende Gestapo-Aufsicht bis 1945 lassen keinen Zweifel an seinem politischen Widerstand. Dabei, so betonte Weigelt, ging Wiechert stets von einem humanistisch geprägten Menschenbild aus – obwohl durch die Erlebnisse im Ersten Weltkrieg

und durch die KZ-Erfahrungen ein Riss durch dieses Menschenbild ging.

Besonders dieser Punkt führte zu einer lebhaften Diskussion im Anschluss an die Lesung, die wieder von Lippmann moderiert wurde. Wiechert habe vielleicht im Humanismus und dessen Menschenbild einen Ausweg gesehen, weil die Demokratie in der Weimarer Republik für Intellektuelle wenig attraktiv gewesen sei. Die Auswirkungen des NS-Regimes bestärkten ihn in seiner Hoffnung auf Einforderung von Menschlichkeit, Nächstenliebe und Schutz der Schwachen.

Der Vorsitzende des „Geschichtsvereins Zwiefalten“, Hubertus-Jörg Riedlinger, hatte für die „Wiechert-Tage“ auch einen musikalischen Rahmen organisiert. Eine gelungene Überraschung war das Konzert der Sopranistin Karina Aßfalg im Garten des Restaurants „Heimatküche“ am Abend des 4. September, ein „Feuerwerk“ aus Oper, Musical und Schlager. Am

5. September fand in der „Wimsener Mühle“ außerdem ein Konzert des Ensembles „Fagottissimo“ Stuttgart statt, ein Erlebnis für das Publikum – und auch für die Fagottisten, denn es war ihr erster Auftritt seit Februar.

Die positiven Berichte in der lokalen Presse zeigten, dass die gute Zusammenarbeit zwischen der IEWG und dem Geschichtsverein zu einer Konstante im kulturellen Leben der Region geworden ist.



**Buchtipps** Klaus Weigelt, „Schweigen und Sprache. Literarische Begegnungen mit Ernst Wiechert“, Quintus Verlag, Berlin 2020, gebunden, 224 Seiten, 25 Euro

### MELDUNGEN

## Siegfried Lenz für die Tasche

**Hamburg** – Der Verlag Hoffmann und Campe hat fünf der wichtigsten Werke des 2014 verstorbenen ostpreußischen Autors Siegfried Lenz im Taschenbuch neu herausgebracht. Die Romane „Deutschstunde“, „Heimatum“, „Arnes Nachlaß“ und „Der Mann im Strom“ sowie die Erzählung „Der Geist der Mirabelle“ erscheinen in moderner, zeitloser Aufmachung und kosten zwischen zwölf und 16 Euro. Seit 2016 erscheint im selben Verlag bereits die kommentierte „Hamburger Ausgabe“ des Gesamtwerks von Lenz als gebundene Bände. *tws*

## Krusensterns lange Reise

**Lüneburg** – Anlässlich des 250. Geburtstags des deutschbaltischen Weltumseglers und russischen Flottenadmirals Adam Johann von Krusenstern zeigt das Ostpreußische Landesmuseum vom 26. September bis 31. Januar 2021 die Ausstellung „Reise um die Welt“. Es zeigt seltene Kupferstiche aus Krusensterns dreibändiger Publikation „Reise um die Welt“, deren Vorlagen der Leipziger Arzt, Zeichner und Naturforscher Wilhelm Gottlieb Tilecius von Tilenau während der Weltreise von 1803 bis 1806 fertigte. *tws*

## Art Déco bei Käthe Kollwitz

**Köln** – Vom 25. September bis 10. Januar 2021 lenkt das Kölner Käthe-Kollwitz-Museum den Blick auf die „Années folles“, die „verrückten (1920er) Jahre“, in Frankreich. Die Ausstellung „Art Déco – Grafikdesign aus Paris“ präsentiert mehr als 100 zum Teil großformatige Druckgrafiken aus der Sammlung des Hamburger Museums für Kunst und Gewerbe. *tws*

### KINO

## Multikulturelles Auswürfeln

David Copperfield wird Inder – Die Verfilmung des Klassikers von Charles Dickens als ethnisch kunterbuntes Treiben

Filme, die einen Oscar gewinnen wollen, müssen neuerdings bestimmte Standards erfüllen. Sind Minderheiten wie Schwarzafrikaner, Asiaten oder Indianer nicht bis zu 30 Prozent repräsentiert, kriegt der Film, mag er auch ein künftiger Meilenstein der Kinogeschichte sein, keinen Preis.

Wenn es danach geht, steht der kommende Oscargewinner für den besten Film schon fest. Die britische Charles-Dickens-Verfilmung „David Copperfield. Einmal Reichtum und zurück“, die seit diesem Donnerstag in unseren Kinos zu sehen ist, übererfüllt die Quote der Politischen Korrektheit locker. Die im Film gezeigte viktorianische Gesellschaft ist hier so multikulturell bunt, dass es fast schon wie eine Satire auf die Korrektheits-, Diversitäts- und Proporzanhänger wirkt.

Der Verdacht der Verballhornung liegt nahe, gilt doch Regisseur Armando Iannucci als Satirespzialist, wie er mit dem

schwarzhumorigen Film „The Death of Stalin“ von 2017 bewies. Darin zog er die letzten Tage des sowjetischen Diktators dermaßen durch den Kakao, dass der Film in Russland letztendlich verboten wurde.



Wahre Briten: Copperfield (Dev Patel, r.) mit seinem Schulfreund Steerforth

Jetzt dient ihm Dickens' Klassiker als Spielwiese für seinen abstrusen Humor. Wenn es denn wenigstens feiner englischer Humor wäre. Aber damit ist es auch nicht weit her, mixt er sich doch mit dral-

ler italienischer Commedia dell'arte. Der Brite Iannucci ist schließlich selbst Sohn italienischer Einwanderer und das Thema Migration tief in ihm verwurzelt.

So hat er seinen Film ethnisch querebeet besetzt. Eine Schwarze spielt eine vornehme Dame, ein Asiate einen alkoholsüchtigen Anwalt, und Copperfield wird als dunkelhäutiger Inder geboren und als Erwachsener vom indischstämmigen „Slumdog Millionär“-Star Dev Patel verkörpert. Die Rollen der Schurken, Betrüger und sonstigen Kotzbrocken bleiben natürlich den Weißen vorbehalten. Hier glänzt immerhin Ben Whishaw als kriecheischer Uriah Heep (nach dem sich eine bekannte Rockband benannt hat).

Ansonsten ist der Film eine durchaus amüsante Slapstick-Version von Dickens' autobiografisch geprägtem Roman, der ja selbst vor skurrilen Einfällen und exzentrischen Figuren platzt wie Copperfields

Tante (Tilda Swinton), ihrem spinnerten Cousin Mr. Dick (Hugh Laurie aus der TV-Serie „House“) oder dem ewig bankrotten Mr. Micawber (Peter Capaldi).

Zur Nebensache wird dabei die Handlung, in der Copperfield aus dem Garten Eden des Elternhauses in die Hölle eines Arbeitshauses als Flaschenreiner hinabsteigt, um über das Fegefeuer der Liebe als gefeierter Schriftsteller zurück ins Elysium zu gelangen. Große Freiheiten hat sich Iannucci in dem Kostümfilm auch bei den Dialogen genommen, die er aus dem viktorianischen Korsett sprengt und zeitgemäß mit schnoddrigem Humor aufpeppt. Dadurch wird der Film zu einer unterhaltsamen Comedyshow, bei der nur Dickens' Roman das Pech hatte, als Folie zu dienen. Jedes andere Werk hätte es auch getan. Aber Beliebigkeit gehört zum Programm, das zeigt ja schon das multikulturell-bunte Auswürfeln der Akteure. *Harald Tews*

„GOD SAVE THE QUEEN“

## Nicht nur die Hymne der Briten

Im Gegensatz zur Weimarer Republik, dem Dritten Reich, der DDR und der Bundesrepublik hatte das Kaiserreich keine Nationalhymne. Bei entsprechenden Anlässen erklangen die Hymnen der jeweiligen Bundesstaaten oder die Kaiserhymne „Heil dir im Siegerkranz“, die in Preußen ab 1795 als preußische Volkshymne gedient hatte. Ihre getragene Melodie ist wunderschön. Und so verwundert es nicht, dass sie auch die vieler anderer historischer wie aktueller Fürsten-, Landes- und Nationalhymnen ist. Genannt seien hier – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – „Oben am deutschen/jungen Rhein“ (Liechtenstein), „Rufst du, mein Vaterland“ (Schweiz),



Der Komponist Thomas Arne

„Gud sign vår konge god“ (Norwegen), „Gott segne Sachsenland“, „Heil unserm König, Heil!“ (Bayern), „Heil Dir Hannover!“, und „Molitwa Russkik“ (Gebet der Russen).

Insbesondere im Ersten Weltkrieg wurde es indes in Deutschland als Manko angesehen, dass die Melodie aus Großbritannien stammt, wo sie erst unlängst wieder mit dem Text „God save our gracious Queen ...“ (Gott schütze unsere gnädige Königin...) in der „Last Night of the Proms“ in und aus der Royal Albert Hall in London zu hören war. „God Save the Queen/King“, so der Titel dieser Urversion, dient außer Großbritannien auch Neuseeland als Nationalhymne und ist die Königshymne aller vom britischen Monarchen regierten Commonwealthstaaten, der sogenannten Commonwealth Realms.

Der Erfolg hat viele Väter. Zusätzlich erschwert wird die Vatersuche durch das fortgeschrittene Alter der Hymne von mindestens 275 Jahren. Am 28. September 1745 soll sie zu Ehren des damaligen britischen Königs Georg II. im Theatre Royal Drury Lane im Londoner West End uraufgeführt worden sein. Im selben Jahr wurde die Melodie mit den Eingangsworten „God save great George our king“ im „Gentleman's Magazine“ abgedruckt. Für die Qualität der Melodie spricht, dass Georgs Gegner, die Jakobiten, ebenfalls das Lied sangen, wenn auch mit einem etwas anderen Textanfang: „God save great James our king ...“

Arrangiert worden ist die Fassung der Uraufführung von Thomas Arne. Von dem 1710 in London geborenen und dort auch 1778 gestorbenen englischen Komponisten der Vorklassik stammt auch die durch Mark und Bein gehende, mitreißende Melodie des Klassikers „Rule, Britannia!“, der trotz seines heute politisch umstrittenen Textes von James Thomson und David Mallet ebenfalls zu einer „Last Night of the Proms“ dazugehört. Manuel Ruoff

BENESCH-DEKRETE

## „Geht abrechnen mit den Deutschen“

Trotz Bekenntnissen gegenseitiger Schuld, trotz gegenseitiger Aussöhnungserklärungen stehen die Verordnungen wie in Stein gemeißelt

VON KLAUS J. GROTH

Der Name des Mitbegründers und ersten Nachkriegspräsidenten der Tschechoslowakische Republik, Edvard Benesch, steht für die Vertreibung von drei Millionen aus ihrer Heimat. Einige der 143 Erlasse der tschechoslowakischen Exilregierung in London und der ersten Nachkriegsregierung in Prag lösten Lynchjustiz gegen den deutschen und ungarischen Teil der Bevölkerung aus. Diese „Dekrete des Präsidenten der Republik“, wie sie offiziell heißen, stehen für Mord, Unrecht und Enteignung.

Beim Münchner Abkommen hatten die Westmächte 1938 eingewilligt, das deutsch besiedelte Sudetenland von der Tschechoslowakei abzutrennen. Im März 1939 marschierte die Wehrmacht in die verbliebene Tschechei ein, das Protektorat Böhmen und Mähren wurde ausgerufen. In London entwickelte die tschechoslowakische Exilregierung Pläne, wie die angeblich alte Ordnung wieder herzustellen sei. Dazu gehörte, die seit Jahrhunderten in Böhmen und Mähren lebenden mehr als drei Millionen Deutsche zu enteignen, entrechten und vertreiben.

Eine Kommission beriet 1942 über ein Dekret zur „Bestrafung der Kriegsverbrecher, Verräter und Kollaborateure“. Das Ergebnis fasste der Leiter der Exilregierung, Edvard Benesch, im Februar 1943 zusammen: Der Umsturz in der Heimat müsse „gewaltsam, eine gewaltige Volksabrechnung mit den Deutschen, ... ein blutiger, unbarmherziger Kampf sein“.

### Letztes Dekret vor 75 Jahren

Nach Absprache mit Josef Stalin erklärte Benesch im Oktober 1943: „In unserem Land wird das Kriegsende mit Blut geschrieben werden. Den Deutschen wird mitleidlos und vervielfacht alles heimgezahlt werden, was sie in unseren Ländern seit 1938 begangen haben.“



FOTO: PRAHA 3/AUGUST 1945

„Alle Deutschen müssen verschwinden! Was wir im Jahre 1918 schon durchführen wollten, erledigen wir jetzt! Damals schon wollten wir alle Deutschen abschieben. Deutschland war aber noch nicht vernichtet und England hielt uns die Hände, jetzt aber muss alles erledigt werden!“

Edvard Benesch  
Staatspräsident der  
Tschechoslowakei

Benesch traf im April 1945 mit der Regierungsmannschaft in der Slowakei ein. Zwei Tage später forderte das in Moskau veröffentlichte „Kaschauer Regierungsprogramm“: „Geht abrechnen mit den Deutschen für ihre Gräueltaten und habt kein Erbarmen mit den deutschen Mördern.“

Es folgten in dichter Reihung die Dekrete, die Enteignung und Vertreibung der Minderheiten sanktionierten.

19. Mai 1945: Eigentum „der Deutschen, Madjaren, Verräter und Kollaboranten“ wurde unter Zwangsverwaltung gestellt, gleichgültig, „ob sie mobilen oder immobil, öffentlichen oder privaten Besitz“ betrafen. Das Dekret beschleunigte die „wilde Vertreibung“ der Deutschen mit dem Todesmarsch von Brünn, dem Massaker von Aussig oder dem Blutgericht von Landskron.

21. Juni 1945: Grund und Boden der Deutschen und der Ungarn wurden entschädigungslos enteignet. Der Landraub sollte „ein für allemal tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen fremdartiger deutscher und ungarischer Landguthaber wie auch aus den Händen der Verräter der Republik ... nehmen“.

19. September 1945: „Arbeitspflicht für Personen, die die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben“. So wurde die Zwangsarbeit umschrieben. Eineinhalb Millionen Männer, Frauen und Jugendliche waren davon betroffen. Die Zwangsarbeiter lebten in Lagern, die Ernährung war mangelhaft. Bezahlung gab es keine. Meist dauerte die Internierung ein halbes Jahr, ehe die Ausweisung erfolgte. In Sonderlagern konnte die Inhaftierung bis zu zehn Jahre dauern. Viele Menschen kamen in diesen Sonderlagern ums Leben. Für die Zeit von Anfang Mai bis Oktober 1945 wurden damit Deutsche als vogelfrei erklärt.

Vor 75 Jahren, am 21. Oktober 1945, wurde eine vorläufige Nationalversammlung ernannt, und der von Benesch postulierte Verfassungsnotstand hatte ein En-

de. Eine Woche später beendete Benesch das für den Verfassungsnotstand vorgesehene Regieren mit Präsidialdekreten. Dieses bedeutet jedoch nicht, dass damit auch die Diskriminierung der Deutschen beendet worden wäre. Vielmehr wurden die Dekrete am 28. März 1946 von der provisorischen Nationalversammlung gebilligt. Und am 8. Mai desselben Jahres stellte das Parlament alle Handlungen, „welche mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen“, straflos. Damit erklärte der tschechoslowakische Staat Mord, Vergewaltigung und Raub für nicht strafbar – vorausgesetzt, es traf die in seinen Augen Richtigen.

### Für vogelfrei erklärt

Zu alledem lieferte Benesch den schrillen Begleittext. Das klang im Juni 1945 so: „Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen und macht den unsrigen Platz! Alle Deutschen müssen verschwinden! Was wir im Jahre 1918 schon durchführen wollten, erledigen wir jetzt! Damals schon wollten wir alle Deutschen abschieben. Deutschland war aber noch nicht vernichtet und England hielt uns die Hände, jetzt aber muss alles erledigt werden!“

1946 war das Soll erfüllt. Am 29. Oktober ging der letzte Transport von Karlsbad ab. Nach peniblen Protokollen tschechischer und slowakischer Beamter schoben sie bis zum 1. November 1946 in 1646 Zügen 2.170.598 Deutsche ab. Dazu benötigten sie 67.748 Eisenbahnwaggons. In dem exakt aufgelisteten Unrecht sind all die Schicksale jener Menschen nicht berücksichtigt, die auf den Straßen und in den Lagern starben.

Zum Christfest 1946 hielt Edvard Benesch eine Weihnachtsansprache der speziellen Art: „Das diesjährige Weihnachten bekommt eine besondere Bedeutung, einen eigenen Charakter auch dadurch, dass wir es in unserem Vaterland erstmals ohne Deutsche feiern. Mit dieser Tatsache wurde eines der großen Kapitel unserer Vergangenheit liquidiert.“

Trotz beidseitiger Schuldeingeständnisse zwischen Deutschen und Tschechen seit Jahrzehnten, trotz gegenseitiger Aussöhnungserklärungen, stehen die Benesch-Dekrete seither wie in Stein gemeißelt. Daran änderten auch Bitten der sudetendeutschen Landsmannschaft um Verzeihung nichts. Stattdessen erklärte das Parlament in Prag im April 2002 einstimmig die Dekrete für „unanastbar“. Zu der Zeit wurde über einen Beitritt Tschechiens zur EU verhandelt, das Europäische Parlament verlangte eine Aufhebung der Dekrete. Vergeblich. 70 Prozent der Tschechen sprachen sich dagegen aus.

Am 1. Mai 2004 nahm die EU Tschechien als neues Mitglied auf. Und noch 2013 waren sie im tschechischen Wahlkampf entscheidend. Der Präsidentschaftskandidat Karl Schwarzenberg hatte die Dekrete „eine grobe Verletzung der Menschenrechte“ genannt. Sein Gegenkandidat Miloš Zeman kündigte dagegen an, er werde die „nationalen Interessen“ verteidigen – und gewann die Wahl. Präsident Zeman erklärte, die Vertreibung der Sudetendeutschen sei eine „mildere Strafe“ gewesen als die Todesstrafe. Seither sieht man auf tschechischer Seite keinen Anlass, die Dekrete zu bezweifeln. Noch 2018 wurde das Problem seitens des seit 2017 amtierenden tschechischen Regierungschef Andrej Babiš als „einmal für immer gelöst“ beurteilt.



Steht seit Mai 2005 vor dem tschechischen Außenministerium: Das überlebensgroße Edvard-Benesch-Denkmal von Karel Dvořák

FOTO: MAREK KIEŠŃOWSKI

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Rahmen seiner Proteste gegen die Reparationsverpflichtungen, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg von den Siegermächten auferlegt worden waren, versuchte der Reichsausschuss für das Deutsche Volksbegehren die Bevölkerung der Weimarer Republik im Herbst 1929 mit einem Plakat aufzurütteln, auf dem unter anderem stand: „Bis in die dritte Generation müsst ihr fronen!“ Das erschien den Menschen damals ungeheuerlich genug – am Ende zahlten dann aber sogar noch die Urenkel der Kriegsgeneration.

Die angeblich letzte Reparationsrate in Höhe von 75 Millionen Euro überwies das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen erst am 3. Oktober 2010. Das Geld ging dabei an institutionelle oder private Inhaber von 1990 ausgegebenen Fundierungsschuldverschreibungen der Bundeswertpapierverwaltung über die Zinsrückstände aus drei Auslandsanleihen der Jahre 1924 und 1930 zwecks Finanzierung der von den Siegermächten diktierten Reparationen. Die Außenstände waren in der Zeit zwischen 1945 und 1952 aufgelaufen und bezifferten sich auf insgesamt 239,4 Millionen D-Mark.

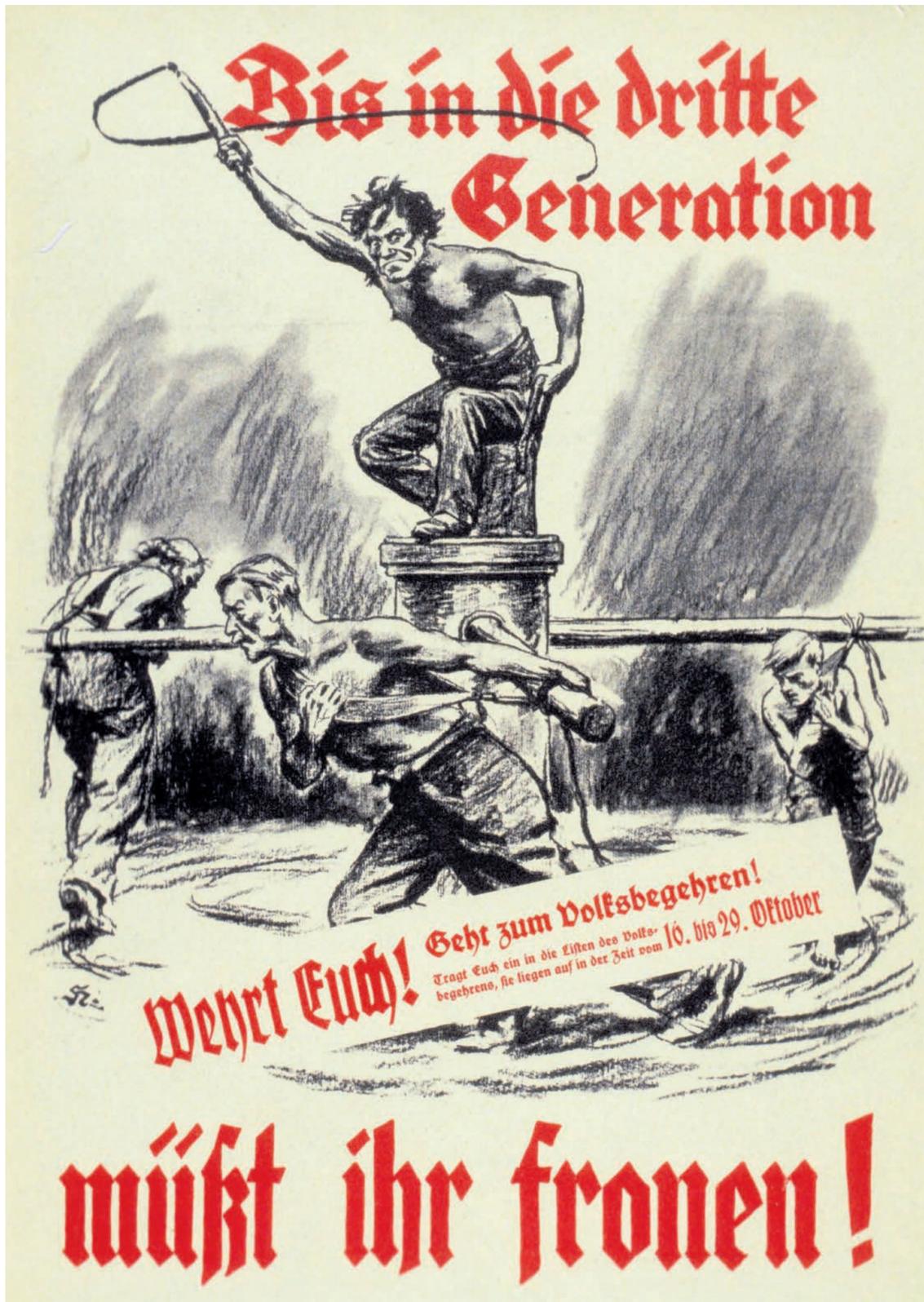
Die bis 2010 bestehende Zahlungsverpflichtung resultierte unmittelbar aus der deutschen Vereinigung, denn laut dem Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 sollte Deutschland die noch offenen Zinsforderungen erst dann begleichen, wenn es seine Teilung überwunden hatte. Dabei handelte es sich indes um eine vergleichsweise geringe Restsumme. Immerhin verlangten die Siegermächte während der Pariser Konferenz Ende Januar 1921 Reparationen in Höhe von horrenden 269 Milliarden Goldmark, von denen Frankreich 52 Prozent und Großbritannien 22 Prozent erhalten sollten. Das Geld sollte in 42 ansteigenden Jahresraten bezahlt werden. Im Londoner Zahlungsplan vom 30. April 1921 wurde der Betrag auf 132 Milliarden Goldmark reduziert, aber auch das war angesichts der damaligen wirtschaftlichen Situation eine unmöglich von Deutschland zu schulternde Belastung. Eine Goldmark entsprach 0,358423 Gramm Feingold. Beim aktuellen Goldpreis sind das über zweieinhalb Billionen Euro.

#### Rekord-Reparationen

Selbst für die teilweise Erfüllung der exorbitanten Reparations-Auflagen musste sich die Weimarer Republik im Ausland verschulden und 1924 die Dawes-Anleihe sowie 1930 die Young- und Kreuger-Anleihe aufnehmen. Die Kreditsummen betragen hier 800 Millionen Goldmark beziehungsweise 300 und 125 Millionen US-Dollar – bei Laufzeiten bis 1949, 1965 und 1983. Diese Anleihen wurden sogar noch nach dem faktischen Stopp der Reparationszahlungen infolge des Abkommens von Lausanne vom 9. Juli 1932 bedient, weil es sich um finanzielle Verpflichtungen gegenüber nichtstaatlichen Gläubigern handelte. Erst das Dritte Reich stellte den Geldtransfer 1934 ein.

Nach 1949 tilgte die Bundesrepublik bis 1983 alle noch offenen Schulden aus den drei Anleihen – mit Ausnahme der oben erwähnten Zinsrückstände, deren Ausgleich bis 2010 erfolgte. Dafür wendete Bonn insgesamt 1,53 Milliarden D-Mark auf, wie der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages in seiner Ausarbeitung „Finanzielle Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag“ vom Juni 2008 errechnete.

Wie viele Geld zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und 1934 geflossen ist, ist dahingegen bis heute unklar: Die Schätzspanne bezüglich der tatsächlich getätigten Reparationszahlungen reicht von 21,8 bis 67,7 Milliarden Gold-



Aufruf zur Teilnahme am Volksbegehren gegen den Young-Plan: Plakat der Deutschnationalen Volkspartei

Foto: pa

#### VERSAILLES

## Vier Generationen haben bereits zahlen müssen

Vor zehn Jahren überwies Berlin die angeblich letzte Reparationsrate. Bis 2021 können aber noch weitere Forderungen geltend gemacht werden

mark. Das sind umgerechnet zwischen 400 Milliarden und 1,3 Billionen Euro. Die niedrigsten Schätzungen stammen meist von Historikern aus den ehemaligen Entente-Staaten.

Auf jeden Fall hat kein anderes Land der Welt jemals in der Geschichte mehr und länger Reparationen in Form von Geld geleistet als Deutschland im Nachgang zum Ersten Weltkrieg. So beliefen sich die 1815 aufgestellten Forderungen gegenüber Frankreich im Anschluss an die 23 Jahre währenden revolutionären sowie napoleonischen Aggressionskriege auf ganze 700 Millionen Francs, umgerechnet rund elf Milliarden Euro.

#### Nach der Vereinigung ging es weiter

Und nach der französischen Niederlage im Deutsch-Französischen Krieg musste Paris gemäß dem Frieden von Frankfurt lediglich fünf Milliarden Goldfrancs auf-

bringen, umgerechnet etwa 80 Milliarden Euro. Deswegen konnte es diese Verpflichtung auch schon bis 1873 erfüllen.

Auch kamen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs Österreich, Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich beziehungsweise die Türkei in finanzieller Hinsicht im Vergleich mit Deutschland eher glimpflich davon. Zwar sahen die entsprechenden Pariser Vorortverträge beziehungsweise -diktate vor, dass diese Verbündeten Deutschlands im Ersten Weltkrieg gleichermaßen Reparationen zu leisten hätten, allerdings wurde deren Höhe entweder niemals konkret festgelegt oder belief sich auf maximal 2,25 Milliarden Goldfrancs, umgerechnet ungefähr 36 Milliarden Euro wie im Falle Bulgariens. Der Balkanstaat zahlte wie Ungarn am Ende nur einen Bruchteil des Geforderten und Österreich zahlte wie die Türkei überhaupt nichts.

Ungeachtet der auch im internationalen Vergleich immensen erbrachten Leistungen ist das Kapitel Reparationen infolge der Niederlage von 1918 keineswegs so definitiv abgeschlossen, wie viele Medien im Oktober 2010 suggeriert haben. Denn bis dahin wurden lediglich neun Zehntel der 1990 ausgegebenen Fundierungsschuldverschreibungen vorgelegt. Die Inhaber der restlichen Wertpapiere haben noch bis zum 31. August 2021 Zeit, ihre offenen Forderungen geltend zu machen. Das vermeldet jedenfalls die offizielle Internetseite des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen.

Sollten also demnächst weitere Anspruchsberechtigte auftauchen, wäre dann inzwischen sogar schon die fünfte Generation deutscher Steuerzahler gezwungen, sich an den Reparationen für einen vor über 100 Jahren zu Ende gegangenen Krieg zu beteiligen.

#### WUSTRU

## Ein privates Museum für das alte Preußen

Am Anfang stand ein Mann. Der gebürtige Sachse Ehrhardt Bödecker kam 1925 in Zwickau zur Welt. Er studierte aber wenigstens in der Hauptstadt Preußens, und zwar Jura, Wirtschaft und Geschichte. 1966 übernahm er in der Nachfolge seines Schwiegervaters Hans Weber die Leitung der in Berlin sitzenden Weberbank. 1995 wechselte er in den Ruhestand und konnte sich nun stärker seiner Leidenschaft widmen. Er verfasste vor allem Preußen-Bücher wie „Preußen und die Marktwirtschaft“ oder „Preußen und die Wurzeln des Erfolgs“. Nicht zuletzt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Preußens sowie die Sparsamkeit und Effizienz seines Staatsapparates beeindruckten den Bankier. Und es war ihm ein Anliegen, sie seinen Zeitgenossen als Vorbild und auch Mahnung vor Augen zu führen.

Bödecker schrieb jedoch nicht nur Bücher, er gründete auch ein Museum. Das will sicherlich so mancher Autor. Aber Bödecker hatte auch die nötigen Mittel und Möglichkeiten. Fast sieben Millionen Euro steckte er in seinen Stein gewordenen Traum. Vor 20 Jahren, am 29. September 2000, öffnete das von ihm nicht nur finanzierte, sondern auch konzipierte Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau.

Auf einer Fläche von 350 Quadratmetern werden Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung in Brandenburg und Preußen von 1415 bis 1918 unter den Hohenzollern dargestellt. Zu den über 500 ausgestellten Exponaten gehören neben einem Modell der Marienburg und einer Grenadiermütze des Regiments „Prinz Heinrich“ auch eine Sammlung von Gemälden aller 20 brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Könige und deutschen Kaiser aus dem Hause der Hohenzollern sowie Porträts einzelner Kurfürstinnen sowie berühmter Frauen, Philosophen und Politiker des 19. Jahrhunderts in Berlin geborenen Malers, Zeichners und Bildhauers Christoph Wenzel.

Jährlich wechselnde Sonderausstellungen im Obergeschoss ergänzen die Kernaussstellung. Zurzeit läuft noch bis zum Nikolaustag die Sonderausstellung „Wilde Heimat Brandenburg“ über das Ruppiner Seenland mit Tier- und Landschaftsaufnahmen der Steinmetzmeisterin und Naturfotografin Anke Kneifel.

Seit dem Tode Ehrhardt Bödeckers vor vier Jahren haben sein Sohn Andreas Bödecker und dessen Ehefrau Elvira Tasbach die Leitung der Ehrhardt-Bödecker-Stiftung inne. Sie wurde noch zu Lebzeiten des Museumsgründers im Jahre 2007 gegründet, um die Arbeit des Museums langfristig abzusichern, damit auch zukünftige Generationen noch die Möglichkeit haben, sich ein Bild vom Hohenzollernstaat und dessen Leistungen zu machen. *Manuel Ruoff*

● **Brandenburg-Preußen Museum**, Eichenallee 7a, 16818 Wustrau, Telefon (033925) 70798, Telefax (033925) 70799, E-Mail: museum@bpm-wustrau.de



FOTO: KLEINBIB

Brandenburg-Preußen Museum

VON CLAUDIA HANSEN

**O**b in New York, London oder vielen anderen Großstädten: Die Angst geht um, dass als Folge der Corona-Krise die Zentren veröden und aus einst belebten Citys triste Geisterstädte werden. Tausende Geschäfte und Kaufhäuser, Buchläden, Restaurants und Bistros, Bars und Kneipen haben schon geschlossen oder sind kurz davor. Die Angst vor dem Coronavirus, teils auch politisch geschürt, lässt die Menschen die Innenstädte meiden. Monatlang mussten Geschäfte während der Corona-Welle im Frühjahr bis zum Sommeranfang schließen. New York hatte einen der längsten und härtesten Lockdowns. Gouverneur Andrew Cuomo inszeniert sich als harter Anti-Corona-Kämpfer, gleichzeitig hatte er in seinem Staat mit die höchsten Todeszahlen zu verantworten. Nun dürfen die Geschäfte und Lokale zwar wieder öffnen, doch kommen viel weniger Kunden als zuvor. Mit dem Herbst droht eine Pleitewelle.

Schon mehr als 3000 Geschäfte haben in den vergangenen vier Monaten in New York aufgegeben, vor allem kleine Läden, zeigt die Internetseite Yelp. Modeläden und Schuhgeschäfte, Coffeeshops, Pizzerien oder Wäschereien. Etwa die Hälfte der Geschäftsaufgaben konzentriert sich auf Manhattan. In der Fifth Avenue, der „Millionärsstraße“, hat das große Barneys-Kaufhaus für immer dichtgemacht. Die luxuriösen großen Läden von Victoria's Secret und Kate Spade haben ihre Fenster verrammelt, der Handtaschenladen Valentinos hat entschieden, für immer zu schließen.

#### Schneise der Verwüstung

Es ist – verglichen mit früher – gespensisch leer auf den Straßen. In den umliegenden Bürohochhäusern sitzen seit der Corona-Krise nur noch ein Bruchteil der Millionen, die vorher dort arbeiteten. Strömten vor Corona jeden Morgen Menschenmassen ins Zentrum und wälzten sich durch die Straßen, ist dort jetzt sehr viel freier Platz. Reiche New Yorker sind ins Umland geflüchtet. Ganze Häuserblocks in der Upper East Side stehen leer. Auch die Touristenmassen fehlen jetzt im „Big Apple“. Und in vielen Geschäften und Restaurants herrscht totale Flaute. Laut einem Bericht des Wirtschaftsverbands Partnership for New York City, bis die Pandemie endlich überwunden ist, fast ein Drittel der etwa 240.000 kleinen und mittleren Unternehmen schließen müssen. Bislang haben diese Firmen schon mehr als eine halbe Million Mitarbeitern gekündigt.

Auch in London hinterlässt die Covid-Krise eine Schneise der Verwüstung. Tausende Geschäftsleute bangen um die Zukunft, viele haben schon aufgegeben. Im



Mehr als 3000 New Yorker Geschäfte haben schon aufgegeben: Blick auf den einst quirligen Times Square während des Lockdowns

Foto: imago images/ZUMA Wire

#### ABWANDERUNG

## Es drohen Geisterstädte

Die Corona-Krise führt zu menschenleeren Innenstädten und bedroht Tausende Geschäfte

Zentrum sind hunderttausende Büro-Arbeitsplätze verwaist. London ist die Stadt in Europa mit der höchsten Homeoffice-Quote. Noch immer ist nur etwa ein Drittel der Angestellten in ihre Büros zurückgekehrt, die Mehrheit arbeitet von zu Hause – anders als in Paris, Madrid oder Berlin. Für die Londoner Geschäfte ist das ein Riesenproblem. Schon schließt die Bistrotette Pret a Manger, wo Büroangestellte früher ihr belegtes Baguette und Sandwich kauften, mehr als 100 Läden und entlässt 3000 Mitarbeiter.

„Die britischen Stadtzentren könnten zu Geisterstädten werden“, warnte die Chefin des Industrieverbands CBI, wenn der Premierminister nicht mehr tue, um die Leute zurück in die Zentren zu bringen. Große Banken wie NatWest lassen Zehntausende Angestellte bis mindestens Anfang nächsten Jahres zu Hause arbeiten. In den großen Türmen von Barclays und HSBC arbeiten nur wenige 100 Banker statt früher Tausende. Premier Boris Johnson ruft nun schon seit einigen Wochen nach einer „Rückkehr in die Büros“ – doch es gibt auch zahlreiche Bremsen.

Nicht nur die Gewerkschaften stellen sich quer. Auch der Londoner Bürger-

meister Sadiq Khan malt die Gefahren durch das Virus besonders groß und warnt vor vollen U-Bahnen und Bussen. Die legendäre Tube, in der vor Corona jeden Morgen und Abend Millionen Pendler dicht gedrängt saßen, soll laut dem Labour-Bürgermeister jetzt nur zu einem Viertel ihrer Transportkapazität genutzt werden, weil er zwei Meter Abstand zwischen Fahrgästen empfiehlt. Ohne die früheren Menschenmengen stehen aber viele Geschäfte und Restaurants, auch die Theater und Kinos vor der Pleite.

„Die Realität ist, dass einige Sektoren wie die Kultur, Gastwirtschaft und Freizeitangebote 100 Prozent Kapazität brauchen, um zu überleben“, weiß Khan. Seine Lösung: Die Regierung solle noch mehr Milliarden-Hilfen über diese angeschlagenen Branchen regnen lassen. Doch die Regierung kämpft schon jetzt mit gigantischen Haushaltsdefiziten. Ende Oktober enden einige Hilfsprogramme – dann könnte es eine Pleitewelle und Massenarbeitslosigkeit geben.

In Deutschland ist die Lage zwar nicht so extrem, doch auch hier kämpfen tausende Einzelhändler und ein Großteil der Restaurants ums Überleben. Das Gastge-

werbe rechnet für März bis August mit einem Umsatzeinbruch von mehr als 50 Prozent, so der Hotel- und Gaststättenverband Dehoga jüngst. Es droht eine Insolvenzwellen. Von den Geschäften haben die allermeisten bislang trotz finanzieller Engpässe durchgehalten. Es gab kaum Geschäftsaufgaben, doch das konnte sich im Herbst ändern, wenn die Umsätze weiter niedrig bleiben.

#### Heimarbeit leert die Zentren

Zum Umsatzrückgang in den Städten trägt der Trend zu mehr Heimarbeit bei. Arbeitnehmer bleiben in ihren Häusern in den Vorstädten. Vielen hat es gefallen, dass sie während des Lockdowns nicht ins Büro fahren mussten, sondern zu Hause vor dem Computer sitzen konnten. Man spart die Fahrt, hat mehr Zeit mit der Familie. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will sogar einen Gesetzentwurf für „ein Recht auf Homeoffice“ vorlegen. Arbeitnehmern bekämen in einklagbares Recht, von Daheim aus zu arbeiten, wo es technisch und organisatorisch möglich ist.

Aber für die Städte und die Immobilienmärkte bedeutet der Trend zu mehr Homeoffice gravierende Veränderungen.

Es könnte zu einem Kollaps der Nachfrage nach Büroflächen kommen, schreibt die Deutsche Bank in einer aktuellen Studie. Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer in Deutschland arbeite in den 126 großen Städten in Büros, in ganz Deutschland sind es etwa 15 Millionen. Wenn jeder Zweite gesetzlich das Recht auf flexibles Arbeiten an einigen Tagen pro Woche wahrnehme, könnte die Nachfrage nach Büroraum um 13 Prozent sinken, so Deutsche Bank. Jedes sechste Büro wäre überflüssig, die Folge könnten massenhafter Leerstand und Preisverfall sein.

Die Bank spricht von einem Schock für die Immobilienmärkte. Der Doppelschlag aus leer stehenden Geschäften und leer stehenden Büros dürfte den Innenstädten schwer zu schaffen machen. Noch ist gar nicht ganz abzusehen, was die Langzeitfolgen der Corona-Krise sind.

Boris Johnson hat die Arbeitnehmer im Sommer aufgefordert, wieder an ihre Arbeitsplätze in den Unternehmen zurückzukehren. Angesichts steigender Corona-Infektionszahlen hat nun aber Kabinettsminister Michael Gove eine Kehrtwende verkündet: „Bleiben Sie zuhause, wenn Sie können“, sagte Gove.

#### ASYLKRISE

## Österreich hat die Konsequenzen gezogen

Fünf Jahre „Wir schaffen das!“. Der Blick nach Wien zeigt, dass Berlins starre Unbelehrbarkeit keineswegs „alternativlos“ ist

Obwohl Österreich nur Transitland für Merkels „Wir schaffen das!“ war, beherrscht das Thema Migration seit damals die österreichische Politik wie kein anderes. Während in der Bundesrepublik Merkel immer noch regiert, hat der Asylsucherstrom zwei SPÖ-Bundeskanzlern die Karriere gekostet. Dagegen hat Kanzler Sebastian Kurz von der ÖVP mit einer harten Migrationspolitik davon profitiert.

Österreich war im Herbst 2015 Transitland der einseitigen bundesdeutschen Grenzöffnung, denn fast alle Immigranten, die in die Bundesrepublik strömten, mussten durch Österreich. Aber nicht alle sind in die Bundesrepublik weitergezogen. Auch die Alpenrepublik erlebte 2015/2016 einen vorher nie gekannten, sprunghaften Anstieg seiner Asylzahlen.

Der damalige sozialdemokratische Bundeskanzler Werner Faymann und sein Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) kooperierten zwar mit Berlin, aber den Satz „Wir schaffen das!“ brachte keiner der beiden über die Lippen. Die Krise hat in kurzer Zeit beider Karrieren beendet, während sie Merkel, die alles ausgelöst hatte, nicht schadete.

Weil Merkel die Aufnahme von in Ungarn gestrandeten Asylsucher im September 2015 zugesagt hatte, landeten Zehntausende erst einmal in Österreich – und wurden zunächst freundlich empfangen. Einfache Bürger karrten Essen heran, Kinder verschenkten Plüschtiere, weil staatliche Stellen völlig überfordert waren.

Aber schon bald kippte die Stimmung. Dafür sorgten Fotos von verschmutzten

Zügen oder weggeworfenen Spielsachen. Auch die Bilder, wie sich Scharen unter den Augen scheinbar ohnmächtiger Polizisten über die steirische Grenze drängten, stimmten die Menschen um. Es entstand der Eindruck, dass der Staat die Kontrolle verloren hat. Bald kamen die Asylsucher nicht mehr bloß aus Ungarn, weil dort die Grenzen bald dicht waren, jetzt kam die Mehrheit aus Slowenien.

#### Zwei Kanzler mussten gehen

Als Österreich weiter auf der Abmachung mit Merkel bezüglich Ungarn bestand, und die Asylsucher einfach von der slowenischen Grenze nach Bayern transportieren ließ, hat dies Berlin nicht mehr umstandslos akzeptieren wollen. Deshalb begann Wien eine restriktivere Politik und legte

eine Asyl-Obergrenze fest. Ein fortwährendes Durchschleusen der Menschen in die Bundesrepublik erschien vielen Österreichern keine langfristige Lösung.

Mit seiner schwankenden Asylpolitik verspielte Kanzler Faymann seinen Kredit in der SPÖ. Im Mai 2016 folgte ihm der ehemalige österreichische Bahnchef Christian Kern als vorerst letzter SPÖ-Kanzler. Aber auch seine Zeit war nach einem Jahr abgelaufen, weil er das Asylthema, das im Volk hohe Wellen schlug, nicht bewältigt hat. In den Umfragen stieg die FPÖ zeitweise zur stärksten Partei auf. Aber auch Sebastian Kurz hatte frühzeitig erkannt, wie viel politisches Kapital sich aus dem Thema Migration schlagen lässt. Ihm gelang 2016 als Außenminister die Schließung der Balkanroute hinter

Griechenland. Er konnte so die ÖVP wieder zur stärksten Kraft machen und löste Parteichef Mitterlehner ab. Ohne die Asylkrise wäre auch die Koalition zwischen SPÖ und ÖVP nicht 2017 vorzeitig geplatzt. Zusammen mit der FPÖ bildete Kurz 2017 eine neue Regierung.

Den politischen Rechtsruck in der ÖVP und in Österreich spürt man bis heute, obwohl 2019 die Koalition der ÖVP mit der FPÖ infolge der Ibiza-Affäre geplatzt ist und nach Neuwahlen durch die erste schwarz-grüne ersetzt wurde. Aber auch in dieser Koalition ist Kurz so stark, dass von grüner Politik im Asylbereich faktisch nichts zu spüren ist. Österreich hat zum Beispiel noch keine „alleinreisenden“ Immigrantengruppen aus den griechischen Ägäis-Lagern aufgenommen. *Bodo Bost*

**KÖNIGSBERG**

## Der Kneiphof im neuen Gewand

Nach langandauernden Umbauarbeiten: Die Insel im Stadtzentrum steht Besuchern wieder offen

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Der Kneiphof im Zentrum Königsbergs ist nach längeren Umgestaltungsarbeiten wieder für Besucher geöffnet. Seit Beginn der Erneuerung wurden Hunderte Meter neue Gehwege im Parkbereich angelegt, und die zentrale Gasse wurde erweitert. Auf der gesamten Insel wurden neue Laternen aufgestellt. Nun sollen noch kleine architektonische Formen installiert werden. Die Arbeiten in unmittelbarer Nähe des Doms sind bereits abgeschlossen.

Auch das Bronzemodell von Königsberg, das bereits 2012 vor der Kathedrale aufgestellt wurde, ist verändert worden. Es zeigt das historische Zentrum der Stadt, den Dom, die Albertina, die Börse, das königliche Schloss und die Lagerhäuser in der Gegend der Lastadie. Das Modell war eine Zeit lang eingezäunt worden, nun ist der Zaun entfernt. Der Sockel, auf dem das Modell steht, ist mit sogenanntem Kortenowskij-Stahl verkleidet. Dieses Metall hat eine charakteristische rostige Farbe.

**Bildhauer missfällt die Veränderung**

Das neue Aussehen seines Modells missfällt allerdings seinem Schöpfer, dem litauischen Bildhauer Romanas Borisovas. Nach Aussage des Künstlers bedeutet ihm die Skulptur persönlich sehr viel: „Für mich war dieses Denkmal von besonderer Bedeutung, weil mein Großvater während des Krieges in Königsberg lebte und wie durch ein Wunder dem Tod bei der Bombardierung entging. Es war auch ein starker Anreiz für mich, die Arbeit auszuführen. Alle Arbeiten wurden in Rekordzeit abgeschlossen. Vom ersten Gespräch bis zur Eröffnung dauerte es nur sechs Monate. Ich habe noch nie in diesem Tempo gearbeitet.“



Trifft nicht jedermanns Geschmack: Stadtmodell von Königsberg auf rostigem Sockel

Foto: J.T.

Der Bildhauer verglich die Bedeutung der Verkleidung des Sockels seines Stadtmodells mit der neuen Fassade der Kreuz-Apotheke in Königsberg. „Die Fassade ist der Ort, mit dem absolut jeder, der dort vorbeikommt, in Kontakt kommt. Dies ist kein privater Bereich, dies ist ein öffentlicher Raum. Und hier stellt sich heraus, dass jeder, der etwas entwirft, seine Fantasie jedem zur Schau stellt.“ Wjatschlaw Genne, Berater des Gouverneurs des Königsberger Gebiets und ehemaliger Chefarchitekt der Region, ist mit dem Er-

gebnis der Verkleidung hingegen zufrieden und sieht die Stadt in keiner Verpflichtung, etwas mit dem Künstler zu vereinbaren.

Von den anderen Neuerungen, die in naher Zukunft auf der Insel umgesetzt werden sollen, ist die Anordnung vieler Blumenbeete erwähnenswert. Am zentralen Eingang des Doms sollen Straßenbahnschienen verlegt werden, um eine historische Atmosphäre zu schaffen. Vor dem Krieg gab es an diesem Ort eine Straßenbahnhaltestelle, sodass die

Schienen auf Kopfsteinpflaster montiert werden.

Eine weitere bemerkenswerte Initiative betrifft die geplanten Lichtinstallationen. Die Wichtigste davon wird dem Philosophen und Markenzeichen Königsbergs, Immanuel Kant, gewidmet sein. Sie ist so konzipiert, dass in der Dämmerung ein dreidimensionales Bildnis des Philosophen auf den Bäumen erscheint. Neben der Kantsilhouette wird auch der Dom beleuchtet, ebenso wie die Dutzenden Skulpturen im Park.

**MELDUNGEN**

## Vergessener Friedhof

**Steinort** – Eine Gruppe von 16 Studenten aus Deutschland und Polen hat damit begonnen, Pflegearbeiten auf dem vergessenen evangelischen Friedhof in Steinort durchzuführen. Auf diesem Friedhof wurden bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges Beerdigungen vorgenommen. Über die Jahre geriet der Friedhof in Vergessenheit. Steinort liegt am größten Hafen Masuriens und am Schloss der Familie von Lehndorff. Vor ihrer Ankunft in Steinort haben die Studenten in Archiven Informationen über den Friedhof eingeholt. „Das Mausoleum der Familie Lehndorff, bei dem der Friedhof liegt, entstand wahrscheinlich um 1830. Der Friedhof ist stark vernachlässigt, zugewachsen und zerstört. Laut der Organisatorin des Projekts, Maria Akincza, wurden bereits 85 Grabstellen gefunden, mit der Entdeckung weiterer ist während der Arbeiten zu rechnen. Nach Beendigung der Arbeiten sollen die Teilnehmer eine Dokumentation mit Informationen über die dort beerdigten Personen anfertigen. PAZ

## Neues Hotel statt altem Lift

**Rauschen** – Anstelle des bisherigen Lifts, der Besucher der Steilküste an den Strand beförderte, soll laut Plänen des Architekturrats der Stadt ein hochmoderner Hotelkomplex mit gläserner Fassade, Schwimmbad, Terrassen, einer Aussichtsplattform, einem Amphitheater und einem öffentlich zugänglichen Panoramaaufzug entstehen. Die Neugestaltung sei nötig, weil die bisherigen Abstiege in baufälligem Zustand seien, so die Verantwortlichen. MRK

**ALLENSTEIN**

## Nahrungsergänzungsmittel gegen Corona

Wissenschaftler der Polnischen Akademie beteiligen sich an Forschung zu einem Diätzusatz zur Stärkung des Immunsystems

Obwohl es in Ostpreußen weniger Infektionsfälle als in anderen Regionen der Republik Polen gibt, scheint sich die epidemiologische Situation im nordöstlichen Staatsteil nicht zu verbessern. Der tägliche Infektionsanstieg schlug über die Sommermonate immer wieder neue Rekorde. Ende August gab es über 900 Neuinfektionen in der Republik Polen. Seit März wurden im ganzen Staat über 66.000 Fälle bestätigt. Dazu soll die Lockerung der Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie beigetragen haben. Viele Menschen halten den gebotenen Mindestabstand immer seltener ein, sie organisieren ihren Urlaub und Hochzeitspartys, ohne auf das Infektionsrisiko Rücksicht zu nehmen.

Fraglich scheint angesichts der sich ständig ausbreitenden Epidemie die Einführung einer Geldleistung für touristische Zwecke. Der von der Regierung finanzierte sogenannte polnische Touristengutschein ist ein Instrument zur finanziellen Unterstützung von Familien, die durch die Auswirkungen der Corona-Einschränkungen finanziell geschwächt sind. Die Urlaubssubvention hilft einerseits indirekt der geschwächten Tourismusbranche, anderer-



Ort europäischer Forschung: Institut für Tierversuchungs- und Lebensmittelforschung

seits gibt sie Anreize für einen verstärkten Tourismusverkehr im Land und erhöht damit das Ansteckungsrisiko. Darüber hinaus wird befürchtet, dass die Rückkehr von Kindern und Jugendlichen in den regulären Schulbetrieb die Zahl der Covid-19-Erkrankungen wesentlich steigern wird.

Während man weltweit nach Corona-Impfstoffen forscht, schließen sich die

Mitarbeiter des Instituts für Tierversuchungs- und Lebensmittelforschung der Polnischen Akademie in Allenstein nun einem internationalen Wissenschaftlerteam an, das ein rein natürliches Nahrungsergänzungsmittel entwickelt, um das Immunsystem bei der Bekämpfung von Virusinfektionen, einschließlich SARS-CoV-2, zu unterstützen. Es wird er-

wartet, dass die Nahrungsergänzung Anfang nächsten Jahres auf dem europäischen Markt erhältlich sein wird.

Der Leiter des Projekts, das im Rahmen des Programms des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie im Lebensmittelbereich durchgeführt wird, ist die Universität Bologna. Das Ergänzungsmittel wird Spermidin und Eugenol enthalten, Substanzen mit potenziell antiviraler Wirkung. Frühere Studien hatten gezeigt, dass Eugenol die Fähigkeit hat, das tierische Coronavirus zu deaktivieren und die Vermehrung der Viren in den Zellen des infizierten Organismus zu begrenzen. Spermidin hingegen hat nachweislich eine positive Wirkung auf das Herz-Kreislauf-System und wirkt sich auch positiv auf das Immunsystem aus. Dies gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Einnahme eines Präparats auf der Basis von Spermidin und Eugenol die Entwicklung einer SARS-CoV-2-Infektion und von Komplikationen wie schweren, oft tödlichen, pulmonalen Formen von Covid-19 hemmen kann.

Die Aufgabe des Forschungsinstituts in Allenstein besteht in erster Linie dar-

in, die Einstellung der Verbraucher zu Diätzusätzen sowie ihre Haltung gegenüber neu entwickelten Lösungen zur Bekämpfung des Coronavirus zu untersuchen. „Die Verbraucherbefragung wird getrennt in Polen, Italien und Spanien durchgeführt, was es uns ermöglichen wird, das Verhalten gegenüber Nahrungsergänzungsmitteln von Menschen der verschiedenen Nationalitäten zu vergleichen. Darüber hinaus wird das Projekt Arbeitsgruppen zu Nahrungsergänzungsmitteln organisieren, die sich an Wissenschaftler, Ernährungswissenschaftler, Ernährungsexperten, Mitarbeiter des pharmazeutischen Bereichs und Studenten der biomedizinischen Wissenschaften richten“, erklärte Natalia Drabińska, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts. Es sollte betont werden, dass der Zweck des entwickelten Ergänzungsmittels nicht darin besteht, das Coronavirus zu behandeln oder den Impfstoff zu ersetzen. Das gefundene Präparat soll die Funktion des Immunsystems stärken, während man auf Medikamente und Impfstoffe mit erwiesener Wirksamkeit warten muss. Dawid Kazański



## Wir gratulieren...

## ZUM 101. GEBURTSTAG

**Darge, Hildegard**, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, Lycker Garten 53, am 25. September  
**Ludwanowski, Ella**, geb. **Wagner**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. September

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Sprung, Irmgard**, aus Königsberg, am 27. September

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Friedrich, Waltraud**, geb. **Trerziak**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. September  
**Kling, Helene**, geb. **Brinkmann**, aus Lyck, Danziger Straße 12, am 27. September

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Giebler, Gertraud**, geb. **Wetz**, aus Wehlau, am 30. September  
**Glas, Gertrud**, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 28. September

**Schilling, Gernot**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 25. September

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Busse, Hildegard**, geb. **Manneck**, aus Backeln, Kreis Fischhausen, am 1. Oktober  
**Döbbling, Herta**, geb. **Kowalewski**, aus Lyck, Steinstraße 13, am 26. September  
**Falk, Gustav**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 29. September  
**Knothe, Frieda**, geb. **Brozio**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. September  
**Milkuhn, Renate**, geb. **Tomeschat**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 26. September  
**Peters, Ursula**, geb. **Krause**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 29. September

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Böttcher, Hildegard**, geb. **Kulesa**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 27. September  
**Schmerl, Ella**, geb. **Glowatz**, aus Lyck, am 30. September

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Bräutigam, Wilhelm**, Landsmannschaft Ostpreußen Kassel, am 30. September

**Gross, Gudrun**, geb. **Hilger**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 25. September  
**Rogowski, Otto**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 26. September

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Annutsch, Walter**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 27. September  
**Buttgereit, Heinz**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. September  
**Ehlert, Arthur**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Oktober  
**Heske, Bruno**, aus Fedderau/Lokennen, Kreis Heiligenbeil, am 29. September  
**Vogel, Ulrich**, aus Lyck, am 29. September

ANZEIGE

Masuren und Danzig  
 Reisen mit der MS CLASSIC LADY  
 Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Diebowski, Kurt**, aus Lyck, Bismarckstraße 52, am 27. September  
**Grigat, Hildegard**, geb. **Szech**, aus Walden, Kreis Lyck, am 1. Oktober  
**Hein, Johanna**, geb. **Salamon**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 27. September  
**Losch, Alfred**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 29. September  
**Opitz, Elisabeth**, geb. **Neumann**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 29. September  
**Radau, Heinz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. September  
**Richter, Siegmund**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 25. September  
**Schöler, Ursula**, geb. **Böhm**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober  
**Schwetlick, Günter**, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 25. September

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Boettger, Gerda**, geb. **Reinhold**, aus Pomehnen, Kreis Fischhausen, am 29. September  
**Czytrich, Otto**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 29. September  
**Janzon, Walter**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. September  
**Jung, Gerda**, geb. **Wenzel**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 26. September  
**Kobiolka, Hildegard**, geb. **Matern**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 1. Oktober  
**König, Christel**, geb. **Duchna**, aus Neidenburg, am 25. September  
**Meyer, Ingrid**, geb. **Huwe**, aus Treuburg, am 29. September  
**Palluck, Gerd-Karl**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 29. September  
**Werner, Gerda**, geb. **Beyer**, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 25. September  
**Woost, Edith**, geb. **Sebrowski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 28. September  
**Zürn, Helga**, geb. **Ohlendorf**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 29. September

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Bliese, Wally**, geb. **Gudduscheit**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober  
**Dyk, Herbert**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am

28. September  
**Grabley, Hildegard**, geb. **Wembdzio**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 26. September  
**Katke, Erika**, geb. **Sbresny**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 27. September  
**Kolberg, Erwin**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 29. September  
**Lukesch, Marita**, geb. **Winkler**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 1. Oktober  
**Morgalla, Liesbeth**, geb. **Wembdzio**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 26. September  
**Ramin, Elisabeth**, geb. **Block**, aus Zinten, Oberthorstraße 3, Kreis Heiligenbeil, am 25. September  
**Seidler, Gerhard**, aus Wehlau, am 1. Oktober  
**Sellhorn, Otto**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. September  
**Tauferner, Gudrun**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 25. September

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Bercz, Eitel**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 27. September  
**Dreyer, Waltraud**, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 30. September  
**Eschment, Ingeborg**, geb. **Huse**, aus Wehlau, am 25. September  
**Fischkal, Siegfried**, aus Prosten, Kreis Lyck, am 25. September  
**Jacobs, Käte**, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 30. September  
**Krause, Karl-Heinz**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. September  
**Nikschik, Richard-Ewald**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 25. September  
**Schachtschneider, Helmut**, aus Hohenrade, Kreis Heiligenbeil, am 28. September  
**Scholla, Reinhard**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Oktober  
**Walendy, Ulrich**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 29. September  
**Wannags, Hildegard**, geb. **Kulesa**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. September  
**Weinknecht, Klaus**, aus Lyck, Yorkstraße 35, am 30. September

**Zachau, Werner**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Oktober

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Brozio, Günter**, aus Lyck, am 25. September  
**Dejok, Karl-Heinz**, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 28. September  
**Drubba, Hildegard**, geb. **Marzian**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 26. September  
**Jelonnek, Reinhold**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 1. Oktober  
**Kallweit, Traute**, geb. **Syperrek**, aus Neufelde, Kreis Treuburg, am 30. September  
**Kempa, Horst**, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 26. September  
**Krenzel, Frieda**, geb. **Konrad**, aus Liebnick, Kreis Preußisch Eylau, am 26. September

**Krolow, Erna**, geb. **Kremin**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 25. September  
**Kulinski, Dietrich**, aus Neidenburg, am 26. September  
**Nitsch, Martin**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 27. September  
**Panzer, Ulrich**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. September  
**Sattler, Gerda**, geb. **Rösner**, aus Wehlau, am 29. September  
**Selz, Adolf**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 1. Oktober  
**Siebke, Anneliese**, geb. **Czittrich**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. September  
**Strotzki, Werner**, aus Haasenbergring, Kreis Ortelsburg, am 30. September  
**Taddey, Erhard**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 27. September  
**Vogelbacher, Irmtraut**, geb. **Rupenstein**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 25. September  
**Zeeck, Erika**, geb. **Knorr**, aus Wehlau, am 28. September

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Barties, Günter**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 30. September  
**Butler, Siegfried**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. September

**Grontzki, Ulrike**, geb. **Plett**, aus Neidenburg, am 26. September  
**Hildebrandt, Ursula**, geb. **Henschel**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 26. September  
**Laudien, Reinhard**, aus Rauschen, Krs. Fischhausen, am 26. September  
**Liebenberger, Brigitte**, aus Danzig, am 30. September  
**Radünz, Ingrid**, geb. **Willumat**, aus Keppen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. September  
**Rinio, Adelheid**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 28. September  
**Thiel, Peter**, aus Kuckerneese, Elchniederung, am 28. September  
**Von Ledebur, Freifrau, Ursula**, geb. **von Perbandt**, aus Nahmgeist, Kreis Mohrungen, am 25. September  
**Zittlau, Günter**, aus Lyck, am 27. September

ANZEIGE

Das siebte Buch von  
**Wendelin Schlosser**  
**„Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“**  
 ist 2019 im  
 „August von Goethe Literaturverlag“  
 erschienen.  
 ISBN: 978-3-8372-2220-3  
 314 Seiten, €18,80  
 Der Band spricht von der Vertreibung der Deutschen, der Abschaffung Deutschlands, dem Selbsthass der Deutschen und der organisierten Kriminalität.  
 Die Verbrechen machen aus deutschen Opfern, die Arbeitslager, Bomben und Vertreibung überlebt haben, Täter. Diese geschundenen Deutschen werden auch noch obendrauf von Hasspredigern zum Selbsthass erzogen. Die vom Mainstream verschwiegene Wahrheit kommt in diesem Buch zum Erscheinen.

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Engelkensmeier, Regine**, geb. **Rühl**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 27. September  
**Mau, Frank**, Kreisgemeinschaft Ortelsburg, am 27. September  
**Olschewski-Föllner, Renate**, geb. **Iwanowski**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 1. Oktober  
**Somplatzki, Inge Lore**, geb. **Bastek**, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 28. September  
**Warschat, Alfred, Vorf.** aus Norkitten, Jodlauken und Schwalbental, Kreis Insterburg, am 1. Oktober

## Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgende Veranstaltungen geplant:

**5. bis 11. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt

**6. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

**7./8. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

**8. bis 11. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

**Wegen der Corona-Pandemie** kann es zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buch-

straße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## Der geplante Festakt

„100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses gedenken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vorträge per Kamera aufgezeichnet. Die Videos zu dieser virtuellen Gedenkveranstaltung finden Sie unter: www.paz.de/volksabstimmung

## Bitte vormerken für 2021:

**Jahrestreffen der Ostpreußen**, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

## Zusendungen für die Ausgabe 41/2020

**Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder** für die Heimat-Seiten der Ausgabe 41/2020 (Erstverkaufstag 9. Oktober) bis spätestens Dienstag, den 29. September 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten. Telefon: (040) 41 40 08 - 34 E-Mail: renker@paz.de Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

## Ostpreußen – Land der Sehnsucht

## Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2021“

**Der neue Kunstkalender „Ostpreußen und seine Maler“ für das Jahr 2021 kann noch bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden. Anschließend kostet er 23,70 Euro.**

Der Kalender enthält für jeden Monat ein Blatt mit großem Motiv aus der ostpreußischen Landschaftsmalerei. Rechts daneben ist ein schmales Kalendarium abgedruckt, aus dem der jeweilige Monat, das Jahr und die entsprechenden Wochentage hervorgehen, wobei Sonn- und Feiertage in einem kräftigen Rot leuchten, regionale Feiertage sind in einem blassen Rot gehalten.

**Die Motive zeigen Felder, Orte, Meer und andere magische Landschaftssituationen zu den vier Jahreszeiten.**



Künstler wie Horst Skodlerrak, Karl Eulenstein, Karl Kunz und Gerhard Ernst Schaumann sind in diesem Kalender unter vielen anderen Malern dabei.

Der Kalender erscheint im Format 50 mal 35 Zentimeter und

kann bestellt werden bei: **typeart satz&grafik GmbH**, Südstrandweg 15, 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) 557378-0, per Telefax unter (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



## Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe  
Ringstraße 51a, App. 315, 85540  
Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@  
low-bayern.de, www.low-bayern.de

## Erntedank 2020

**Hof** - Zum ersten Mal nach dem coronabedingten Lockdown traf sich die Kreisgruppe Hof der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen am 12. September 2020 wieder. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte Mitglieder und Gäste, gratulierte den Geburtstagskindern herzlich und dankte Familie Morgner für die gelungene Ausschmückung. Nach der Vorstellung des Prominenten des Monats, dem Arzt Paul Schroeder, durch Kulturwart Bernd Hüttner, präsentierte Christian Joachim seine Gedanken zu Ernte und Erntedank.

Ernte ist älter als der Ackerbau und diente zur Nahrungsbeschaffung. Auch unsere Vorfahren, die Pruzzen, lebten von dem, was sie sammelten, bis sie die für den Pflanzenanbau und Tierfang nötigen Geräte erfanden.

Im frühen Mittelalter, als es im westlichen Europa bereits Kornfelder und Gemüsegärten gab, waren die Pruzzen noch Waldbauern. Sie rodeten ein Stück Wald – meistens in runder Form – und bearbeiteten es mit dem Hakenpflug. Wenn der Acker nicht mehr genug Getreide, das sich selbst ausgesät hatte, hervorbrachte, wurde ein neues Stück Wald gerodet. Roggen für die Menschen und Hafer für die Pferde reichten neben Tieren und Wildfrüchten als Nahrung aus. Die ersten gezähmten Schweine wurden in den Wald getrieben, wo sie reichlich Eicheln und Bucheckern fanden. Für Rinderhaltung fehlte es an Weideland.

Letzteres konnte erst entstehen, als deutsche Siedler ihre

Ackergeräte mitbrachten und die Ordensritter das Land einteilten und verwalteten.

Von den Siedlern lernten die Pruzzen die Dreifelderwirtschaft, eine Fruchtfolge von Winterkorn, Sommerkorn und Brache. Die Ernteträger wuchsen von Jahr zu Jahr. Die Kornspeicher der Ordensburgen und die Fachwerkspeicher der Hanse-Kaufleute füllten sich. Wenige Generationen nach Gründung der Hanse-Städte sowie des Ordensstaates Preußen konnte ein großer Teil der Ernte auf Segelfrachtern über die Ostsee gehen.

„Eyn fruchtbar Land“ meldeten die Chronisten, wenn sie über Preußen berichteten. Aber es gab auch immer wieder Not- und Hungerzeiten. Kriege und Feuersbrünste vernichteten das Korn auf den Feldern, in Speichern und Scheunen. Immer wieder musste neu begonnen werden. So trug der Boden erneut reiche Ernte und das Korn konnte in alle Welt geliefert werden.

Nur zur Zeit Napoleons, als England die Einfuhr verhinderte, bereitete die Ausfuhr Schwierigkeiten. Getreide- und Bodenpreise sanken. In dieser Zeit, gerade während der Bauernbefreiung, geriet die ganze Landwirtschaft in große Not, so dass die Bauern und Gutsbesitzer hungerten, weil sie die Ernte billig verkaufen mussten.

Aber nie vergaßen sie zu danken für die Gaben des Himmels und für die Ernte. Das trockene Roggenbrot gab ihnen so viel Kraft, dass sie durchhielten, bis sie ihre Höfe zu neuer Blüte bringen konnten. Die Bitte um gute Ernte und der Dank dafür ist so alt wie die Ernte selber.

Bei den alten Pruzzen richtete er sich an die Göttermutter, später an den Erntegott Kurcho oder Perkunos. Ritter, Mönche und deutsche Siedler brachten den christlichen Glauben mit und dankten Gott, dem Herrn.

Durch die intensive landwirtschaftliche Bewirtschaftung wur-



**Gedenkfeier** Feierstunde am Gedenkstein der Landsmannschaften im BdV Wiesbaden  
Foto: LOW Wiesbaden

de Ostpreußen ein waldarmes Gebiet. Zuletzt bestanden zwei Drittel des ostpreußischen Bodens aus Feldern, Wiesen und Weiden, wovon die Hälfte als Getreideacker genutzt wurde. Die größten Flächen trugen das Brotgetreide, ein Viertel Weizen, drei Viertel Roggen. Dieses Brot vom eigenen Getreide, selbst gebacken, getrieben mit lange gelagertem Sauerteig, bei Sonnenaufgang geknetet und zu riesigen Brotläben geformt, schenkte unseren Vorfahren Kraft und Gesundheit.

Der angebaute Weizen war für den Sonntag da, für hefegetriebene Striezel und Fladen, aber auch zum Kochen im Alltag, für das angebundene Suppen, für Mehlschwitze, Keilchen und Flinsen und vor allem für das allabendliche Klunkermus. Brot, Grütze und Graupen sorgten dafür, dass die Zähne kräftig blieben und dass die Kaldaunen (Innereien) keine Sperenzchen machten.

Abschließend verwies Christian Joachim noch auf die Mär, dass die ostpreußische Landwirtschaft hauptsächlich auf großen Rittergütern betrieben wurde. Richtig ist, dass die ostpreußische Landwirtschaft zu je einem Viertel aus größeren Gütern und aus Großbauern bestand. Ein Drittel waren mittelgroße Bauerngrundstücke,

der Rest Kleinsiedlungen. Dieses Konglomerat schaffte die großartige Leistung, außer den 2,5 Millionen Ostpreußen weitere 2 Millionen Menschen anderenorts zu ernähren.

Zum Schluss verwies der Vorsitzende darauf, dass wir heutzutage genug zu essen haben, aber die Qualität der Nahrungsmittel immer fragwürdiger wird. Nachdem die meisten Menschen nicht mehr selber ernten, sollte Erntedank für die Konsumenten bedeuten, dass man sich Gedanken darüber macht, wie man in Zukunft zu einer gesunden und bescheidenen Lebensführung zurückfinden und dadurch mancher Übel Herr werden könnte.

Mit einem Tischspruch von Wilhelm Scholz, beendete er seine Gedanken zum Erntedank:

„Gleichwie der Baum die Wurzel senkt, ins Erdreich, das die Kraft ihm schenkt, um Ast und Blatt und Frucht zu treiben, woll'n wir der Erde Kinder bleiben und froh aus ihren Kräften leben, woll'n grade wachsen, aufwärtsstreben und Gott in uns die Ehre geben.“

Nach dem interessanten Vortrag und einem geistlichen Wort von Bernd Hüttner saß die ostpreußische Familie noch lange bei lebhaf-ten Gesprächen beisammen.

Die nächste Veranstaltung ist am 10. Oktober 2020 der Tag der Heimat. Dieser findet – coronabedingt – nur mit einer Feierstunde im Freien am Mahmal in der Blücherstraße statt und beginnt um 11 Uhr. Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen.

## Prominenter des Monats:

## Paul Schroeder

**Hof** – Kulturwart Bernd Hüttner stellte den Mitgliedern der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Ortsgruppe Hof als Prominenten des Monats den Arzt und Standespolitiker Paul Schroeder, geboren am 18. August 1894 in Königsberg/Pr., vor. Nach dem Abitur 1913 am Königlichen Gymnasium Lyck und einem Freiwilligenjahr beim Militär studierte er ab 1914 an der Pépinière, der späteren Kaiser-Wilhelm-Akademie für das militärische Bildungswesen, Medizin.

Im Ersten Weltkrieg wurde Schroeder 1917 nach dem Physikum Feldhilfsarzt. Nach dem Krieg promovierte er und arbeitete bis 1929 als praktischer Arzt in Dänischenhagen bei Kiel. Danach kehrte er nach Königsberg zurück und praktizierte bis 1945 in Juditten. Bereits 1930 wurde er Vorstandsmitglied des Vereins Königsberger Ärzte, den er ab 1933 leitete. 1936 übernahm er außerdem den Vorsitz der Kassenärztlichen Vereinigung Ostpreußen. Bis zum Kriegsende war er der letzte Leiter der Ärztekammer Ostpreußen. Nach seiner Flucht und dem Kriegsende wurde Schroeder Chefarzt des Marinelazarets Eckernförde. 1945 gründete er die Ostpreußische Arztfamilie, einen Zusammenschluss von Ärzten und deren Angehörigen, die aus Ostpreußen geflüchtet waren, und denjenigen, die dort noch tätig waren. 1947 wurde er der angeblichen Gründung einer geheimen Widerstandsbewegung gegen die Besatzungsmacht bezichtigt, verhaftet und erhielt für kurze Zeit ein Schreibverbot.

Paul Schroeder engagierte sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ärztekammer Schleswig-Holstein und arbeitete bis 1964 wieder in Dänischenhagen als praktischer Arzt. Für seine Verdienste wurde er u.a. 1966 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse und 1969 mit der Paracelsus-Medaille der Deutschen Ärzteschaft geehrt. Er starb im Alter von 80 Jahren in Dänischenhagen bei Kiel.



## Hessen

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

**Wiesbaden** – Wegen der Corona-Einschränkungen konnte die traditionelle Feststunde zum „Tag der Heimat“ des BdV-Kreisverbandes Wiesbaden nicht in gewohnter Weise im Saal des Hauses der Heimat stattfinden. So war die Feierstunde am „Gedenkstein der Landsmannschaften im Bund der Vertriebenen“ zugleich auch die ausgefallene Feststunde.

Der Vorsitzende der LOW Wiesbaden, Dieter Schetat, hatte die Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft zur Teilnahme an der Feier aufgerufen, um so die Treue und Verbundenheit zur unvergessenen Heimat zu bekunden.

Die Festansprache am Gedenkstein hielt der ehemalige Wiesbadener Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel (Foto). In seiner Rede betonte der jetzige Stadtverordnete seine Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen und würdigte deren besondere Leistungen beim gemeinsamen Neuanfang in der Nachkriegszeit. „In der ersten Zeit waren die Flüchtlinge noch unwillkommene Gäste; dies hat sich jedoch im Laufe der Zeit geändert“, fügte er hinzu.

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang überwiesen. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

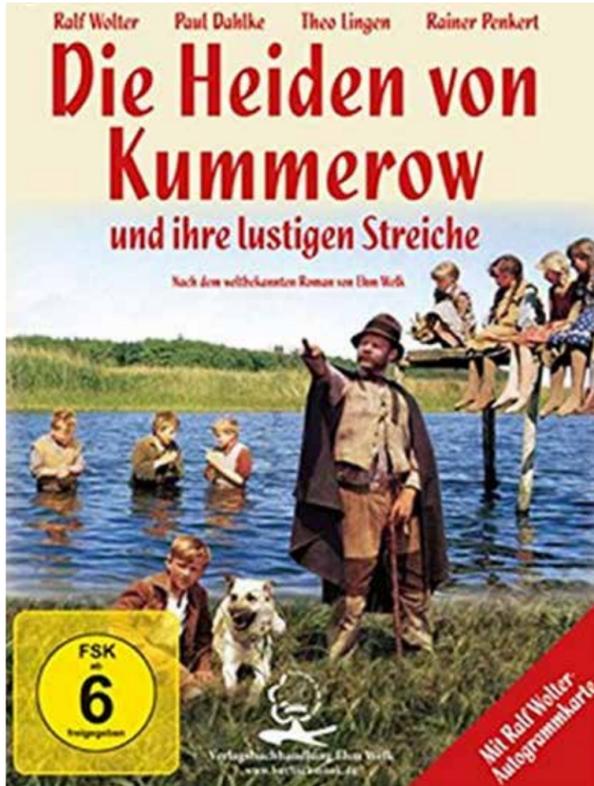
PAZ-02-C

Abonnieren Sie die PAZ  
und sichern Sie sich Ihre Prämie40 Euro  
Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## Heimatkreisgemeinschaften



Deutsch-deutscher Klassiker Filmplakat für „Die Heiden von Kummerow“ Foto: Forum Baltikum - Dittchenbühne

bequem mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Steigen Sie an der Haltestelle „Bültmannshof“ aus, von dort aus erreichen Sie das Restaurant fußläufig in wenigen Minuten. Alle Corona-Auflagen werden erfüllt.

Voranmeldung wird bei Frau Barbara Dörr, unter der Telefonnummer 0521/82026 erbeten. Wir freuen uns auf Ihr Kommen und Wiedersehen!

Mit heimatlichen Grüßen  
Der Vorstand

Bei Fragen bezüglich der Anzeige wenden Sie sich bitte an folgende Adresse:

Gerhard Scheer (stellv. Vorsitzender), Leonhardstr.26, 42281 Wuppertal, Telefon: 0176/22201847

**Unna** - Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen und Pommern, Kreisgruppe Unna trauert um ihren stellvertretenden Vorsitzenden Bruno Romeiks, der am 1. September 2020 verstorben ist. Er stammte aus dem Kreis Insterburg, und sein unermüdlicher Einsatz galt seiner Heimat Ostpreußen. Am 25. Oktober 1933 geboren, war er zwölf Jahre alt, als die glückliche Zeit in der Heimat für ihn endete. Leider erzählte er wenig über seinen sicherlich sehr interessanten Lebenslauf; die Erinnerungen an die Erlebnisse im Krieg und am Kriegsende und später schienen ein Hindernis zu sein. Doch sobald die Reisen in die Heimat, in das nördliche Ostpreußen möglich wurden, fuhr er regelmäßig hin und schloss Freundschaft mit den russischen Bewohnern. Er engagierte sich in der Kreisgemeinschaft Insterburg und wurde dort hoch ausgezeichnet. Er gehörte dem Arbeitskreis „Ostpreußisches Platt“ an und war mit den landsmannschaftlichen Gruppen in NRW „vernetzt“.

In der Gruppe Unna war er unentbehrlich. Er organisierte mit seiner Ehefrau Helga Romeiks die monatlichen Treffen, sorgte für Kontakte zu Behörden und Kirchen, erfreute die Landsleute mit meist erheiternden Vorträgen, übernahm Bestellungen von Liederbüchern, Kalendern usw., wohnte politischen und überregionalen Veranstaltungen bei, auch als es ihm nicht mehr leicht fiel, gestaltete Weihnachtsfeiern, „Tag der Heimat“ usw. entscheidend mit – die Aufzählung lässt sich fortsetzen. Und das Wichtigste: er kümmerte sich um die Mitglieder, besuchte sie, rief sie an, hielt zu allen den möglichst engen Kontakt.

Aber noch ein Verdienst ist ihm zuzurechnen. Er machte immer wieder Mut und rief immer wieder dazu auf, für Ostpreußen tätig zu sein, auch wenn mal etwas „nicht so rund lief“. Im BdV-Kreisverband Unna war er viele Jahre Schatzmeister. Die Gruppe Unna verdankt ihm Aufschwung und Stabilität und hofft, in seinem Sinne weiterarbeiten zu können.



**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Bad Oldesloe** - Die Ost- und Westpreußen aus Bad Oldesloe waren mit der September-Runde Gäste bei Annemarie Knopf im benachbarten Tremsbüttel. Die Gastgeberin, die immer ihren Bernsteinschmuck trägt, präsentierte einige Exponate in Bernstein, z.B. den Elch auf einem Bernsteinsockel.

Thema des Nachmittags war „Bernsteingewinnung und Bernsteinhandel“. Bernstein ist ein altes Handelsgut, das schon den Wikingern Reichtum einbrachte. Die Bernsteinküste, an der Bernstein im Tagebau gewonnen wird, ist die Samland-Westküste. Palmnicken ist uns von früher her gut bekannt. Bernstein dient überwiegend der Schmuckherstellung: Ketten, Broschen, Armbänder, Zigarettenspitzen. Besonders beliebt und wertvoll sind Stücke mit Einschlüssen – Insekten oder Pflanzenteile.

Die Bernsteinstraße zählte zu den bedeutendsten Handelswegen des Altertums. Von der Samlandküste wurde der Bernstein zum Handelsplatz Truso gebracht, Vorgängerin der späteren Ordensstadt Elbing – 1237 vom Deutschen Ritterorden gegründet. So kannten schon die Römer Bernstein, den Kaiser Nero von der Samlandküste nach Rom holen ließ. Auch arabische Münzen wurden in Ostpreußen gefunden.

Für Polen ist Bernstein, das Gold der Ostsee, ein besonderes Handelsgut. In der Langgasse in Danzig findet man einen Stand neben dem anderen. Aber auch in

Deutschland wird Bernstein verarbeitet, z.B. in Idar-Oberstein.

Danzig ist das Zentrum der künstlerischen Verarbeitung in Europa. Seit einigen Jahren gibt es dort ein Bernsteinmuseum, in dem den Besuchern in mehreren Etagen des Stockturms die Geschichte und die Verarbeitung vermittelt wird.

Ein Rätsel ist wohl immer noch der Verbleib des berühmten Bernsteinzimmers, das der Zar einst vom Deutschen Kaiser geschenkt bekam.

Gisela Brauer

## 3. Rundbrief

**Neumünster** - Liebe Mitglieder der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und alle, die sich mit uns verbunden fühlen!

Ja, wir sind noch da und denken an Sie! Der 3. Rundbrief wird Sie wieder informieren. Immer wird uns der Schatten „Corona“ beschäftigen. Die Corona Pandemie hat uns fest im Griff, und die Auflagen für die Veranstaltungen sind vorgeschrieben und müssen eingehalten werden. Die Gesundheit der Menschen steht über allem, und wir gehören zur Risikogruppe.

Alle Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen sind bis zur Adventsfeier abgesagt – auch unsere Erntedankfeier. Ernte – Dank, das tun wir für uns und danken, dass wir unser tägliches Brot haben.

Die Adventsfeier am 5. Dezember 2020, um 15.00 Uhr in der Stadthalle wird im großen Saal unten in der Stadthalle, Am Kleinflecken, stattfinden. Es ist noch lange hin, aber Planung muss sein! Ich bitte um eine verbindliche Anmeldung bis zum 28. November 2020 unter Telefon 0 43 21 – 8 23 14.

Jeder ist für sich verantwortlich, wir tragen bis zum Tisch den Mundschutz, halten Abstand, verzichten auf das Händeschütteln und die liebevolle Umarmung. Das Singen wird uns fehlen, musikalisch unterhält uns aber das Mandolinenorchester.

Durch den Coronavirus hat sich unser Leben und die Einstellung zum Leben verändert. Entbehrungen können schwer sein, aber kennt unsere Generation das nicht? Wir haben die Flucht überstanden, und wir überleben auch

diese Krise in unserer zweiten Heimat in Neumünster.

Das Jahresprogramm 2021 wird von 2020 übernommen. Wir hoffen auf ein gutes Jahr, und dann ist auch ein Ausflug in Planung. Vorschläge nehme ich gerne entgegen.

In all den trüben Corona Wochen und Monaten erreichte mich vor meinem Geburtstag im August eine liebe Nachricht von unserem Landesvorsitzenden Edmund Ferner:

„Liebe Frau Profé, mit großem Interesse habe ich Ihren Lebenslauf gelesen. Sie können auf Ihre Gesamtleistung stolz sein. Ihr Engagement für uns Ostpreußen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es ist ein außerordentlicher Glücksfall, dass die LMO in Neumünster eine Brigitte Profé als Vorsitzende hat, die mit so viel Herzblut und immer neuen Einfällen die Gruppe leitet! Zu Ihrem kommenden Geburtstag im August möchte ich Ihnen ein kleines persönliches Geschenk machen! Eine Sonderanfertigung aus dem Bundesland NRW. Ihr Edmund Ferner – Eine besondere Würdigung für die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen.“

(Es ist eine Anstecknadel mit dem Ostpreußenwappen im Goldrahmen und ein Buch „Königsberg von A bis Z.“)

Über die Anerkennung habe ich mich sehr gefreut. Ich habe auch treue Ost- und Westpreußen für die ich mich einsetze und meine Pflicht und Aufgabe erfülle.

Bleiben Sie gesund, genießen Sie die schönen Spätsommer- und Herbsttage mit der prächtigen Laubfärbung.

Herzliche Grüße

Ihre | Eure Brigitte Profé



**Stellvertretende Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Jürgen Zauner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

**Bielefeld** - am Montag, den 28. September 2020 trifft sich wieder die Ost- und Westpreußen Gruppe Bielefeld und Umgebung zu einem Heimatnachmittag bei Kaffee und Kuchen zum Schabbern.

Mit einem Reisebericht-Bildvortrag von einer Süd-Ostpreußen-Reise im August 2020, u.a. nach Neidenburg, Johannsburg, Hohenstein, Allenstein, Mohrunge, Oberland u.v.m. aus Ermland und Masuren. Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder, Bekannte, Freunde, sowie interessierte Gäste, einige schöne Stunden mit netten Menschen zu verbringen. Dieser Heimatnachmittag findet wegen der guten Atmosphäre und viel Platz wieder im Restaurant Bültmannshof "Das Wirtshaus 1802" in der Kurt-Schumacher-Straße 17a, in Bielefeld, um 15.00 Uhr statt. Das Lokal erreichen Sie

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg.

**Weitere Auskünfte** zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen: Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

**Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft,** jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

**Sie werden regelmäßig** über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg.

**Weitere Auskünfte** zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Kulturzentrum Ostpreußen

**Noch bis Ende September 2020 zeigt das Kulturzentrum Ostpreußen eine Kabinetausstellung ausgewählter Werke des ostpreußischen Künstlers Ernst von Glasow.**

Im ersten Obergeschoß sind Kohle- und Tuschzeichnungen ostpreußischer Baudenkmäler und Landschaften zu sehen.

**Interessant ist die Biographie Ernst von Glasows.** Er wurde am 21. Juli 1897 auf dem Gut der Familie in Partheinen im Kreis Heiligenbeil geboren. Schon in seiner Kindheit entwickelte er ein starkes ästhetisches Empfinden für die Formenspiele von Licht und Schatten, die für sein späteres Wirken als Künstler prägend wurden.

Nach dem Abitur 1914 erhielt er mit 17 Jahren seine Einberufung

zum Militärdienst im Ersten Weltkrieg, den er als junger Offizier an der Ost- und Westfront erlebte.

Nach Kriegsende war durch das Erbe des väterlichen Gutes sein Leben als Gutsbesitzer und Landwirt vorgezeichnet. Für die Kunst blieb ihm nur wenig Zeit. Auch im Zweiten Weltkrieg diente Ernst von Glasow als Offizier und kam tief geprägt durch den Krieg zu Verwandten nach Vechta ins Oldenburger Münsterland, wo bereits seine Frau und die sieben Kinder untergekommen waren.

Schon in amerikanischer Kriegsgefangenschaft hatte er sich dem Zeichnen von Aquarellen gewidmet. Von der südoldenburgischen Landschaft an die verlorene Heimat in Ostpreußen

erinnert, wagte er mit 49 Jahren den Neubeginn als freischaffender Künstler und schuf in seiner zweiten Lebenshälfte ein beachtliches Gesamtwerk, das sich mit wechselnden Themen und insbesondere mit dem Licht auseinandersetzte, das ihn schon seit seiner Kindheit fasziniert hatte. Ernst von Glasow starb im August 1969 im Alter von 72 Jahren.

**Die Öffnungszeiten** für diese Ausstellung, wie auch für alle anderen Räumlichkeiten des Kulturzentrums Ostpreußen, sind wie üblich:

**Dienstag bis Sonntag, 10-12 Uhr und 13-17 Uhr** (auch an den Feiertagen). **Kulturzentrum Ostpreußen Schloßstr. 9, 91792 Ellingen www.kulturzentrum-ostpreussen.de**



KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN im Deutschordensschloß Ellingen

Heimatkreisgemeinschaften



**Kreisvertreter:** Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 - 983-31 00; Fax: 04261 - 983 -31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

**Angerburger Vorstand tagt in Rotenburg (Wümme)**

Trotz des Ausfalls der diesjährigen Angerburger Tage kamen am Sonntag, den 12. September 2020 die Mitglieder des Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Vorstand) im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses Rotenburg (Wümme) zu einer Sitzung unter Corona-Bedingungen zusammen. Es galt eine lange Tagesordnung abzuarbeiten und Vorbereitungen für das nächste Jahr zu treffen. So wurde geplant, die 63. Heimatpolitische Tagung zusammen mit dem Landkreis Rotenburg (Wümme) am 20./21. Februar 2021 durchzuführen. Als Hauptthema wurde das „Trakehner Pferd“ gewählt und die Referenten haben bereits ihre Zusage erteilt. Die 66. Angerburger Tage sollen im September 2021 in gewohnter Weise stattfinden. Allgemein erörtert wurden technische Notwendigkeiten und Chancen, insbesondere bei der Mitgliederentwicklung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Erstellung des Heimatbriefes. Der die Kreisgemeinschaft langjährig betreuende Mitarbeiter des Landkreises, Michael Meyer, führte anschließend dem Gremium aus über 120 inzwischen digitalisierten Archivarien des Angerburger Archivs, Beispiele von Videos, Tonspuren

und Bildern vor, zum Teil über 60 Jahre alte Aufnahmen. Viele schöne Erinnerungen wurden wach. Die Beziehungen zu Stadt und Kreis Angerburg und die persönlichen Kontakte sollen weiter verstärkt werden. Begrüßt wurde der in 2021 wieder erfolgende Schüleraustausch zwischen dem Angerburger Lyzeum und dem Ratsgymnasium in Rotenburg (Wümme). Die über mehrere Stränge laufende humanitäre Hilfe der Kreisgemeinschaft für Angerburg wird beibehalten. Unterbrochen wurde die Sitzung für die würdige Verabschiedung der langjährigen Geschäftsstellenmitarbeiterin Frau Ludmilla Mischok durch den Kreisvertreter sowie die Vorstellung und Begrüßung ihrer Nachfolgerin Frau Josephine Schulz.

Bereits vor Beginn der Sitzung wurde den langjährigen, bereits verstorbenen, Begründern und Förderern der Patenschaft gedacht. Am Grab des legendären „Patenonkels“, des Oberkreisdirektors Helmut Jansen wurde im Beisein der Familie von einem seiner Söhne ein Kranz niedergelegt. Ebenso am Grab von Bernd Braumüller im Beisein von Sohn und Enkelin und am Grab von Herbert Lehmann im Beisein seiner zwei Töchter. Am Patenschaftsstein am Kreishaus im Amtshofpark wurde

abschließend allen Verstorbenen und den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht.

Ernst-Ulrich Pfeifer



**Kreisvertreterin:** Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Erster Stellvertretender Kreisvertreter** (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin/Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

**Außerordentliche Kreistagsitzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil am 12.09.2020, im Hotel Haase in Burgdorf**

Auf der außerordentlichen Kreistagsitzung am 12. September 2020 wurden folgende Personen gewählt:

**Zur Kreisvertreterin:** Viola Reyentanz, bisher 2. stellvert. Kreisvertreterin, Stadtvertreterin von Zinten-Stadt, **zur 2. stellv. Kreisvertreterin:** Brunhilde Schulz, bisher Beisitzerin im Vorstand, Schriftleiterin Heimatblatt, Stadtvertreterin von Heiligenbeil-Stadt-Nord.

Darüber hinaus wurde Heidi Pomowski für den freiwerdenden Posten einer Beisitzerin gewählt,

die jedoch leider nicht anwesend sein konnte. Eine Einverständniserklärung seitens Heidi Pomowski für diese Wahl lag vor.



**Kreisvertreter:** Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Tel.: (0212)81 10 13, E-Mail: andreasheiser@arcor.de. **Geschäftsstelle:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151)48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

**Heimatkreisgruppe Hamburg**

- Mittwoch, 7. Oktober 2020, 12.00 Uhr: Zum Erntedank singen wir herbstliche Lieder und Gedichte.
- Mittwoch, 4. November 2020, 12.00 Uhr: Im grauen November halten uns schöne Gedichte und Geschichten warm.
- Mittwoch, 2. Dezember 2020, 12.00 Uhr: Vorweihnachtsfeier mit Liedern und Gedichten.



**Kreisvertreterin:** Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna, Telefon (02303) 14017, E-Mail: dr.beutner@t-online.de. **Geschäftsstelle:** Ralf Woitschkowski, Bergkirchener Straße 21, 32429 Minden, Telefon (0571) 5091022



**Außerordentliche Vorstandswahl** Links im Bild die neue Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, Viola Reyentanz. Rechts daneben die neue zweite Stellvertreterin Brunhilde Schulz Foto: KG Heiligenbeil

Das Werk „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland“ von Helmut Borkowski ist zum Preis von 26,00 Euro, inklusive Porto unter folgender Adresse zu beziehen: Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna/Westf., Tel. 02303/14017. Auch eine elektronische Bestellung ist möglich: dr.beutner@t-online.de

**Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«**  
Fürst Fugger Privatbank  
IBAN: DE66 7203 0014 1001 6349 83  
BIC: FUEKDE31

PAZ wirkt!

Rätsel

ein Schmetterling	brauchbar, akzeptabel	ein Nordeuropäer	Kleidungsstück	Nähgerät	liebvolles An-sich-Drücken	nord-amerikanischer Strom	englische Schulstadt	Stadt in Oberbayern	Musikinstrument	Stacheltier	griechischer Kriegsgott	Zeitgeschmack	zittern (ugs.)
gereizt zwischen (Tiere)			Stadt in der Schweiz		Braut-schmuck		Apfelsine		Flug-hafen (englisch)				
											Renn-beginn	Rück-lage	
amerik. Vieh-zucht-betrieb		junges Genie							Nach-tisch, Nach-speise				
			Boden-fläche, Gelände		Bund, Zusam-men-schluss	türkische Hafen-stadt	verehrt-tes Vorbild			leichter russischer Reiter		Hoch-herzig-keit	
Fluss in Mecklen-burg-Vor-pommern		engl. Schrift-steller (Roald)			ein Baum-woll-gewebe				Bienen-züchter	Milch-produkt			
frz. Physiker (André-Marie)			in hohem Maße		luftig, windig					Befehl; Auftrag			
		fleißig, uner-müdetlich				Insel der Ky-kladen	ein Erdteil	eine Aufgabe bewäl-tigen					
Blech-blas-instru-ment	den Kör-per im Wasser säubern			Unter-lage; Boden-beleg	sittliche Ge-sinnung						fromme Gestalt bei W. Busch		Ruhe-ständler, Pen-sionär
Enterich		alt-griechischer Dichter				rudern			schma-ler Weg	Volk in Kambod-scha			
				Zucker-rüben-saft						lang-sames Musik-stück		gerade jetzt	
	Magisch: 1. Predigt, 2. Odyssee, 3. agteren, Lobber	feier-liche Amts-tracht	Porträt-fo-to	Schank-tisch				Ge-schenk, Almosen	vertiefte Linien in der Haut				
	5. Sünden, 6. Träger, 7. Getreibe -	Hervor-hebung, Akzen-tuierung							Ab-schieds-gruß			Stil beim Schwim-men	
	Mittelworträtsel: 1. Spielzeug,												
		Gesims-streifen, Wand-schmuck	Fischfett	Kurz-wort für Jugend-liche(r)	Verein, Zweck-verband	weib-liches Rind	ein Amt nieder-legen		Leid, Schmerz	mit Freude, Ver-nügen			
		Stand-bild						deutsch-franz. Maler (Max)	unge-zählte Male	unter-würdig; demütig		Saatgut in die Erde bringen	kleines marder-artiges Raubtier
							das 2. Buch Mose						
		Locken-strang, Haar-büschel		Abk.: elek-tronische Daten-verarbeitung	germa-nischer Wurf-spiel	voll ent-wickelt; erwach-sen			Begeis-terung, Schwung			Abkür-zung für Euer Ehren	
							un-bedarft						
		nicht genug Raum lassen	berufl. Arbeit; Gefäl-ligkeit					US-Film-schau-spieler (Gary)					
		Seebad und Hafen in England				Gewebe, gesäum-tes Stück Stoff					rhyth-mische Körper-bewegung		

Schüttelrätsel

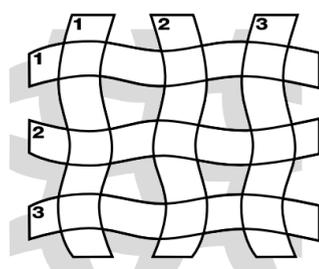
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACHJU	AHIT	ABEMR	EFHRU	AAER	ILST	AEMT
			ARST			
AFMTU		BEEL TU				
AAEE FIRT						
EHIR			AHLM			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein bekanntes Gewürzblatt.

1	HOLZ					KISTE
2	REST					TEST
3	KREUZ					BUCH
4	TEE					ZANGE
5	JUGEND					BOCK
6	BAU					LOS
7	AUTO					OEL



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Kanzelrede
- 2 Irrfahrt
- 3 handeln

## NACHRUF

# Eine markante ostpreußische Persönlichkeit

Der Heimat verbunden und dem Allgemeinwohl verpflichtet – Erinnerungen an Helmut Gutzeit

WILHELM V. GOTTBERG

Am Montag, dem 14. September 2020, mussten seine Familie und enge Weggefährten in einer bewegenden Trauerfeier Abschied von Helmut Gutzeit nehmen. Der Verstorbene wurde in Friedland (heute Prawdinsk, im russischen Teil Ostpreußens gelegen) am 12. August 1940 geboren. Er war eine markante ostpreußische Persönlichkeit, die bis zu ihrem Tod die Sehnsucht nach der verlorenen Heimat im Herzen trug. Dies hat er durch zahlreiche Besuche in seiner Vaterstadt immer wieder unter Beweis gestellt.

## Flucht nach Bremen

Ostpreußen und Friedland haben die letzten 30 Jahre seines Lebens maßgeblich bestimmt. Dabei war hilfreich, dass seine Frau Irmchen – ebenfalls ostpreußisches Flüchtlingskind aus Heiligenbeil – ihn dabei mit ganzer Kraft unterstützte. Eine erste schicksalhafte Begegnung hatten die beiden im März 1945 am Kai von Gotenhafen, wo die Familien der Kinder auf ein Schiff warteten. Eine weitere schicksalhafte Fügung war die Tatsache, dass die Familien der beiden am Ende der Flucht in Bremen landeten. Dort bekamen die Kinder gleich wieder Kontakt. Sie heirateten 1960.

Helmut Gutzeit war mehr als zwei Jahrzehnte Vorsitzender der LO-Landesgruppe Bremen. In dieser Funktion wurde er Nachfolger von Gerhard Prengel, der zeitweise auch Stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen war. Der Autor dieser Zeilen wurde 1990 Stellvertretender Bundessprecher der LO und 1992 Bundessprecher, zugleich erster Vorsitzender der LO. Bei den Gremiensitzungen lernten sich beide 1991 kennen. Die Chemie zwischen den beiden Ostpreußen stimmte. Sehr schnell wurde das etwas förmliche Sie durch das vertraute Du ersetzt. Das war bei dem Naturell des Autors



Stets im Einsatz für Ostpreußen: Helmut Gutzeit (links), hier im Gespräch mit anderen Amtsträgern der Landsmannschaft Ostpreußen Foto: LO

keine Selbstverständlichkeit. Etliche Jahre war dies eine Sonderstellung, die Helmut Gutzeit beim Bundessprecher hatte.

## Hilfe für Friedland

Nach der Wende im Osten 1991 war Helmut Gutzeit einer der ersten, die mit einem Sachgüter-Hilfstransport nach Friedland reisten, um den dort lebenden Menschen humanitär zu helfen. Für ihn war es selbstverständlich, dass er das im Einvernehmen mit der russischen Stadtverwaltung in Friedland abstimme. Der russische Bürgermeister erwies ihm seine Dankbarkeit durch einen persönlichen Besuch in Bremen, bei dem auch der Bundessprecher zugegen war.

In späteren Jahren waren wir dreimal gemeinsam in Friedland. Darüber hinaus hat er mit seiner Frau etwa ein halbes Dutzend weitere Reisen in seine Heimatstadt unternommen. Es war für ihn ein großes Bedürfnis, das Stadtbild Friedlands zu verschönern. Dabei kam in erster Linie die Kirche in seinen Blick, ein eindrucksvoller Bau der Backsteingotik aus der Endzeit des Mittelalters. Diese Kir-

chenbauten gab es überaus zahlreich in Ostpreußen. Die Kirche in Friedland hatte wie nur ganz wenige evangelische Kirchen in Ostpreußen den Krieg überdauert. Die Nachkriegsjahrzehnte zeigten an dem Gotteshaus deutliche Verfallsspuren. Ursula Kluge aus Wolfenbüttel gründete 1994 einen Förderverein für die Sanierung der Kirche in Friedland. Dabei war natürlich Helmut Gutzeit. Er hat die bald darauf einsetzenden baulichen Erhaltungsmaßnahmen mit beachtlichen finanziellen Mitteln unterstützt. Seit 1999 erstrahlt die Kirche in Friedland in neuem Glanz.

Diese Kirche ist auch Taufkirche, Konfirmationskirche und Trau Kirche bei der Hochzeit der Mutter des Autors.

## Erfolgreich als Unternehmer

Helmut Gutzeit erlernte nach der Beendigung der Volksschule mit 15 Jahren das Maurerhandwerk. Danach arbeitete er als Geselle in seinem Beruf. Neben seiner körperlich schweren Arbeit auf dem Bau bereitete er sich berufsbegleitend auf die Meisterprüfung im Maurerhandwerk vor. Eine schwierige Aufgabe, wenn man die

schwere körperliche Arbeit auf den Baustellen in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts ins Kalkül zieht. Mit ostpreußischer Strebsamkeit konnte er die Meisterprüfung erfolgreich absolvieren.

Danach ging es mit dem beruflichen Aufstieg rasant weiter nach oben. Er gründete eine eigene Baufirma für Neubauten und Umbauten. Ein lohnendes Geschäft in den 60er und 70er Jahren: „Baue gut, baue mit der Zeit, baue mit Gutzeit.“ Das Geschäft florierte. Es florierte aber auch nur deshalb gut, weil Helmut die Voraussetzungen für die Selbstständigkeit verinnerlicht hatte. Selbstständigkeit heißt selbst und ständig. Irmchen hat ihn dabei mit ganzer Kraft unterstützt. Sie übernahm die Buchführung für die Firma.

Helmut war tagtäglich zehn bis zwölf Stunden unterwegs. Wenn es erforderlich wurde, nahm er die Kelle in die Hand und half bei der Bauausführung. Ansonsten sorgte er permanent für den Nachschub auf der Baustelle. Mörtel, Sand, Maschinen, Hilfsmittel schaffte er zügig heran. Einen Stopp der Bauarbeiten wegen mangelndem Nachschub gab es bei ihm nicht. Die Firma war mehr als 30 Jahre lang wirtschaftlich sehr erfolgreich. Das Ehepaar Gutzeit brachte es zu gediegenem Wohlstand. Mit Erreichen der Altersgrenze übertrugen die beiden die Firma an einen nahen Familienangehörigen.

Auch nach Beendigung der Berufstätigkeit blieben Ostpreußen mit Friedland und die Landesgruppe Bremen der Landsmannschaft Ostpreußen sowie die Fürsorge für seine Kinder und Enkel die bestimmenden Inhalte im Leben Helmut Gutzeits. Der relativ frühe Tod seiner Frau Irmchen 2012 war ein Schicksalsschlag für ihn, den er nicht mehr wirklich bewältigen konnte. Glücklicherweise wurde Helmut von den Familien seiner beiden Kinder zu einem erheblichen Teil gestützt und getröstet. In den letzten drei Jahren seines Lebens äußerte er gelegentlich: „Ich möchte zu Irmchen.“

Im Alter von etwa 60 Jahren offenbarte sich bei Helmut eine enorme Begabung für den musischen Bereich. Er sang gerne und textete Lieder im Bereich der Volksmusik. Unauslöschlich ist dem Autor eine Episode bei Helmut's 60. Geburtstag in Erinnerung geblieben. Er sang im Duett mit einer ausgebildeten Opernsängerin verschiedene Arien. Das war eine Seite in Helmut Gutzeits Persönlichkeit, die er bisher seinem Freund und Weggefährten Wilhelm v. Gottberg nicht offenbart hatte. Was hätte er mit dieser Begabung wohl anfangen können, wenn ihm vergönnt gewesen wäre, Abitur zu machen und ein Studium zu absolvieren? Für ihn galt, was für viele seiner Zeitgenossen der Jahrgänge 1935 bis 1950 galt: „Ich bin, was ich muss und nicht, was ich gerne möchte.“

## Dem Allgemeinwohl verpflichtet

Helmut Gutzeit war eine offene Persönlichkeit. Er ging in sympathischer Weise auf Menschen zu. Er war niemals nachtragend, sondern immer auf Harmonie ausgelegt. Vielseitig interessiert hat er sich in den Dienst seiner Mitmenschen gestellt. Damit folgte er dem lebensklugen Rat des Preußenkönigs Friedrich des Großen: „Des Menschen Bestimmung in der kurzen Zeit seines Erdendaseins ist es, für das Allgemeinwohl seiner Mitmenschen zu wirken.“

Helmut Gutzeit verstarb am 6. September 2020. Inhaltlich hat er bei der Trauerfeier noch eigene Akzente gesetzt. Bei der Zeremonie hörten wir eine Gesangseinlage von ihm. Und, wie könnte es anders sein, zu Beginn der Trauerfeier erklang die Melodie des Ostpreußenliedes.

Helmut Gutzeit bleibt seinen Weggefährten – bleibt mir – unvergessen. Dankbar bin ich, dass wir über drei Jahrzehnte gemeinsam wandern durften. Unser Mitgefühl gilt seinen Familienangehörigen.

● **Wilhelm v. Gottberg**, MdB, war von 1992 bis 2010 Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Immer mehr Gräber werden aus Scham wieder hergerichtet

Lippen, Freystadt und Giersdorf – Eine neue Generation hat sich den Erhalt deutschen Kulturerbes zur Aufgabe gemacht

Es gibt unterschiedliche Motivationen, sich alter Friedhöfe anzunehmen: Aus Nächstenliebe, weil es Angehörige nicht tun, aus Pflichtbewusstsein, weil man das Kulturerbe bewahren will, aus ästhetischen Gründen, weil wuchernde Pflanzen sich ausbreiten, oder aus Scham, dass mit dem Gedenken an die Toten nicht gut umgegangen wird. Letzteres war die Motivation für die Bewohner des niederschlesischen Lippen [Lipno] bei Grünberg [Zielona Góra].

„Man kann noch die Namen, Geburts- und Sterbedaten auf den devastierten Grabplatten lesen. Ich schäme mich für meine Großeltern und Eltern“, sagt Slawomir Opieczonek gegenüber der „Gazeta Lubuska“. Er bekennt, zu wissen, dass es in Lippen einen „Schwarzen Sonntag“ gab, eine organisierte Aktion zur Vernichtung deutscher Grabstätten. „Es gab den Befehl der Behörden, es floss Alkohol. Heute schäme ich mich dafür. Die waren doch alle Lippner“, sagt er. Im Ort gründete Opieczonek einen Heimatverein, dessen erste Aktion das Aufräumen auf dem evangelischen Friedhof war. Sein Mitstreiter Lukasz Kwiatkowski erinnert sich an Besuche von ehemaligen Lippnern, deren Blicke traurig und vorwurfsvoll waren. „Kein Wunder“, so Kwiatkowski, „das Gutshaus

und das Pfarrhaus wurden auseinandergenommen und für den Wiederaufbau Warschaws verwendet. Die Grabsteine des Friedhofs hat man zerbrochen und in den umliegenden Wäldern vergraben. Wir sollten den Toten Respekt zeigen“, meint er.

Nun sind sie dabei, die Grabsteine, die sie ausgraben konnten, an einer Stelle zu sammeln. Der Heimatverein will ein Holzkreuz aufstellen. „Damit möchten wir zeigen, wenn auch nur symbolisch, dass wir Fehler der Vergangenheit wenigstens etwas wiedergutmachen wollen“, sagt Opieczonek. Die Initiative erreichte zumindest die Denkmalschutzbehörde der Woiwodschaft Lebus. Denkmalschützerin Barbara Bielini-Kopeć versprach finanzielle Unterstützung zur Schaffung eines Lapidariums in Lippen.

Vor etwa drei Wochen begannen ebenso auf dem ehemaligen evangelischen Dreifaltigkeitsfriedhof in Freystadt in Schlesien [Kozuchów] Aufräumarbeiten. Dort ist es Daniel Nowośnicki, der die deutschen Schriftzüge nachzieht. Er ist stolz auf sein Werk: „Das wird das schönste Lapidarium weit und breit“, freut er sich, obwohl er selbst gar nicht der Initiator ist. Bestellt habe ihn ein Enkel, der den Grabstein der Matzkes in Ordnung bringen



Nach den Aufräumarbeiten: Giersdorfer Friedhof

Foto: Giessler

wollte. Bei dieser Gelegenheit weißte er weitere Namen von Freystädter Familienangehörigen ein, obwohl sie als Vertriebene anderswo in Deutschland verstorben sind. Das Lapidarium betreut Zdzisław Szukielowicz. „Oft kommen noch Nachfahren der früheren Freystädter, die auf Spurensuche sind. Sie sind erfreut, dass dieser Ort von uns gepflegt wird“, so Szukielowicz. Der Hobbyhistoriker ist seit Jahren bemüht, das deutsche Kulturerbe

zu retten. Der Ratsherr ist Vorsitzender des Vereins der Freunde des Freystädter Landes und Fremdenführer.

In den 90er Jahren initiierte er die Gründung eines Regionalmuseums. Auch das Lapidarium ist von ihm initiiert. Seit den 70er Jahren wurden darin Grabsteine aus den umliegenden Ortschaften gesammelt. „Wir haben hier Epitaphien aus dem 16., 17. und 18. Jahrhundert zusammengetragen, es sind wahre Raritäten“, sagt er.

Szukielowicz konnte im Stadtrat durchsetzen, dass eine Gedenktafel an ehemalige Freystädter erinnern wird.

Unkraut beseitigen, Bäume beschneiden, Büsche stutzen – damit fing auch eine Gruppe aus deutschen und polnischen Freiwilligen auf dem evangelischen Friedhof in Giersdorf [Żeliszów] bei Bunzlau [Bolesławiec] an. „Der alte Friedhof zeigt sich wieder fast in alter Schönheit. Die letzten Büsche sind geschlagen. Die Sonne scheint wieder auf die lange verborgenen Grabsteine. Das Grabmal der Familie Görlitz steht wieder prächtig da und überragt alle anderen Gräber“, freut sich Jörg Giessler, der zusammen mit der Görlitzerin Margit Kempgen von der Gemeinschaft Evangelischer Schlesier die „Gruppe zur Rettung schlesischer Kulturgüter“ um sich scharte. Sie initiierten auch für den einstigen Landkreis Militsch-Trachenberg [Milicz/Żmigród] das Projekt „Grenzgeschichte“. Dabei räumen deutsche und polnische Schüler historische Friedhöfe auf. Eine Mädchenklasse aus Groß Wartenberg [Syców] machte im Dezember den Anfang. Jetzt liegen mehr als 100 Anfragen aus Polen und Deutschland auf Margit Kempgens Tisch.

Chris W. Wagner

## SCHÖNES HINTERPOMMERN

## Kirschs Bürgergarten in Rogzow

Das Ausflugsziel war weit über die Kreisgrenzen hinaus bekannt und beliebt

VON HELMUT KIRSCH

Bei den Köslinern aus der Stadt und dem Landkreis war in Rogzow, am östlichen Stadtrand von Köslin einst „Kirschs Bürgergarten“ bzw. in Kurzform einfach nur „Kirsch“, ein beliebtes Ausflugslokal.

Helmut Kirsch, der heute in Heiligenhafen lebende Sohn bzw. Enkelsohn der Gastwirtsfamilie, erinnert sich hier aus Anlass des 75. Jahrestages der Flucht aus seiner Heimat an einige markante Punkte aus der Geschichte der Familie Kirsch und deren Gaststätte: Den großen Wurf machte mein Großvater Hermann Kirsch im Jahre 1890 mit der Erfindung eines neuen Zwieback-Röstverfahrens. Hierdurch konnte die Qualität des industriell hergestellten Zwiebacks erheblich verbessert werden. Nun eröffneten sich neue Möglichkeiten für den Kösliner Bäckermeister, der in der Bergstraße eine gut gehende Bäckerei besaß.

#### Großvater erfand spezielles Zwieback-Röstverfahren

Zur selben Zeit lebte nämlich in Celle der ebenfalls weitblickende Erfinder und Industrielle Harry Trüller, der in seinen Werken Zwieback und Kekse herstellte. Seinen Slogan „Iss immer düller Zwieback von Trüller“ kannte damals jedes Kind. Als Trüller von dem neuen Verfahren erfuhr, holte er den pommerischen Bäckermeister Kirsch aus dem fernen Köslin zu sich und kaufte ihm seine Erfindung für 60.000 Mark ab, was nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nach heutiger Kaufkraft umgerechnet ungefähr 384.000 Euro wären. Nach drei Monaten konnte der unter der Anleitung von Hermann Kirsch gebaute Spezialofen in Celle in Betrieb genommen werden.

Mein Großvater Hermann Kirsch verkaufte daraufhin die Bäckerei in Köslin, um im Strandbad Großmöllen an der Ostsee ein Restaurant zu übernehmen, das unter dem Namen „Redoute“ bekannt war. Hier erfüllten sich seine finanziellen Erwartungen allerdings nicht.

Als im Jahr 1910 in Rogzow das Ausflugslokal „Bürgergarten“ zum Kauf angeboten wurde, sah Hermann Kirsch eine erneute Chance, sein Geld gewinnbrin-

gend anzulegen. Der „Bürgergarten“, an dessen Stelle einst ein Kloster stand, befand sich auf einem großen, von drei Straßen umgebenen Grundstück, zu dem noch Ländereien außerhalb Rogzows gehörten.

Um den Ansprüchen der damaligen Zeit zu genügen, wurde das Anwesen verschönert und ein Saal für Veranstaltungen gebaut. Am Rande der Terrasse mit 500

saßen, hatte er eine Ehefrau, die neben der Erziehung der vier Kinder den sonntäglichen Stoßgeschäften gewachsen war. Meine Mutter war die Seele des Geschäfts.

Als mein Vater zum zweiten Mal in einem Jahrhundert die Uniform anziehen musste, war meine Mutter alleine für das große Lokal verantwortlich. Noch spielte an Sonntagen im Musikpavillon eine 30

ge Köslin zu verlassen, war vergeblich. Da wurde uns von den noch im Haus anwesenden Marineoffizieren angeboten, sofort auf einen der beiden bereitstehenden Lastkraftwagen zu steigen, um uns nach Swinemünde mitzunehmen. Auf überfüllten Straßen, vorbei an endlosen Trecks aus Ostpreußen und dem östlichen Pommern, kam unser Lkw heil in der Hafensstadt an. Der andere Lastwagen wurde von Tieffliegern beschossen, wobei zwei unserer Nachbarn getötet wurden.

Am folgenden Tag haben wir Swinemünde verlassen, weil durch den Abwurf von Flugblättern die Bombardierung der Stadt angekündigt wurde. Tatsächlich erfolgte am 12. März 1945 der schwere Angriff alliierter Kampfbomber auf Swinemünde, bei dem mehr als 20.000 Menschen – die meisten Flüchtlinge – den Tod fanden. Und wieder konnte meine Familie – wie zuvor schon aus Köslin – noch rechtzeitig einem Inferno entfliehen, denn zu dem Zeitpunkt befanden wir uns bereits auf dem Seeweg nach Kiel, wo wir hofften, meinen Vater an seinem Marinestandort wiederzufinden, was auch geschah.

#### Wiedersehen mit der Heimat

Es sollte 35 Jahre dauern, bis ich nach unserer Flucht als Zweijähriger mein Elternhaus wiedersehen sollte. Mir wurde große Herzlichkeit entgegengebracht. Was war geblieben? Die äußere Form des Gebäudes war erhalten, doch – wie überall durch die Zeit der Mangelwirtschaft – in einem desolaten Zustand. Aus dem Tanzsaal wurde ein Kino und die anderen Räumlichkeiten wurden privat genutzt. Die von meinem Großvater gepflanzte Lindenallee gab es noch, doch nicht einmal mehr zu errahnen war der große Kaffeegarten mit Konzertpavillon.

Seitdem war ich viele Male in Pommern und auch im Bürgergarten. Statt des Kinos ist dort zwischenzeitlich unter anderem ein Computer-Schulungszentrum und eine Leihbibliothek eingerichtet worden, in der ich vor einigen Jahren Bilder unseres Bürgergartens ausstellen durfte, die bei den Besuchern viel Beachtung fanden. Unsere Familie setzt die gastronomische Tradition in der vierten Generation fort, mein Sohn Alexander führt jetzt das „Eiscafe Kirsch“ in Schönberg (Holstein) bei Kiel.



Der elterliche Kaffeegarten in Rogzow bot 500 Gästen Platz. Diese Hinterglasmalerei befand sich in der Eisdiele der Familie Kirsch, damals in Uelzen. Foto: Kirsch

Außensitzplätzen befand sich eine Tanzfläche mit Musikpavillon, der durch eine Veranda mit dem Saal verbunden war.

Der Bäckermeister Hermann Kirsch fühlte sich in seiner neuen Rolle als Gastwirt wohl. Eigenhändig pflanzte er eine Lindenallee, die von der Straßenbahnhaltestelle direkt bis an das Lokal führte. Diese Allee steht noch heute in voller Pracht und ist schon von weitem zu sehen.

#### Auch ein „Heiratsmarkt“

Schon bald war für viele Kösliner Familien „Kirschs Bürgergarten“ ein beliebtes Ausflugsziel, und so manche Verbindung, die mit dem Bund fürs Leben schloss, hatte sich dort angebahnt.

Inzwischen hatte mein Vater Wilhelm Kirsch den Bürgergarten übernommen. Mit seiner Frau Meta, geborene Kaß, deren Eltern in Rogzow eine Fleischerei be-

Mann starke Militärkapelle zum Tanz auf, aber die Geschäfte gingen schlechter und die Menschen hatten andere Sorgen. So war es eine Erlösung, als eines Tages die Wehrmacht alle Geschäftsräume konfiszierte, um dort eine Marine-Standortverwaltung einzurichten. Die monatlich gezahlte Miete und der Sold meines Vaters waren nun eine solide Lebensgrundlage für unsere Familie. Es war ein schwerer Schlag, als plötzlich die Nachricht kam, dass mein ältester Bruder Siegfried in Russland gefallen war. Siegfried war erst 19 Jahre alt. Ich, erst 1942 geboren, bekam von all' dem nichts mit.

Am Freitag, den 2. März 1945 begann dann auch für uns der Exodus. Am Abend zuvor erreichten motorisierte sowjetische Verbände gegen 20 Uhr den Stadtrand von Köslin. Der Versuch unserer Familie, gemeinsam mit einem der überfüllten Zü-

## GESCHMACK DER HEIMAT

## Der Pommerische Krummstiel, eine wunderbare alte Apfelsorte



Rot-gelbe Backen und die wulstige Stielgrube mit schrägem Stängel: Kennzeichen des Pommerischen Krummstiels

Er war einst der Lieblingsapfel aller Kinder und Erwachsenen im Pommerland, der Pommerische Krummstiel. Mit seinem süß-mildsäuerlichen Aroma, seinen auffallend rot-gelbgestreiften Backen, vor allem aber wegen seines Duftes, der in der Advents- und Weihnachtszeit die Stuben füllte, übertraf ihn keine andere Apfelsorte. Typisch für die Früchte ist die

wulstige Stielgrube mit dem schräg herausragenden Stängel. Heute ist der Pommerische Krummstiel, nicht zu verwechseln mit dem Rheinischen Krummstiel, selten geworden. Die hohen Bäume mit dem ausladenden Astwerk passen in keinen Kleingarten, auch für die Plantagenbewirtschaftung eignen sie sich nicht. Wer sich die Mühe macht, vergessene Guts- und Bauerngärten vor allem in Vorpommern nach ihnen zu durchstöbern, kann jedoch fündig werden.

Die Bäume sind häufig weit älter als 100 Jahre, lassen sich durch Obstschädlinge kaum beeindrucken und tragen oft reichlich. Es sei denn, die Eisheiligen setzten der Blüte ein vorzeitiges Ende. Die meisten Krummstielveteranen haben kaum jemals einen Pflegeschnitt erdulden müssen und sind nie mit chemischen Pflanzenschutzmitteln behandelt worden. Dennoch reifen an ihnen nahezu makellose Äpfel, was für die Robustheit der Sorte spricht. Seinen Ursprung hat der

Pommerische Krummstiel, wie der Name andeutet, im Pommerischen, wahrscheinlich auf der Insel Rügen. Obstbauexperten vermuten, dass er dort schon vor 1800 gezogen worden ist. Einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde er aber erst durch Ferdinand Jühlke (1815-1893), seit 1866 königlich-preußischer Hofgardendirektor in Potsdam und damit der Nachfolger des bedeutenden Garten- und Landschaftsarchitekten Peter-Joseph Lenné.

Jühlke, im Küstenstädtchen Barth als Sohn eines Tischlers geboren und damit ebenfalls ein Pommer, hatte seine gärtnerische Ausbildung im Botanischen Garten der Universität Greifswald bekommen. 1834 ernannte man ihn zum akademischen Gärtner im benachbarten Eldena. Er studierte im Privatunterricht Nationalökonomie, Chemie und Physik und unternahm zahlreiche Studienreisen. Der Lehrmeister sitze in einem selbst, lautete einer seiner vielen Merksätze. Er verfasste unzählige wissenschaftliche Abhandlungen

und Aufsätze, in denen er revolutionierend und fördernd auf den gesamten deutschen Gartenbau einwirkte. Dabei bezog er breite Teile der Bevölkerung ein, um in ihr Freude am Gedeihen der Kulturen zu wecken und die eigene Versorgung mit Obst und Gemüse zu verbessern.

1856 widmete er auch dem Pommerischen Krummstiel einen Aufsatz in einer Fachzeitschrift, wodurch die Sorte rasch größere Popularität erlangte. Jühlke schrieb unter anderem über seinen Heimatapfel: „Der Krummstiel, auch Römerapfel, welcher in Neuvorpommern und auf Rügen den Garten des ärmsten Katemanns ziert und auch wiederum in jenen reichen Gärten mit feineren Obstsorten gehegt und gepflegt wird: er verdient in Norddeutschland eine um so größere und allgemeinere Verbreitung, als er selten fehlschlägt und die auf seine Pflege verwendete Mühe in sehr reichlichem Maße lohnt.“

Karl-Heinz Engel

## ● AKTUELL

## Die erste spirituelle Rast für Paddler

Das Wasserwandergebiet der naturnahen Peene, die sich auf fast 100 Kilometern zwischen Verchen und Anklam durch Bruchwälder und Flussauen schlängelt, gilt als „Amazonas des Nordens“. Neben den Schönheiten der Natur bietet dieses Eldorado für Paddler und Kanuten mit der ersten Wasserwanderkirche Deutschlands in Alt



Hinweistafel für die Plestliner Kirche

Plestlin jetzt eine weitere Besonderheit. In der gerade erst sanierten Feldsteinkirche mit Fachwerkturm finden Wasserwandernde nun die Gelegenheit zum spirituellen Auftanken.

Die Kirche befindet sich im Unteren Peenetal, wenige hundert Meter vom Ufer der Peene und einem Wasserwanderrastplatz entfernt. In der dortigen Hafenmeisterei ist auch der Kirchenschlüssel hinterlegt. Interessierte sind eingeladen, sich den Schlüssel abzuholen und dann eigenständig die Kirche zu besuchen, so Arnold Pett, Pastor der Kirchengemeinde Jarmen-Tutow, zu der die Kirche gehört. In der Kirche bestehe beispielsweise die Möglichkeit, in der Stille zu beten oder eine Kerze anzuzünden. Gern sei er auch bereit, für Wasserwandernde auf Wunsch abendliche Andachten zu halten, so der Pastor. Um die Menschen auf die Wasserwanderkirche aufmerksam zu machen, hat Arnold Pett eigens ein Schild entworfen und anfertigen lassen. Auf blauem Grund ist eine weiße Kirche mit blauen Wellen zu sehen, darüber die Aufschrift „Wasserwanderkirche Alt Plestlin“.

Quelle: PEK Sk, Foto: PEK/H. Dobbe



FOTOS: KARL-HEINZ ENGEL (2)

# „Corona ist eine brillante, willkommene Ablenkung“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Ich bin oft von der Lektüre Ihrer „Preußischen“ angetan. Vorher fand ich die doch manchmal etwas kritiklos-prollige Berichterstattung über die AfD störend“

Michael Laux, Reinbeck



Ausgabe Nr. 38

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

**MANCHE „ERNTEN“ DANK**  
ZU: PLEITE NACH PLAN (NR. 37)

Es ist wie fast immer ein sehr gelungener Beitrag. Ich glaube aber, dass sich der Autor des Wochenrückblicks im letzten Absatz irrt. Schäuble und die Seinen werden gar nichts mehr feststellen! Sie haben ihr Werk vollbracht, werden vor die Tür treten und mit ausgebreiteten Armen den neuen Tag empfangen, um den Rest unserer schönen Welt zu genießen. Hinter ihnen fällt die Tür ins Schloss, und dahinter verborgen bleibt der wahnsinnige Schuldenberg für unsere Nachfolgenerationen. Sie haben das Alter, indem sie sich getrost aus der Verantwortung stehlen können und verlassen das sinkende Schiff.

Interessant zu wissen ist auch, dass die Zahlen für die Basis zur Berechnung der unglaublichen Schuldenaufnahme schon lange vor Corona erhoben wurden. Es ist so, wie Sie es darstellen, die Coronapandemie ist eine brillante, willkommene Ablenkung. Schon Willy Brandt plünderte in den 70ern die Rentenkasse. Er verteilte Geld, das ihm nicht gehörte und erntete dafür noch nachhaltigen Dank. Den werden Schäuble und die Seinen auch „ernten“. Aber nicht von den betroffenen Deutschen. *Peter Karstens, Eckernförde*

**NICHT EINGELADENE GÄSTE**  
ZU: FORDERUNGEN DER GÄSTE AN DIE GASTGEBER (NR. 37)

Den Forderungskatalog der BKMO (Bundeskongress der Migrantenorganisationen) sehe ich als Unverschämtheit an. Sogenannte Schutzsuchende sollten froh sein, wenn sie hier aufgenommen werden und, wie sich herausstellt, größtenteils von unserem Geld leben. Denn die Wenigsten sind in den deutschen Arbeitsmarkt integriert. Und dann noch von einer Quote zu reden, die sie wahrscheinlich noch nicht einmal erfüllen könnten, und von Wahlrecht für Nicht-Staatsbürger, was nicht unseren Vorstellungen entspricht, klingt wie Hohn. *Prof. Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall*

**EINE GEMACHTE SACHE**  
ZU: FRAGEN AN DEN FALL NAWALNYI (NR. 37)

Richtig! Wenn ein Dissident/„Oppositionspolitiker“ über hochtechnisches Gerät verfügt, dann ist es schon merkwürdig, wenn die Ordnungsmacht, die Polizei, ihm das nicht wegnimmt. Übrigens habe ich über derartige Beobachtungen durch Drohnen seitens Nawalnyj hier in den Medien nie etwas gehört/gelesen/gesehen.

Hinzufügen möchte ich noch, dass auch das Gift Nowitschok kein Problem für außerrussische Labore darstellt. Wer sagt, dass das Gift im Auftrag russischer Stellen in den Tee von Nawalnyj kam?

Und mit dieser windigen Affäre Nord Stream 2 in Frage stellen zu wollen, ist schon starker Tobak. An der Nicht-Fertigstellung dieser europäischen Versorgungsleitung haben andere ein hohes Interesse. Zum Beispiel auch die Grünen. *Markwart Cochius, Chemnitz*

**KOLLEKTIVE VERBLENDUNG**  
ZU: DIE GRÄBEN ZWISCHEN ELITEN UND BÜRGERN WERDEN GRÖßER (NR. 36)

In Deutschland beginnt ein heißer Herbst. Mit großer Besorgnis sehe ich die kommenden Wochen und Monate auf uns zukommen. Zurzeit geraten viele Bürger in Aufruhr angesichts der Corona-Maßnahmen und dem drohenden Abgleiten ins wirtschaftliche Aus. Die herrschenden Meinungseliten scheinen in eine Massenpsychose zu verfallen, geistige Starre und Enge des Handlungsspielraums tun ihr Übriges, um die Bürger in auswegloses Nichtstun zu treiben.

Als langjährige Leserin Ihrer Zeitung bin ich um die Möglichkeit einer objektiven Berichterstattung sehr dankbar. Wie lange wird es noch dauern, bis auch der Letzte im Lande erkannt hat: Der Kaiser ist doch nackt!

Die Möglichkeit, dass uns allen vom Regierungssitz ein riesengroßer Bär aufgebunden wird, steht immer mehr im

Raum und zur Debatte. Das gilt für die sogenannte Corona-Krise genauso wie für die drängenden Probleme mit Migration.

Es ist gut, dass alternative Medien zur Verfügung stehen und wir als interessierte Öffentlichkeit nicht (mehr) auf die etablierten Medien angewiesen sind. Deren „Qualitätsjournalismus“ ist eher für schlichte Gemüter geeignet, weiter sanft in den Schlaf zu finden. Die Realität decken die Schreiberlinge weniger ab.

Leider ist der Verfall von Qualität vor allem auch in der intellektuellen Aufarbeitung von Zeitgeschehen durch die ehemalige Vierte Gewalt im Staate kaum noch zu übersehen. Es wäre hilfreich, wenn Sie der kollektiven Verblendung weiterhin entgegenwirken würden. *Cornelia Petersen, Hamburg*

**EURO-AUSTRITT ALS AUSWEG**  
ZU: WAS IST „VERHÄLTNISSMÄSSIG“? (NR. 34)

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den gesetzlichen Auftrag, die Preisstabilität zu gewährleisten und somit die Kaufkraft des Geldes zu erhalten. Allerdings hält sie sich nicht an diesen Auftrag. Jede Inflation ist schädlich.

Bei der Inflation handelt es sich um den Anstieg des Preisniveaus und den gleichzeitigen Verlust an Kaufkraft. Wie die Inflation, so ist auch die Deflation schädlich. Von dieser spricht man, wenn das Preisniveau sinkt und etwaige Schulden trotzdem unverändert bleiben. Beide Entwicklungen müssen deswegen konsequent vermieden werden.

Demzufolge bedarf es der Zielvorgabe für die EZB, das Preisniveau konstant zu halten beziehungsweise eine Inflationsrate von Null anzustreben. Ihre geldpolitische Zielvorgabe für die Inflationsrate lautet dagegen „unter, aber nahe zwei Prozent“. Die schädliche Inflation zulasten aller Sparer ist also politisch gewollt und wird praktiziert. Die EZB behauptet, dafür „gute“ Gründe zu haben.

Einen Grund sieht sie darin, dass es im statistischen Interesse sei, möglichst

richtige und sichere Messergebnisse für die Inflationsrate zu präsentieren, um durch diese angeregt gegebenenfalls einer ungewollten Deflation vorbeugen zu können. Sie will ersichtlich die Sparer notfalls sogar zwingen, ihre Ersparnisse auszugeben, um der Deflation auszuweichen. Die Sparer sollen dann natürlich auch kein Bargeld horten. Andererseits hofft sie auch, Sparer vor negativen Zinsen zu retten. Eine derartige Rettung könnte allerdings auch durch eine gesetzliche Regelung erfolgen oder durch den Verzicht der EZB auf negative Leitzinsen.

Die EZB verweist zur Begründung ihrer geldpolitischen Ausrichtung auch darauf, dass die Federal Reserve der USA und die Bank of England gleichfalls eine Inflationsrate von zwei Prozent anstreben. Diese Tatsache berechtigt nicht dazu, die europäischen Sparer zu enteignen, wie es die EZB tut. Diese Begründung ist zu dürftig. Sie lässt lediglich vermuten, dass sich die EZB der Federal Reserve und damit US-Interessen unterordnet.

Neben der direkten schädlichen Inflationspolitik praktiziert die EZB auch die Nullzinspolitik und die unerlaubte Staatsfinanzierung durch Anleihekäufe zugunsten einiger hochverschuldeter südeuropäischer Länder. Auch diese Machenschaften sind für alle Bürger schädlich und daher abzulehnen.

Der Gesetzgeber ist gefordert, die praktizierte geldpolitische Ausrichtung der EZB auf die von ihr erstrebte Inflation zu unterbinden. Es gibt nämlich keine „guten“ Gründe, eine „moderate“ Inflation anzustreben. Die Inflation und die Deflation müssen beide konsequent vermieden werden. Die Währungs-/Preisstabilität muss allen anderen Gesichtspunkten vorgehen. Um für unser Land eine stabile Währung zu erreichen und abzusichern, ist der Austritt Deutschlands aus dem Euro notwendig und machbar.

Der Austritt aus dem Euro würde etwaige Probleme für die Bundesrepublik und für die Bundesbank wegen unterschiedlicher Inflationsraten und Interessen der Euroländer sogar vermeiden und wäre vorteilhaft. *Benno Koch, Harsefeld*

ANZEIGE

## Was man uns über die COVID-19-Pandemie erzählt, ist unsinnig und unfasslich falsch!

■ Diese Pandemie kam nicht zufällig zustande. Es war ein sorgfältig inszeniertes und geplantes Ereignis – eine Plandemie. Von der Wahl des Virus über die Art, wie es gehandhabt und in den Medien vermarktet wurde, bis hin zu den Lösungsstrategien wurde alles so angelegt, dass sich eine ausgewählte Gruppe von Milliardären mit ihren Lakaien auf unsere Kosten bereichern kann. Während der größte Teil der Welt wegen des Missmanagements der Pandemie durch eine finanzielle Krise größten Ausmaßes taumelt, kassieren die Verursacher Milliarden.

In diesem Buch lesen Sie, wie eine Elite sowohl die Regierung als auch die Gesundheitsbehörden täuschte, wie sie uns davon überzeugt hat, unsinnige Maßnahmen zu befolgen, angeblich, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen, und wie ihr Plan aussieht, mit dem sie maximalen Profit aus uns schlagen möchte. Ihre Lösung für das Problem wird von Profitgier, nicht von Sorge um unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden angetrieben. Tatsache ist, dass ihre geplante Agenda Ihnen Ihre Freiheit rauben und Ihre Gesundheit aufs Spiel setzen wird. Es gibt für Ihre Gesundheit weitaus

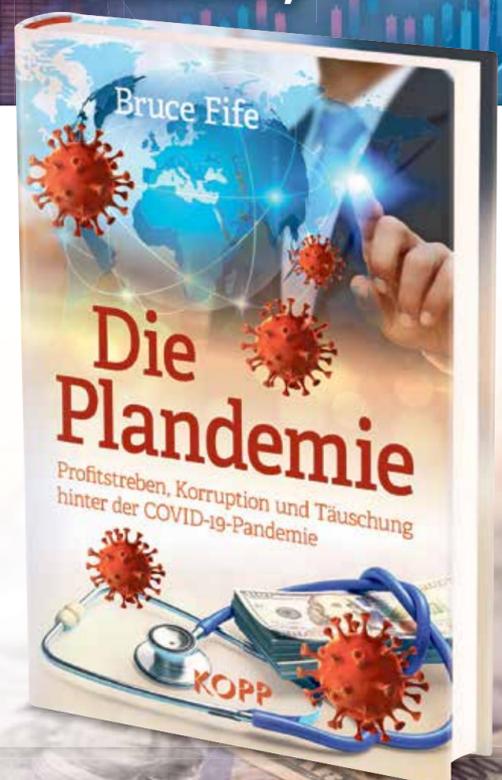
bessere, sicherere Lösungen, die sich als effektiv erwiesen haben.

**Glauben Sie nicht, dass dies die letzte globale Krise ist, mit der wir konfrontiert werden, sie ist nur der Beginn.**

Die Informationen in diesem Buch werden Ihnen helfen, zwischen einer echten Gesundheitskrise und einer betrügerisch inszenierten zu unterscheiden und herauszufinden, was Sie selbst dagegen tun können.

Lassen Sie uns diesen Wahnsinn beenden – und dafür sorgen, dass er sich nicht wiederholt!

Bruce Fife: Die Plandemie • gebunden  
159 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 981 400 • 18,99 €



**Jetzt bestellen!**  
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

## STRANDKUNST

## Vergängliche Mythen aus Sand

Künstler haben am Strand von Ahlbeck auf Usedom ganze Sagenwelten errichtet. Ihr einziges Arbeitsmaterial: Sand und Wasser

VON SILVIA FRIEDRICH

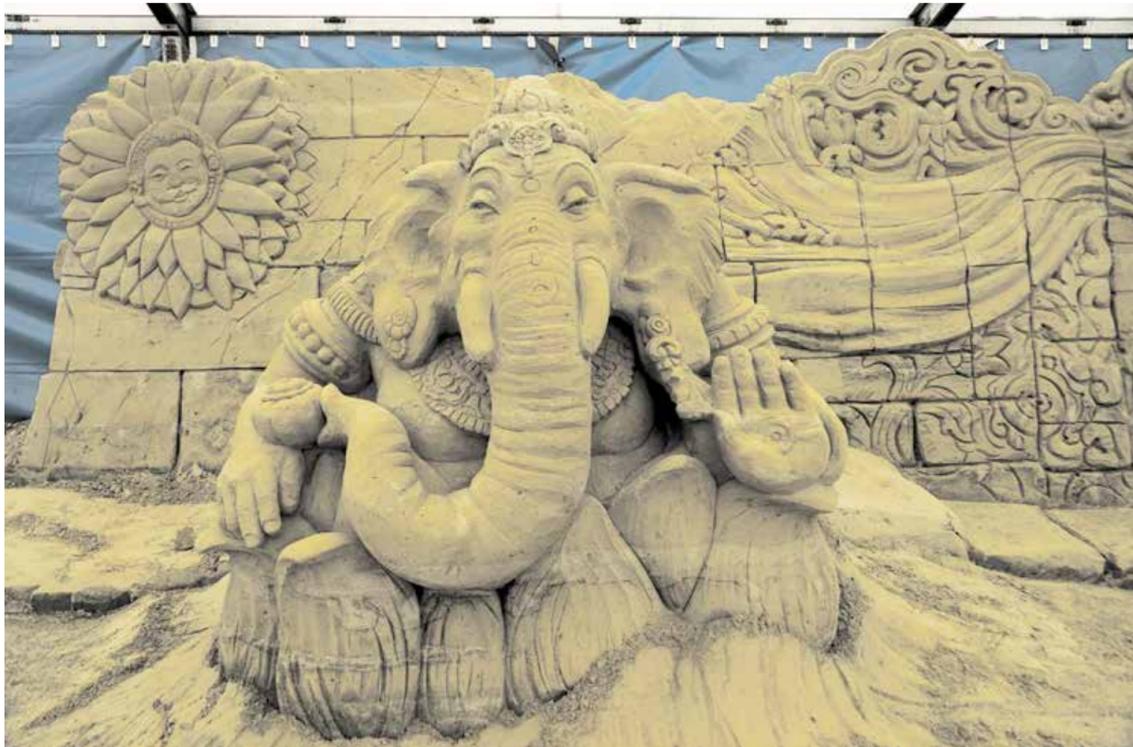
**F**ast jeder hat sich im Strandurlaub schon einmal an einer Sandburg versucht und dabei die Tücken des körnigen Materials kennengelernt. Bei Regen war die Mühe ohnehin umsonst, da alles sogleich wieder zu Matsch wurde.

Am Ostseestrand auf der Insel Usedom kann man aktuell bis zum 28. Februar 2021 eine Ausstellung der besonderen Art anschauen. Im Seebad Ahlbeck, gleich an der Grenze zur Republik Polen, steht ein großes Zelt, in dem sich eindrucksvolle überlebensgroße Figuren befinden. 25 internationale Künstler aus 13 Ländern haben hier 40 Bildszenen mit über 100 Skulpturen zum Thema „Mythen und Sagen“ geschaffen, die aus Sand und Wasser bestehen.

Zu bewundern sind Figuren der Götter-, Tier-, Helden-, oder Weltentstehungssagen der ganzen Welt, auch eher unbekannt, wie der afrikanischen Kosmogonie oder der Maori-Mythologie Neuseelands. Auch Fabelwesen wie Elfen und Zwerge werden berücksichtigt und natürlich den Mythen der Moderne, wie Loch Ness und weiteren, ein Platz unterm Zeltdach eingeräumt.

Am Anfang treffen die Besucher auf die Ur-Göttin der griechischen Mythologie, Erd-Göttin Gaia, mitten in einem Bildnis zum allein existierenden Chaos am Anfang der Zeitgeschichte. Athene, Zeus, Pygmalion, Prometheus, Perseus, Medusa und viele weitere Gestalten der griechischen Legende, stehen Spalier für die hereinströmenden Gäste.

Den Römern wird mit Roms Stadtgründern Romulus und Remus, einer liegenden Venus, Jupiter und einigen weiteren Helden Rechnung getragen. Sie alle aufzuzählen, sprengt den Rahmen, jedoch wähnt man sich immer erneut in einer völlig anderen Welt. Ein riesiger Buddha thront in der Mitte eines Platzes und



Aus Sand „geschnitzt“: Auf Usedom grüßt der hinduistische Elefantengott Ganesha

Foto: Friedrich

lockt die Zuschauer, während der große Geist Manitou der nordamerikanischen Indianer an der nächsten Ecke eindrucksvoll darauf hinweist, dass alles, Menschheit und Kosmos, in irgendeiner Form zusammenhängt.

**Strandsand ist völlig ungeeignet**

Bekanntere Sagengestalten vermitteln heimliche Gefühle, wie der bekannteste Narr der Welt, Till Eulenspiegel, oder Baron von Münchhausen, der in der Erzählung von Gottfried August Bürger sogar auf einer Kanonenkugel ritt. Aber auch König Artus hockt dort an einem Tisch aus Sand mit acht Schwertern darauf und wartet auf die Ritter der Tafelrunde.

Die Figurenbilder bestehen zwar nur aus Sand, jedoch ganz so einfach wie am Strand eine Sandburg zu bauen, ist es nicht. Um solche Werke erstellen zu können, benötigt man besonderen Sand. Denn es gibt ganz verschiedene Arten von Sand. Sogenannter „organischer Sand“ besteht aus winzigen Korallen-, Muschel- und Fossilienteilchen aus dem Salzwasser. Mineralischer Sand stammt aus bergigen Gebieten. Die Unterschiede erkennt man aber nur unter dem Mikroskop.

Sandkörnchen, die man am Strand findet, sind durch die Wellenbewegung des Meeres schon vollständig rund gewaschen. Solche Körner lassen sich nicht gut stapeln. Die Ausstellungsmacher erklären

es so: Wer schon einmal versucht hat, Murmeln zu stapeln, wird schnell merken, dass das unmöglich ist.

Um überdimensionale und zum Teil bis zu sieben Meter hohe Figurenbilder zu erschaffen, benötigt man also einen besonderen Sand. Dieser kommt auf Usedom aus einer Kiesgrube der Gemeinde Pudagla. Der Sand aus der Grube kam nicht mit Seewasser in Berührung, ist also noch eckig und scharfkantig. 9500 Kubikmeter Sand wurden nach Ahlbeck transportiert, um dort verarbeitet zu werden.

Schon im Altertum bei den alten Ägyptern war die Technik zum Sandfigurenbau nicht nur bekannt, sondern sogar die gleiche. Auch damals wurde Sand in eine

Form aus Holz gefüllt und durch Anfeuchten und Feststampfen, heute mittels Rüttler, die auch vom Straßenbau her bekannt sind, verdichtet und gepresst.

**Bis zu zwei Tonnen Sand pro Figur**

Die Holzverschalungen, Holzkisten ohne Boden und Deckel nennt man heute „Malle“, und sie können ganz unterschiedlich groß sein. Die Künstler klettern auf die Kästen, nehmen die oberste Verschalung ab und schnitzen von oben nach unten. Auch in dieser uralten Technik hat die Englische Einfluss genommen. So werden die „Tools“, also die Werkzeuge, durchgehend mit englischen Ausdrücken betitelt, wie: „Marshall-tool“, eine Art Spachtel, „Casting tube“, ein Plastikrohr zur Befestigung kleinerer Teile, „Compacten“, was Verdichten des Sandes bedeutet, oder „Carver“, Schnitzer, wie der Künstler selbst genannt wird.

Obwohl man es beim Betrachten dieser Monumentalwerke annehmen könnte, muss man nicht Kunst studiert haben, um diese bauen zu können. Jeder könne die Basistechniken erlernen, so heißt es in der Schrift zur Schau, man müsse nur Geduld haben, viel üben und Talent für plastisches Denken mitbringen, außerdem den Willen, hart zu arbeiten, denn ein Künstler müsse rund zwei Tonnen Sand eigenhändig bewegen, um eine Skulptur aus einem sechs bis sieben Tonnen schweren, verdichteten Sandblock zu schnitzen.

Sandskulpturen „überleben“ sogar im Freien monatelang, da ihnen im Zelt Wind und Regen wenig anhaben können. Irgendwann nagt jedoch der Zahn der Zeit daran, sodass auch sie irgendwann zusammenbröckeln. Doch die Künstler arbeiten dann bereits wieder an neuen Figuren und Sandburgen.

● **Sandskulpturen Ausstellung Usedom**  
Swinemünder Chaussee 11, Seebad Ahlbeck, Eintritt: 9,50. Internet: [www.usedom.de/sandskulpturen-ausstellung](http://www.usedom.de/sandskulpturen-ausstellung)

## TAG DES PORZELLANS

## Der Weg des „weißen Goldes“

Thüringen feiert 260 Jahre Porzellanherstellung – Hersteller, Künstler und Museen beteiligen sich an den Aktionstagen

Eigentlich hätte der „Tag des Thüringer Porzellans“ im April gefeiert werden sollen. Doch dann hat die Pandemie einen Strich durch die Rechnung gemacht. Alle Veranstaltungen mussten abgesagt werden, es wurde hin- und herüberlegt, bis man schließlich für den 3. und 4. Oktober einen Ersatztermin gefunden hat. Das passt sogar viel besser: Denn an dem Wochenende feiert das Thüringer Porzellan seinen 260. Geburtstag. Genau am 4. Oktober 1760 erhielt Georg Heinrich Macheleid die Konzession für die erste Thüringer Porzellanmanufaktur. Seitdem hat das Porzellanhandwerk das Land Thüringen und die Menschen, die daran beteiligt waren, historisch mitgeprägt.

Was vor 260 Jahren mit Macheleid begann, wandelte sich vom exklusiven Einzelstück zum bezahlbaren Produkt für alle. Die Hersteller führten Ende des 19. Jahrhunderts den Markt an und, Thüringer Tischporzellan, Spielwaren oder Isolatoren reisten um die ganze Welt. Bis 1902 entstanden dort über 300 Porzellanmanufakturen.

In Thüringen beteiligen sich 20 Erlebnisorte mit einem abwechslungsreichen Programm an dem Jubiläum, darunter namhafte Hersteller wie KAHLA Porzellan

im gleichnamigen Ort, Eschenbach in Triptis sowie die Aelteste Porzellanmanufaktur in Volkstedt. Museen und Ausstellungen, etwa die Porzellanwelten Leuchtenburg, das Museum 642 in Pößneck, die Heidecksburg in Rudolstadt, der Verein Ilmenauer Porzellantradition, Schloss Friedenstein in Gotha sowie das Schlossmuseum in Arnstadt und Altenburg geben

Einblicke in die lange Geschichte des Porzellans in Thüringen, öffnen sonst verschlossene Räume und zeigen wertvolle, einzigartige und ungewöhnliche Stücke.

Porzellankünstler und technische Keramiker lassen sich bei der filigranen Arbeit über die Schulter schauen. In Workshops können Fingerfertige selbst kleine Stücke formen oder Porzellan bemalen.

Beim Porzellanhersteller Wagner & Apel in Lippelsdorf im Thüringer Wald rattert die Dampfmaschine, in der Sitzendorfer Porzellanmanufaktur werden wie damals Spitzen gelegt, in Rudolstadt werden Rosen geformt und dekoriert, auf der Leuchtenburg führt Bettina Thieme die erste Porzellanfarbe vor, und in Reichenbach sowie Triptis erlangt man seltene Einblicke und Aktionen.

Die Hermsdorfer Porzellanfabrik, die einst maßgeblich zur Elektrifizierung der Welt beigetragen hat, öffnet exklusiv für zwei Führungen die Tore. Aus dem benachbarten Oberfranken nimmt erneut das Porzellanikon – Staatliches Museum für Porzellan mit seinen beiden Standorten Hohenberg an der Eger und Selb teil und lädt unter anderem zu einem geführten Rundgang mit Live-Vorführungen ein.

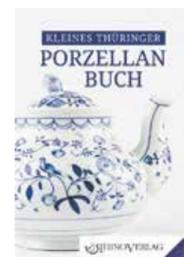
Eigens für den Tag des Thüringer Porzellans hat die Porzellanbildhauerin Kati Zorn eine neue Figur kreiert: den Göttersohn Narziss. Diesen und den Herstellungsprozess präsentiert sie in ihrem Atelier. Hier wie in weiteren Ateliers, Museumsläden und im Werksverkauf können Besucher kunstvolle Porzellanobjekte, Klassiker und aktuelles Design für den heimischen Tisch erwerben.

Neben jungen, modernen Künstlern, die alte Formen aus dem Weimarer Formenschatz gerettet haben und mit dem Projekt „Unverloren“ klassisch neu interpretiert auf den Markt bringen, setzt der Tag vor allem auf die lange Geschichte dieses „weißen Goldes“, das im Grunde nur aus drei Zutaten besteht: Kaolin, Feldspat und Quarz.

Am 3. Oktober bietet eine Tagestour die Gelegenheit, ausgewählte Stationen wie Saalfeld, Wagner & Apel, Kati Zorn, die Aelteste Volkstedter Porzellanmanufaktur und die Leuchtenburg bequem zu besuchen. Die Bustour startet um 9 Uhr am Rudolstädter Bahnhof, Fahrkarten gibt es unter Telefon (036424) 713300 oder unter [www.porzellantag.de](http://www.porzellantag.de). H. Tewes



Der Tisch ist für den Tag des Porzellans gedeckt: Präsentation auf der Leuchtenburg



● **Buchtipps** „Kleines Thüringer Porzellanbuch“ von Ulrike Kaiser und Ilka Kunze, Rhino Verlag, Ilmenau 2020, Hardcover, 96 Seiten, 5,98 Euro

## ● FÜR SIE GELESEN

## Warnruf eines Journalisten

„Eurasien“ ist in Moskau das neue Zauberwort. Die gewaltige Landmasse von Lissabon bis Wladiwostok wird von Russland dominiert, daran gibt es nichts zu deuteln. Das jedenfalls ist einer der Kerngedanken des neuen Putinschen Denkens, des „Putinismus“, wie es Manfred Quiring in seinem ebenso erhellenden wie erschreckenden Buch beschreibt. Der Autor war viele Jahre Korrespondent deutscher Zeitungen in der UdSSR und dann Russland. Er kennt Land und Leute, auch viele einflussreiche Persönlichkeiten um Wladimir Putin, und konnte so in vertraulichen Gesprächen viel von der Mentalität der neuen Mächtigen erfassen.

## Zauberwort „Eurasien“

Das Buch ist ein einziger Warnruf, das in Putin verkörperte Weltmachtstreben des Landes ernst, ja überhaupt in seiner vollen Tragweite zur Kenntnis zu nehmen. Quiring bringt mit vielen anschaulich beschriebenen Fakten die in der Summe erschreckenden Beispiele, die man auch aus der täglichen Berichterstattung kennt: Demokratieabbau, wachsende Militarisierung, Justizwillkür, kaltschnäuzige Außenpolitik und eine Neuinterpretation der Geschichte, die Russland einschließlich Stalins „heroischer Leistungen“ im Zweiten Weltkrieg über alles stellt.

Eine große Schar „grauer Männer“, so der Autor, sichere Putins Herrschaft an allen Schaltstellen der Macht. Intoleranz im Inneren gegen Andersdenkende paare sich mit Aggressivität in der Außenpolitik: gegenüber dem „nahen Ausland“ wie dem Baltikum, Polen oder der Ukraine, dann in Syrien, wo Putins Vabanquespiel einen unerwarteten Erfolg hat. Und in der Hinterhand bleibt die latente Drohung mit neuen furchtbaren Atomwaffen.

Überraschend für den Leser ist, dass Quirings zum Teil einflussreiche Gesprächspartner Putins Großmachtstreben, wie es scheint, mit einer gewissen Skepsis sehen. Weltmacht ja, bei den Atomwaffen, aber sonst doch nicht! Trotz der riesigen Erdgasgeschäfte reiche es nicht zum „Global player“ wie den USA oder China.

## Polemik gegen Putin

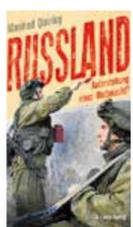
Der Autor lässt an Putin kein gutes Haar, was auch einige unnötig polemische Formulierungen („Putins Clique“, „Putins Strippenzieher“) zeigen. Aber in der Sache hat er, andere Quellen bezeugen es auch, leider recht. Der schonungslose Blick auf ein Land, das alle Möglichkeiten zu friedlicher Entwicklung und Zusammenarbeit hätte, kann im eigenen Interesse nur nützlich sein. Und trotzdem: Der Westen, zumal die europäischen Länder, müssen mit Russland leben, müssen einen erträglichen modus vivendi finden, anders geht es nicht. Quiring empfiehlt etwas vage Gemeinsamkeit, Entschlossenheit und Illusionslosigkeit.

Das bedeutet wohl fortwährend, was Max Weber von guter Politik verlangt: Das stete Bohren harter Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.

Dirk Klose

**Manfred Quiring: „Russland. Auferstehung einer Weltmacht?“**, Ch.

Links Verlag, Berlin 2020, gebunden, 280 Seiten, 20 Euro



## CORONA-PANDEMIE

# Wie Experten den Umgang mit dem Virus-Ausbruch in Deutschland bewerten

Von Kritik am Lockdown und dessen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgeschäden bis hin zur Befürwortung der staatlichen Maßnahmen: Fünf Publikationen zur aktuellen Krise

VON WOLFGANG-KAUFMANN

Im Laufe des Jahres 2020 wurde die Corona-Pandemie schnell zum alles beherrschenden Thema. Vor diesem Hintergrund ist es nur zu verständlich, dass bald auch diverse Bücher erschienen, welche die verschiedenen Aspekte der globalen Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus und deren Folgen diskutieren.

Zu den ersten derartigen Publikationen gehört „Corona Fehllalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe“ aus der Feder von Professor Karina Reiss vom Quincke-Forschungszentrum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Professor Sucharit Bhakdi, dem langjährigen Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Diese beiden renommierten Wissenschaftler befassen sich mit der unnötig hochgespielten Gefährlichkeit des angeblichen „Killervirus“, der Corona-Situation in Deutschland, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgeschäden infolge des Lockdowns vom Frühjahr 2020, sowie dem „totalen Versagen der öffentlichen Medien“, welche der Politik nach dem Munde redeten anstatt kritisch zu recherchieren.

Das Fazit von Bhakdi und Reiss lautet dabei, dass es hierzulande im Zuge der Pandemie zu einer „medial geschürten Massenhysterie“ sowie „Einschränkung der Grundrechte“ und „Zensur der Meinungsfreiheit“ gekommen sei – mithin also zur totalitären Umwandlung der Gesellschaft. Allerdings gebe es auch etwas Positives an der ganzen Sache: Deutlich mehr Menschen als bisher hätten nun erkannt, dass man weder den etablierten Medien noch der politischen Führung hierzulande trauen könne.

Sehr viel zahmer wirkt dahingegen das Buch „Pest und Corona. Pandemien in Geschichte und Gegenwart“, welches die beiden Medizinhistoriker Heiner Fangerau und Alfons Labisch vorgelegt haben. Darin werden zwar durchaus auch die richtigen Fragen gestellt, wie: Ist die aktuelle Pandemie tatsächlich etwas Einmaliges oder hat die Welt schon oft Ähnliches beziehungsweise gar Schlimmeres erlebt? Wie verändern die global auftretenden Seuchen das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben? Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den Erfahrungen mit früheren Pandemien für unsere Gegenwart und Zukunft ziehen? Und sollten wir trotz aller gesundheitlichen Risiken den weltweiten Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Menschen fortführen? Die Antworten hierauf befriedigen allerdings nur zum Teil: Viele, faktisch gar nicht so tödliche Krankheiten würden von den Medien systematisch „skandalisiert“, wohingegen es der „größte Killer aller Zeiten“, nämlich die Malaria, welche eine Million Todesfälle pro Jahr verursache, kaum je in die Schlagzeilen bringe.

Dabei zählen Fangerau und Labisch freilich auch Covid-19 zu den gefährlichen Krankheiten, vor denen vollkommen zu Recht gewarnt werde, obwohl sie selbst darlegen, wie wenig man über die wahre Letalitätsrate wisse. Desgleichen loben sie die Corona-Maßnahmen von Bund und Ländern als effektiv und angemessen.

Und die beiden Autoren sehen auch kein Problem darin, dass der Staat wichtige Freiheitsrechte eingeschränkt habe: Dagegen „helfen politische Initiativen, Wahlen und die Beteiligung am Diskurs“ sowie der Föderalismus hierzulande. Ansonsten lautet ihr Fazit: „Ohne ein Grund-



Alles beherrschendes Thema dieses Jahres: Mit welchen Mitteln geht man wirksam gegen das Virus vor?

Foto: Colourbox

vertrauen ... in das Funktionieren des Staates ... und das Verhalten der verantwortlichen Politiker“ könnten Pandemien heute und in Zukunft „nicht oder nur mit Gewalt bekämpft werden“.

Ob ein solches Grundvertrauen tatsächlich berechtigt ist, wird in dem schmalen, aber inhaltsschweren Bändchen „Trotzdem“ diskutiert, in dem sich die der Jurist und der Schriftsteller Ferdinand von Schirach und Alexander Kluge zwei Streitgespräche über genau diese Frage liefern: Dabei verweisen sie darauf, dass Einschränkungen der Freiheitsrechte durch die Bundesregierung legitim, geeignet, erforderlich und angemessen sein müssten – so lauteten schließlich die Regeln in einer modernen Demokratie.

Dabei drücken sich die Autoren jedoch um klare Antworten, was die Einhaltung derselben durch unsere Exekutive betrifft. Stattdessen singen sie ein peinlich anmutendes Loblied auf den angeblichen Pragmatismus der Bundeskanzlerin. Dem folgt der Verweis auf die potenziell segensreiche Wirkung von Katastrophen wie eben nun der Corona-Pandemie: Oftmals brächten solche Ereignisse ja etwas ganz Neues hervor. Gleichzeitig lassen von Schirach und Kluge aber offen, wie das im Konkreten aussehen könnte: „Beides ist jetzt möglich, das Strahlende und das Schreckliche.“

## Fehlendes Grundvertrauen in Staat

Eine klare Wende zum Besseren erhofft sich der langjährige Präsident des Ifo-Institutes und Professor für Volkswirtschaftslehre Hans-Werner Sinn in seiner Publikation „Der Corona-Schock. Wie die Wirtschaft überlebt“. Der historisch einmalige ökonomische Einbruch infolge der Pandemie müsse Anlass dazu bieten, „zukünftig längerfristig vorzusorgen, Risiken genauer zu betrachten und weniger naiv zu agieren“. Wann, wenn nicht jetzt, sei die Gelegenheit, längst fällige Korrekturen in der deutschen und darüber hinaus auch europäischen Wirtschaftspolitik vorzunehmen?

Also schlägt Sinn viele grundsätzliche Veränderungen vor: Die Abschaffung der Rettungsschirme und der Schuldenvergemeinschaftung in der EU, welche ganz Europa ruiniere, das Ablassen von den Kaufprogrammen der Europäischen Zentralbank und der verantwortungslosen Geldvermehrung mittels der Drucker-

deutschen Autoindustrie aufgrund ökologischer Trauertänzerien und so weiter.

Andererseits sind aber auch manche von Sinns Forderungen problematisch. So zum Beispiel die nach der weitgehenden Aufweichung des Datenschutzes im Zuge der Corona-Bekämpfung, der Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie der Forcierung der Privatisierung des Gesundheitswesens hierzulande. Ebenso zu hinterfragen ist Sinns Plädoyer für die Fortsetzung der ungebremsten Globalisierung, welche uns die Corona-Krise ja überhaupt erst eingebrockt hat.

## Verfahrenre Lage zu Jahresbeginn

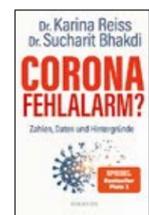
Und dann wäre da noch das umfangreiche Buch „Lockdown“ von Michael Morris (ein Pseudonym). Es greift diverse Themen auf, welche die selbsternannten „Faktenprüfer“ der öffentlich-rechtlichen Medien gerne den „Verschwörungstheorien“ zurechnen, obwohl das Gesagte oftmals einer Überprüfung standhält. Dabei geht es nicht nur um die Corona-Pandemie, sondern auch um die wirtschaftlich-politische Ausgangslage zu Beginn der Virus-Seuche vor dem Hintergrund der Euro- und Asylkrise, der Russland-Sanktionen und Währungskriege, der Klimahysterie und der Hyperglobalisierung.

Aus Morris' Sicht war die Lage Anfang 2020 so verfahren, dass es praktisch keine Alternative zu ganz brachialen Kurskorrekturen gegeben habe – jedoch musste dazu ein unvorhersehbares Großereignis eintreten, für das man die Regierenden dieser Welt nicht verantwortlich machen könne. Und das sei eben die zufällig oder auch nicht zufällig ausgebrochene Pandemie gewesen.

Dem folgt eine Chronologie der Ereignisse seit dem ersten Auftauchen des SARS-CoV-2-Virus in China. Parallel hierzu beschreibt Morris die ominöse Pandemie-Übung des Johns Hopkins Center for Health Security und der Bill & Melinda Gates Foundation im Oktober 2019 sowie das merkwürdige Gebaren der Weltgesundheitsorganisation WHO und anderer Institutionen, die maßgeblich von US-Milliardären wie Bill Gates, George Soros und Warren Buffett gesponsert werden.

Ansonsten geißelt der Autor ebenso wie Bhakdi und Reiss die Corona-Panikmache hierzulande, welche auf unseriösen Zahlenspielerien beruhe und zu unabschätzbaren sozialen sowie ökonomischen

Kollateralschäden führen werde. Allerdings weist Morris' Buch auch einige Schwächen auf. So stören Detailfehler wie beispielsweise diese: Joe Biden, Donald Trumps Gegenkandidat bei der US-Präsidentschaftswahl im Herbst 2020, ist erst 77 und noch keine 82 Jahre alt, und die Organisation erdölexportierender Länder OPEC wurde nicht 1973 gegründet, sondern 1960. Darüber hinaus fehlen sämtliche Anzeichen für den von Morris vorhergesagten globalen Neuanfang auf politischem und ökonomischem Gebiet.



**Karina Reiss/Sucharit Bhakdi: „Corona Fehllalarm. Zahlen, Daten und Hintergründe“**, Goldegg Verlag, Berlin 2020, broschiert, 159 Seiten, 15 Euro



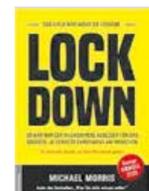
**Heiner Fangerau/Alfons Labisch: „Pest und Corona. Pandemien in Geschichte, Gegenwart und Zukunft“**, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2020, gebunden, 192 Seiten, 18 Euro



**Ferdinand von Schirach/Alexander Kluge: „Trotzdem“**, Luchterhand Literaturverlag, München 2020, gebunden, 77 Seiten, 8 Euro



**Hans-Werner Sinn: „Der Corona-Schock. Wie die Wirtschaft überlebt“**, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2020, gebunden, 219 Seiten, 18 Euro



**Michael Morris: „Lockdown“**, Amadeus Verlag, Fichtenau 2020, broschiert, 378 Seiten, 21 Euro



## ● AUFGESCHNAPPT

So mancher hielt bereits die „Bibel in gerechter Sprache“ für einen Gipfel christlicher Entgleisung. Mehrheitlich akademisch tätige Theologen hatten den Text der Heiligen Schrift neu gefasst. Eine Passage aus dem Markus-Evangelium lautet beispielsweise in der Luther-Übersetzung: „Und die Jünger des Johannes und die Pharisäer fasteten viel.“ In „gerechter Sprache“ heißt es: „Die Jüngerinnen und Jünger des Johannes sowie die pharisäischen Leute fasteten.“ Aber es geht immer noch mehr, wie die „Katholische Studierende Jugend“ (KSJ) mit ihrer „Gott\* Kampagne“ zeigt. Die Ansprüche sind hoch. „Wir als KSJ fordern ein neues Gottes\*bild.“ Aufgeräumt werden solle „mit den Vorstellungen vom alten, weißen, strafenden Mann“ und Platz geschaffen für „eine Gottes\*vielfalt“. Man wolle „Gott\* aus der geschlechtlichen Ebene heben“. Die KSJ verkündet: „Das Gendersternchen ist unser Beitrag zum Synodalen Weg.“ Dessen Ziel sei es, „den Reformstau der kirchlichen Strukturen“ nicht „weiter zu ignorieren“. *E.L.*



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Harald Martenstein macht im „Tagesspiegel“ (20. September) auf das zynische Kalkül der Brandstifter von Moria aufmerksam:

„Möglicherweise werden, wenn die Rechnung der Brandstifter aufgeht, bald rund ums Mittelmeer Lager brennen. Was dann? Es war in der gesamten Menschheitsgeschichte nie klug, Erpressern nachzugeben.“

„Focus“-Gründer Helmut Markwort wirft im Gespräch mit Boris Reitschuster auf dessen Blog „reitschuster.de“ (17. September) einen Blick auf ein beklemmendes Phänomen der Gegenwart:

„Es hat sich eine merkwürdige Tendenz entwickelt. Die Linke zum Beispiel hat es geschafft, das Wort ‚rechts‘ zu diffamieren. Man muss natürlich gegen rechts-extrem sein und gegen links-extrem. Dass aber das Wort ‚rechts‘ ohne jeden Beisatz schon als politisch fragwürdig gilt, ist ein übler Erfolg der Linken. Es gibt Aktionen gegen rechts, und insgesamt wird alles, was rechts von der Mitte ist, diffamiert. Eine ‚normale‘ rechte Partei in Deutschland hat es schwer.“

Bei einer Anhörung des Bundestags-Gesundheitsausschusses am 9. September sagte der bekannte Virologe Christian Drosten Bemerkenswertes zum Thema Maskenpflicht:

„Wir wissen nicht, ob nicht die Verwendung von Alltagsmasken in großer Verbreitungswerte, ob das nicht dazu führt, dass im Durchschnitt die erhaltene Virusdosis in einer Infektion geringer ist und dass im Durchschnitt der Krankheitsverlauf auch weniger schädlich sein könnte, aber das ist eine reine Spekulation. Dazu gibt es keine wissenschaftlichen Belege. Und es gibt umgekehrt eben Länder, in denen man sagen kann, es wurde von Anfang an durchgängig Maske getragen, dazu gehören sehr viele asiatische Länder, und trotzdem ist es zu großen Ausbrüchen gekommen.“

Michael Klonovsky glaubt nicht, dass Unternehmer und Künstler automatisch auf der Seite der Freiheit stehen, wie viele glauben wollen. Auf seinem Blog (18. September) schreibt er stattdessen:

„Die Milliardäre und die Staatskünstler spielen in jedem Regime mit, von denen ist keine Opposition zu erwarten. Bessere Kollaborateure als die großen Internetkonzerne kann sich keine Regierung wünschen. Schon heute bewegen die Staaten weit größere Geldmengen als die freie Wirtschaft.“

## ● WORT DER WOCHE

„In Deutschlands Hauptstadt ist immer Kindergeburtstag. Was gestern war, kümmert heute nicht. Berlin ist das Muster einer infantilen Gesellschaft.“

Alexander Kissler, der seit 2013 in Berlin lebt, fasst in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (21. September) seinen Eindruck von der deutschen Hauptstadt zusammen

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Es stinkt gewaltig

Worum es Markus Söder geht, und wie wir die übrigen EU-Regierungen doch noch reinlegen könnten

VON HANS HECKEL

Eine Karnevalsveranstaltung nach der anderen wird abgesagt. Sollten es einige Jecken dennoch wagen, ihre Tradition tapfer zu verteidigen, dürften trübe Restgelage unter der Knete der „Hygiene- und Abstandsregeln“ dabei herauskommen, welche die Trauer um den Verlust des richtigen Karnevals nur steigern.

Gegen diese Trübsal muss etwas unternommen werden. Die Politik ist gefragt. Und sie antwortet: Vom Titelbild des „Focus“ grinst uns Markus Söder neckisch an und entbietet den Vulkanier-Gruß, Sie wissen schon, der von dem Mister Spock aus „Raumschiff Enterprise“. Damit hat der Humor des Ministerpräsidenten seinen Gipfel aber noch nicht erreicht. Das Söder-Zitat darunter schlägt alles: „Mir ging es NIE um Macht.“ Wem da nicht die Tränen kommen!

Wer schon die Wendigkeit der heutigen Kanzlerin bewundert, der wird in dem CSU-Chef seinen Meister finden. Als Tausende von Asylsuchern 2015 ins Land strömten, war die Mehrheit der Deutschen erschrocken von dem Kontrollverlust an der Grenze, insbesondere die Bayern, bei denen die Massen ja als erstes eintrafen. Da nahm Söder sofort die richtige Witterung auf und tat sich als Hauptkritiker der Merkelschen „Flüchtlingspolitik“ hervor. Natürlich nicht aus Machtinstinkt, sondern aus tiefster Überzeugung.

Nach der Brandstiftung im Lager Moria sagen Umfragen, dass eine Mehrheit der Bundesbürger nunmehr eine begrenzte Aufnahme der Asylsucher befürwortet, ganz anders als 2015. Erneut aus tiefster Überzeugung ist Söder wieder bei der umgeschwenkten Mehrheit und stellt seinem Parteifreund Horst Seehofer ein Bein, weil sich der Bundesinnenminister nicht schnell genug in den Wind gedreht hatte, als er Bedenken zur Aufnahme der Moria-Bewohner anmeldete. Bayern werde sich „selbstverständlich“ an der Aufnahme der Asylsucher beteiligen, verspricht Söder.

Nach den derzeitigen Umfragen hat die Mehrheit der Deutschen auch immer noch mehr Angst vor Corona als vor den verheerenden Folgen der „Pandemie-Maßnahmen“, die unsere Wirtschaft und unsere Grundrechte unterspülen. Also steht Söders Markus auf der Seite derer, die für harte Maßnahmen eintreten. Sollte sich das Stimmungsbild indes ändern, sollten sich Leute wie der SPD-Politiker Karl Lauterbach vor Söder in Acht

nehmen. Der wird sie dann nämlich nach Strich und Faden auseinandernehmen für ihre „Panikmache“ und die „schädlichen Einschränkungen unseres täglichen Lebens durch die völlig übertriebenen Anti-Corona-Maßnahmen“. Warten Sie's ab, so wird es kommen.

Aber solange der Wind noch aus der Panikrichtung weht, gibt Söder den härtesten der harten Hunde. Nun müssen die armen Münchener sogar auf belebten öffentlichen Plätzen unter freiem Himmel Maske tragen. Der CSU-Chef will obendrein die Bundeswehr bitten, „100 Leute zur Verfügung zu stellen, um die Nachverfolgung zu verbessern“. Militär im Einsatz zur „Nachverfolgung“ der Bürger. Hört sich interessant an in einem Land, in dem der innere Einsatz der Streitkräfte vor nicht allzu langer Zeit noch heftige Fieberschübe in der öffentlichen Debatte auslöste. Toll, was mit Corona alles möglich ist!

Zum Glück (nicht nur von Söder) hat so gut wie niemand mitbekommen, was sich am 9. September im Gesundheitsausschuss des Bundestages abgespielt hat. Dort wurde der bekannte Virologe Christian Drosten gefragt, ob die Maske, die jetzt die bayerische Hauptstadt retten soll, überhaupt etwas bringe. Antwort: Wir wissen es nicht, für Sinn oder Unsinn der Maske gibt es keinerlei Beweise (siehe Zitat rechts auf der Seite).

Das ist doch mal ein Knaller! Derselbe Drosten, der gegenüber der Deutschen Welle prophezeit (heißt: fordert), dass wir noch bis Ende 2021 mit dem Lappen rumlaufen, teilt uns ganz nebenbei mit, dass keiner weiß, ob das auch nur irgendetwas bringt. Dass die Maske hingegen schaden kann (Merkel nannte sie im Frühjahr „Virenschleuder“), ist hinlänglich bekannt. Aber wen schert das?

Beruhigenderweise erkannten die Bundestags-Gesundheitspolitiker die Brisanz der Drosten-Beichte so schnell wie der Blitz und gingen sofort zum nächsten Punkt über. Sie wussten, was geschehen könnte, wenn diese Äußerung Eingang in die öffentliche Debatte findet. Unverantwortlich.

Denn einen Sinn hat die Zwangsmaskerade ganz sicherlich. Nur ist es, wenn Drosten recht hat, eben nicht der, den man uns verkündet. Was wirklich bezweckt wird, wissen wir natürlich nicht. Trotzdem ist es beeindruckend, wie widerstandslos sich die Bürger nicht nur in den Zwang fügen, sondern auch, mit welchem Feuereifer viele von ihnen den

Befehl von oben bei ihren Mitmenschen durchsetzen. Diese Eiferer sollte sich die Obrigkeit gut merken. Solche Leute kann man auch für andere Sachen gut gebrauchen. Ebenso sollte man die Identitäten der Widerborstigen genau registrieren.

Neben dem gelungenen Experiment zum Thema Gehorsam schlägt uns die Maske die Botschaft ins Gesicht, dass wir in jedem Winkel des Landes und zu jeder Zeit von einer tödlichen Bedrohung umlauer werden. Das bindet Aufmerksamkeit, die sich sonst Themen zuwenden könnte, denen wir besser nicht so viel davon schenken sollen.

Beispielsweise Lesbos. Dort hindern laut „Neuer Zürcher Zeitung“ junge starke Männer Familien daran, in das neue Asyllager einzuziehen. Und genauso wie damals spricht ganz Berlin von einer „europäischen Lösung“ für die „Flüchtlingsaufnahme“. Die regierungsgeneigten Medien spielen brav mit und verstecken die unübersehbare Tatsache, dass es diese europäische Lösung längst gibt, und die lautet: Keine Anreize für weitere illegale Zuwanderung und daher auch keine Aufnahmen von Asylsuchern von den griechischen Inseln. Nur Deutschland sieht das anders, und Luxemburg vielleicht, dass auch zehn oder 15 Leute nehmen will.

Mal sehen, wer sich durchsetzt. Immerhin brennt es jetzt auch schon auf Samos, nachdem Deutschland die Schleuse langsam wieder geöffnet hat. Außerdem gehen Kenner der Szene davon aus, dass Erdoğan sofort Nachschub schicken wird, sobald die ersten Asylsucher von den Inseln nach Deutschland geschoben wurden. Das könnte den Druck auch auf die anderen EU-Länder wieder erhöhen. Oder auch nicht.

Viel wird davon abhängen, wie gut die Zusammenarbeit von Schleppern, Brandstiftern und der politischen Elite in Berlin funktioniert. Um rund zwei Dutzend EU-Regierungen reinzulegen, muss man gut koordiniert vorgehen. Aber wer weiß, vielleicht sind die Deutschen am Ende ja auch ganz allein die Dummen. Auf jeden Fall sollten Sie darauf achten, dass auch Ihre Nase immer vollständig bedeckt ist. Es stinkt nämlich gewaltig.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)